Kommunen gehen voran – gehen Sie mit!

Ein argumentativer Kompass für kommunale Nachhaltigkeit

Autorinnen und Autoren

Dr. Hannah Büttner, hannah.buettner@ifok.de
Dr. Danuta Kneipp, danuta.kneipp@ifok.de
Dr. Dominik Zahrnt, dominik.zahrnt@ifok.de

Impressum

IFOK GmbH
Berlin
Reinhardtstraße 58
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49.30.536077-0
Fax: +49.30.536077-20

München
Tal 21
80331 München
Deutschland
Telefon: +49.89.2422352-0
Fax: +49.89.2422352-28

Danke

Diese Broschüre wurde im Rahmen des vom Umweltbundesamt (UBA) geförderten Forschungsvorhabens „Was hat die Kommune von kommunalem Nachhaltigkeitsmanagement und vertikaler Integration (VINE)? – Eine Argumentationsübersicht“ (FKZ: 3711 11 102) erstellt und vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) unterstützt.

Wir, die Autorinnen und Autoren, möchten uns herzlich bei allen bedanken, die dieses Vorhaben unterstützt haben, insbesondere bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Planspielworkshops. Für die konstruktive Zusammenarbeit danken wir außerdem ganz herzlich unseren Auftraggeberinnen Frau Eick (UBA) und Frau Dr. Emig (BMU).

Umwelt Bundes Amt
Für Mensch und Umwelt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Gestaltung: design_idee, büro_für_gestaltung, Erfurt

Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Weimar

Stand: September 2011

Auflage: 1.500 Exemplare

Fotonachweis:

Titelbild: vario-images
S. 4: cmfotoworks/Fotolia.com
S. 9 (o.): IFOK
S. 9 (u.): beermedia/Fotolia.com
S. 10: Gerhard Seybert/Fotolia.com
S. 11: beatuerk/Fotolia.com
S. 12: asrawolf/Fotolia.com
S. 13: engel.ac/Fotolia.com
S. 14: Natis/Fotolia.com
S. 15: Marco Richter/Fotolia.com
S. 16: olyfreak/Fotolia.com
S. 17: fotografiche.eu/Fotolia.com
S. 18: Stefan Körber/Fotolia.com
S. 19: Gina Sanders/Fotolia.com
S: 20: Uwe Annas/Fotolia.com
S. 22: Christoph Walther, Indal
S. 23: Stadt Tübingen
S. 25: Markus Mainka/Fotolia.com
S. 26: Ingo Bartussek/Fotolia.com
S. 27: Gemeinde Freiamt
S. 28: K.F.L./Fotolia.com
S. 29: Franz Pfluegl/Fotolia.com
S. 30: Reiner Pfisterer, Ludwigsburg
S. 31: ferkelraggae/Fotolia.com
S. 32: Herbert Brüning
S. 37: Stadt Solingen
S. 38 (o.): Marco Clausen/Nomadisch Grün
S. 38 (u.): Marco Clausen/Nomadisch Grün
S. 39: Chris Schmidt/Istockphoto
S. 40: Stadt Neumarkt
S. 41: Stadt Gladbeck/Hans Blossey
S. 42: Bezirk Lichtenberg von Berlin
S. 44: Stadt Neumarkt
S. 45: N-Media-Images/Fotolia.com
S. 46: Foto-Ruhrgebiet/Fotolia.com
S. 47: Pro Web Design/Fotolia.com
S. 48: IckeT/Fotolia.com
S. 49: Ingo Bartussek/Fotolia.com
S. 51: N-Media-Images/Fotolia.com
S. 53: womue/Fotolia.com
S. 54: Herbert Brüning
S. 55: Hartmut Rauhut/Fotolia.com
S. 57: Gunnar Assmy/Fotolia.com
S. 59: froxx/Fotolia.com
S. 61: winston/Fotolia.com
S. 62: bittedankeschön/Fotolia.com
S. 63: bittedankeschön/Fotolia.com

Inhalt

Vorwort 5

1 Worum es in dieser Praxisbroschüre geht: Kommunale Zukunftsfähigkeit gestalten 6
Die Weichen für die Zukunft stellen 6
An wen sich diese Broschüre richtet 6
Handlungsbereiche für die zukunftsfähige Kommune 7
Wie Sie diese Broschüre nutzen können 8
Wie die Broschüre entstanden ist 9

2 Sechs fiktive Geschichten zur Inspiration: Wie Kommunen die Weichen für die Zukunft stellen 10
Story 1: „Das Geld liegt auf der Straße!“ – Kommunale Energieeffizienz 10
Story 2: Kommunale Energieautonomie: Mehr als nur Energie für die Kommune 12
Story 3: Nachhaltige Mobilität: Eine Stadt setzt sich in Bewegung 14
Story 4: „N 49° 23.635 E 8° 48.337“ – Schnitzeljagd auf der Suche nach der Stadt von Morgen 16
Story 5: Gemeinschaft wachsen lassen – „Urban Gardening“ 17
Story 6: Bürgerhaushalt Weinstein – eine Rechnung geht auf 19

3 Faktenteil: Trends, Hintergründe und Argumente zur kommunalen Nachhaltigkeit 21
3.1 Klimawandel und Energie 21
3.2 Nachhaltige Stadtentwicklung 29
3.3 Aktive Bürgergesellschaft, Integration und Bildung 36
3.4 Nachhaltigkeit als Kompass für kommunale Entscheidungen 45
3.5 Ausblick: Das Expertenwissen der Kommunen nutzen 47

4 Serviceteil: Tipps, Hinweise und Links 48
4.1 Klimawandel und Energie 48
4.2 Nachhaltige Stadtentwicklung 53
4.3 Aktive Bürgergesellschaft, Bildung und Integration 57

Mitwirkende Personen und Ansprechpartner/innen zu den Handlungsfeldern 62

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

heute bestreitet kaum jemand mehr, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten. Klimawandel, knapper werdende Ressourcen und schwindende biologische Vielfalt sind dafür nur einige Gründe. Dennoch handeln wir im Alltag oft weiter so wie bisher, weil wir das Gefühl haben, es nicht besser zu wissen oder zu können.

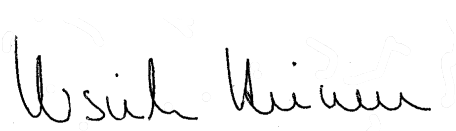
Aber der Blick dorthin, wo wir wohnen, wirtschaften, arbeiten, lernen und unsere Freizeit verbringen, zeigt: In zahlreichen Städten und Gemeinden gibt es bereits eine hohe Dynamik und Bereitschaft der lokalen Akteure, Konzepte für Zukunftsfähigkeit und Krisenfestigkeit zu entwickeln. Sie tun das für ihre Kommune, leisten damit aber auch einen unverzichtbaren Beitrag zur Bewältigung der globalen Herausforderungen. Vor Ort, in den Städten und Gemeinden, werden die Konzepte für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung mit Leben gefüllt, denn dort werden sie im Alltag erprobt und können entsprechend weiterentwickelt werden.

In dieser Broschüre finden Sie viele gute Gründe, warum es sich für alle Kommunen lohnt, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung oben auf die Agenda zu setzen, beispielsweise

- mehr finanzielle Spielräume durch Ressourcenschutz und -effizienz;
- mehr Lebensqualität durch nachhaltige Stadtentwicklung und die Erfahrung der Bevölkerung, etwas bewirken zu können;
- eine engagierte und kompetente Bürgerschaft, die sich durch Mitgestaltungsmöglichkeiten mit den Entwicklungen in der Kommune identifiziert und sich verantwortlich zeigt;
- Standortvorteile für Tourismus sowie innovative Gewerbe- und Dienstleistungsansiedlungen und regionale Wertschöpfungsketten.

Die Beispiele in der Broschüre erzählen von den Wegen zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Leben in Kommunen. Die Zukunft fängt heute an und jede Kommune hat Entwicklungspotenzial, das es zu entdecken gilt. Nutzen Sie die Erfahrungen anderer Städte und Gemeinden, im Serviceteil der Broschüre finden Sie dazu viele praktische Tipps und Einstiegshilfen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre!



Ursula Heinen-Esser
Parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

1 Worum es in dieser Praxisbroschüre geht: Kommunale Zukunftsfähigkeit gestalten

Die Weichen für die Zukunft stellen

Vielleicht kennen Sie es aus Ihrem Alltag in der Kommune: Neben der Gestaltung des Tagesgeschäftes müssen Kommunen immer wieder den Blick weit nach vorne richten und fragen: Was kommt auf uns zu? Wie können wir heute bereits die Weichen richtig stellen? Wie können wir drängende Probleme bereits heute so angehen, dass wir in Zukunft gut aufgestellt sind?

Sinkende Einnahmen, steigende Energie- und Ressourcenpreise sowie der Umgang mit dem Klimawandel spielen ebenso eine Rolle wie die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderungen, die mit dem demografischen Wandel einhergehen. Dazu zählen die Fragen nach der Integration, der Bildung und der Bewältigung des Fachkräftemangels in der Wirtschaft. Und aus politischen Debatten auf nationaler oder europäischer Ebene haben sich Anforderungen ergeben, die letztlich nur auf der kommunalen oder regionalen Ebene angegangen werden können, wie beispielsweise der Umgang mit dem Flächenverbrauch oder der Weg in eine sogenannte postfossile Gesellschaft, also in eine Zukunft, die nicht mehr von Öl, Gas und Kohle abhängt.

„Wir brauchen eine langfristige Zielsetzung – wir wollen nicht alle zwei Jahre vor einer neuen Weggabelung stehen."

Teilnehmer/in des Planspielworkshops

All diese Herausforderungen sind von großem Ausmaß und beeinflussen sich oftmals gegenseitig, sodass isolierte Lösungsansätze in die Sackgasse führen. Hinzu kommt, dass bedeutende Veränderungen die Beteiligung der Bürgerschaft erfordern – um bessere Lösungen zu erarbeiten und Unterstützung bei der Umsetzung zu erhalten.

Kommunen müssen daher einen Weg einschlagen, der langfristig die Richtung vorgibt, durch integratives Handeln Synergien schafft und über einen partizipativen Ansatz die Ressourcen der gesamten Gesellschaft mobilisiert – und damit die Kommune fit für morgen macht.

An wen sich diese Broschüre richtet

Die Broschüre möchte Kommunen Argumente an die Hand geben, die den Mehrwert einer nachhaltigen Entwicklung verständlich und einprägsam aufzeigen. Gleichzeitig zeigt die Broschüre, wie kommunale Akteure argumentieren können, um in ihrer Kommune ein breites Bündnis für eine nachhaltige Entwicklung zu schaffen.

Auf diesem Weg sind einige Kommunen weiter als andere, die erst noch ihren Rucksack packen und die Stiefel schnüren. Beiden, den Fortgeschrittenen und den Neueinsteigern, können die Kommunen selbst am besten die geeigneten Argumente an die Hand geben und ihnen vermitteln, wie sie diese im Alltag einsetzen können. Deshalb ist diese Broschüre auch ein „Gemeinschaftswerk" und mit Hilfe vieler kommunaler Praktiker entstanden (siehe den Dank am Ende der Einleitung).

Die Broschüre soll vor allem jene Kommunen unterstützen, die sich eher am Anfang des Weges befinden. Vor diesem Hintergrund ist ein Wissenstransfer erfolgreicher Ansätze und guter Beispiele ein erfolgversprechender Schritt. Dabei geht es einerseits um eine Hilfestellung, wie kommunale Akteure sich argumentativ behaupten können, und andererseits darum, ein Verständnis für das neue Denken einer nachhaltigen Entwicklung zu vermitteln. Nur in dieser Kombination können konkrete Veränderungen vor Ort angestoßen werden.

Warum wir in der Broschüre wenig von Nachhaltigkeit reden, obwohl es genau darum geht: Wir möchten Ihnen konkrete Beispiele und praktische Hilfestellungen geben, um Ihre Kommune fit für heute und morgen zu machen.

Dabei sind die Inhalte der Praxisbroschüre am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung (mehr dazu im Faktenteil) ausgerichtet, da die Nachhaltigkeitsperspektive sehr hilfreich sein kann, um zu guten und tragfähigen Lösungen für Ihre Kommune zu kommen.

Und dabei wollen wir Sie mit dieser Broschüre unterstützen.

Handlungsbereiche für die zukunftsfähige Kommune

Im Mittelpunkt dieser Praxisbroschüre stehen drei konkrete und aktuelle Handlungsbereiche, die an Ihren kommunalen Alltag anknüpfen und sich auf drängende Aufgaben beziehen. Daran zeigt sich deutlich, dass langfristige, integrierte und partizipative Ansätze Ihnen helfen, tragfähige und zukunftsfeste Lösungen für Ihre Kommune zu entwickeln.

- Im Handlungsfeld **„Klimawandel und Energie“** geht es darum, wie Kommunen sich auf die Anforderungen der Energiewende einstellen, neue Geschäftsfelder schaffen und einen lokalen Beitrag zum Klimaschutz leisten können. Es wird zum Beispiel aufgezeigt, wie Kommunen durch eine energieeffiziente Straßenbeleuchtung das Geld wahrlich „von der Straße aufsammeln“ können oder wie sie ihre Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Energieversorgung erweitern und nutzen können.

- Im Handlungsfeld **„Nachhaltige Stadtentwicklung“** werden vielfältige Möglichkeiten aufgezeigt, wie Kommunen sich langfristig entwickeln können. Ein Fokus liegt darauf, wie Mobilität durch die kluge „Verzahnung“ verschiedener Verkehrssysteme und die Nutzung von E-Mobility die Kommunen anpassungsfähig und lebendig machen kann. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Frage, wie durch innovatives Flächenmanagement innerstädtische Räume für den sozialen Austausch und die Kreativwirtschaft geschaffen werden können.

- Im Handlungsfeld **„Aktive Bürgergesellschaft, Bildung und Integration“** geht es darum, wie Kommunen sich erfolgreich auf den Weg zu einem neuen Politikstil machen können, der Bürgerinnen und Bürger als Partner und Unterstützer aktiv einbezieht und so die Verantwortung und das Engagement der Bürgerschaft fördert. Das Beispiel eines Bürgerhaushalts zeigt anschaulich, wie das lokale Wissen und die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger einbezogen und eine breite Akzeptanz für Entscheidungen geschaffen werden kann. Das Beispiel „Urban Gardening“ macht deutlich, wie durch die Aktivierung der Kreativität und das Engagement der Bürgerinnen und Bürger die Gemeinschaft gestärkt und die soziale Entwicklung vorangebracht werden kann.

In all diesen Handlungsbereichen spielen langfristiges Denken, innovative und integrative Lösungen sowie ein partizipatives Vorgehen eine zentrale Rolle. Zusammen mit der Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit der Lösungsansätze zeichnet dies einen nachhaltigen Ansatz aus und hilft Ihnen dabei, mit klugen und kreativen Lösungen Ihre Kommune für die Zukunft zu rüsten.

Wie Sie diese Broschüre nutzen können

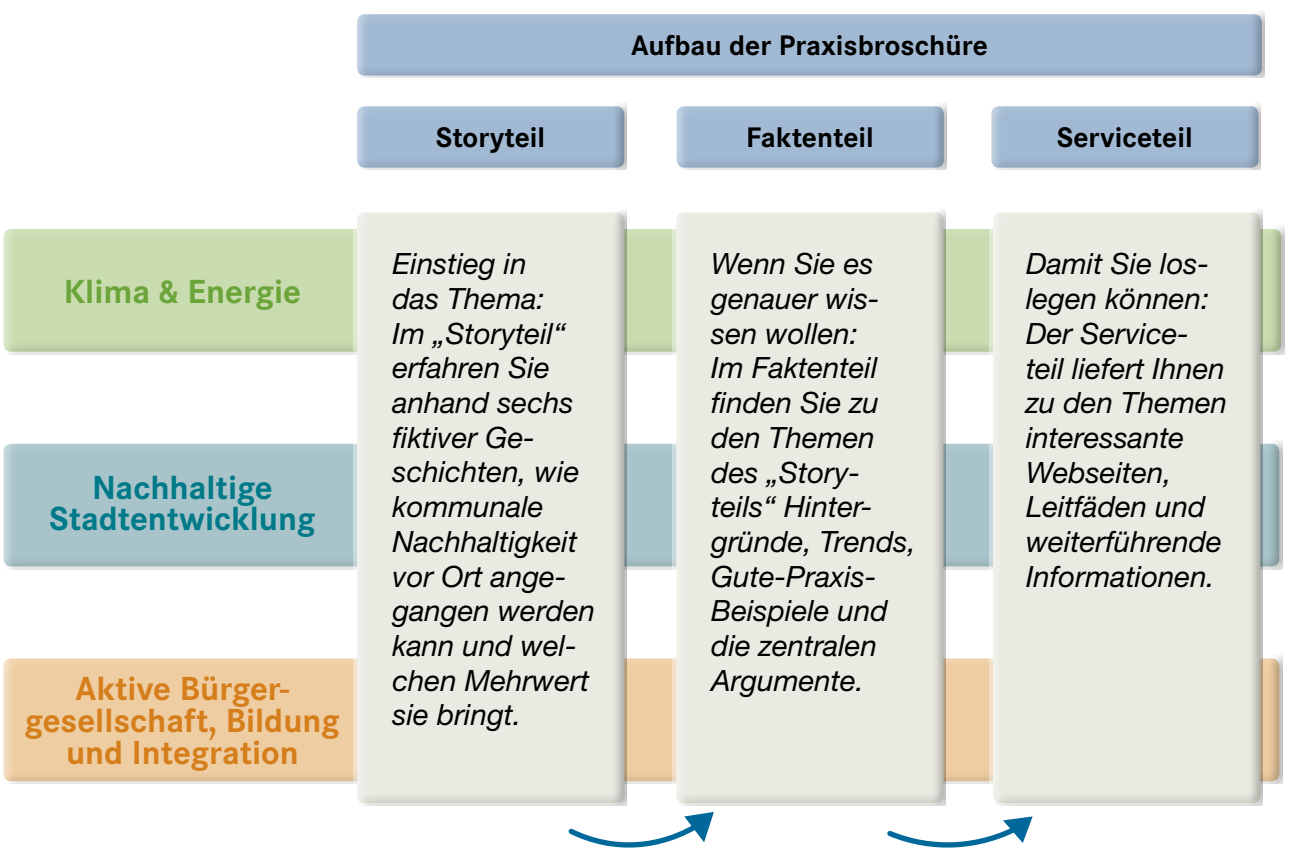
Die Broschüre ist so gestaltet, dass Sie flexibel und situativ die Teile und Themen herausgreifen können, die für Sie gerade von Interesse sind. Dazu ist die Broschüre in drei Schwerpunkte gegliedert, die sich jeweils auf die drei Handlungsbereiche beziehen:

→ **Wenn Sie eher am Anfang stehen und sich orientieren und inspirieren lassen möchten**, wie Zukunftsfähigkeit in Kommunen auf den Weg gebracht werden kann, dann lesen Sie die Geschichten im Storyteil. Interessiert Sie eines der Themen besonders, finden Sie vertiefende Informationen im Fakten- und Serviceteil.

→ **Wenn Sie bereits ein Thema haben, aber noch nach stichhaltigen Argumenten und Lösungsansätzen suchen**, dann greifen Sie sich nur die Kapitel heraus, die Ihr Thema betreffen. Der Faktenteil liefert Lösungsansätze und Argumente, der Serviceteil weiterführende Hilfestellungen.

→ **Wenn Sie schon grünes Licht in einem Thema haben und selektiv konkrete Hilfestellungen in einem der Handlungsbereiche suchen**, blättern Sie gleich in den Fakten- oder Serviceteil zum betreffenden Thema und legen los.

Wir wünschen Ihnen viel Freude und Erfolg auf Ihrem Weg zur kommunalen Nachhaltigkeit!



Wie die Broschüre entstanden ist

Wie Kommunen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung unterstützt werden können, kann nicht „im stillen Kämmerlein“ erarbeitet werden. Deshalb ist auch diese Broschüre partizipativ, integrativ und strategisch entstanden: Im Juni 2011 brachte ein Planspielworkshop zwölf Vertreterinnen und Vertreter ganz unterschiedlicher Kommunen und mit verschiedenen Expertisen und Perspektiven in Berlin zusammen, um gemeinsam zu testen, welche Argumente in der Praxis „ziehen“. Im Vorfeld und im Nachgang des Workshops haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie fünfzehn weitere Akteure aus den Kommunen die Entstehung des Leitfadens mit Hinweisen, Material, Feedback und Fragen aktiv unterstützt.

Im Workshop gab es viele „Aha-Erlebnisse“ und das einhellige Fazit, wie wichtig es ist, sich auf die Perspektiven und Handlungslogiken der verschiedenen Akteure einzustellen und Argumente und mögliche Gegenargumente zu bedenken. Und dass Planspiele hierfür eine sehr hilfreiche Methode sind. Auch war für viele der Beteiligten augenöffnend, wie breit und spannend das Thema der kommunalen Nachhaltigkeit ist und dass kluge Lösungen die verschiedenen Herausforderungen wirkungsvoll verknüpfen können.

Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Planspielworkshops in Berlin

Wir möchten uns bei allen Beteiligten sowie beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und beim Umweltbundesamt (UBA) ganz herzlich für alle Unterstützung bei der Entstehung des Leitfadens bedanken! Unser besonderer Dank gilt dabei den kommunalen Vertreterinnen und Vertretern, die sich als Ansprechpartnerin oder Ansprechpartner für bestimmte Handlungsfelder zur Verfügung gestellt haben (eine Liste aller Beteiligten sowie der Ansprechparterinnen und Ansprechpartner finden Sie im Anhang).

2 Sechs fiktive Geschichten zur Inspiration: Wie Kommunen die Weichen für die Zukunft stellen

Im folgenden Teil finden Sie zu jedem der drei Handlungsbereiche je zwei Geschichten, die beispielhaft erzählen, wie Kommunen konkrete Probleme anpacken und sich auf den Weg in eine nachhaltige Zukunft machen. Die Geschichten sind fiktiv, Orte und Personen sind jeweils frei erfunden. Die Inhalte und Erfahrungen jedoch stammen aus konkreten Beispielen verschiedener Kommunen und guter Beispiele.

Lassen Sie sich inspirieren! Wenn Sie mehr erfahren möchten, lesen Sie anschließend im Fakten- und im Serviceteil weiter.

Story 1:
„Das Geld liegt auf der Straße!“ – Kommunale Energieeffizienz

Als Rüdiger Schaub, Leiter des Umweltbereichs der Kommune Maiberg, nach einer landesweiten Konferenz zur kommunalen Energieeffizienz die Treppen des Veranstaltungsgebäudes herunterlief, erinnerte er sich vor allem an zwei Zahlen. So hatte die Stadt Schaumingen in den letzten zwölf Jahren insgesamt 2,1 Millionen Euro mit Hilfe kommunaler Energieeffizienz verdient – schon nach sechs Jahren waren die Einsparungen höher als die getätigten Investitionen. „Solche Investitionen kann ich in meiner Heimatstadt Maiberg nie anstoßen, es fehlt ja das Geld und kaum einer interessiert sich dafür“, überlegte Rüdiger Schaub. Aber dann erinnerte er sich an die zweite Zahl: die Telefonnummer des Energieberaters. Und an dessen Versprechen: „Rufen Sie uns an und wir lotsen Sie durch den Förderdschungel!“

Drei Jahre später: Eine Abendveranstaltung zur Vorstellung des lokalen Energieeffizienzkonzeptes in der Gesamtschule von Maiberg. Oberbürgermeister Sascha Weber, Rüdiger Schaub und die „Klimaschutz AG“ der Schule treten vor das Publikum und die anwesende Presse. Schließlich haben alle Beteiligten mehr als ein Jahr lang an dem Projekt gearbeitet – und können sich jetzt über die Ergebnisse freuen.

Die Verwaltung hat rund 40 Prozent der Straßenbeleuchtung erneuert und damit jährliche Betriebskosten von 120.000 Euro eingespart, eine massive und dauerhafte Entlastung des Haushalts. Für die Schüler war es eine besondere Erfahrung, zu erleben, wie ein städtisches Energiekonzept entsteht, wie viele Emissionen durch eine effiziente Straßenbeleuchtung eingespart und wie Amortisationszeiten berechnet werden können.

Wie kam es dazu? Nach der Konferenz damals vor zwei Jahren vereinbarte Rüdiger Schaub mit dem Oberbürgermeister einen Termin und erläuterte, dass sich die Strompreise in den letzten zehn Jahren verdoppelt hätten, während neue Technologien – wie effiziente Straßenbeleuchtungen – nur halb so viel Energie benötigen. Oberbürgermeister Weber bemerkte, er sei zwar grundsätzlich offen für Maßnahmen im Energiesektor, aber die angespannte Haushaltslage, die Komplexität des Themas sowie die schier endlose Menge an Förderprogrammen seien doch unüberwindbare Hürden. Da ließe sich nun mal nichts machen. Aber Rüdiger Schaub hakte nach: Ob es sich nicht lohne, diese Einschätzung durch eine unabhängige Energieagentur überprüfen zu lassen. Schließlich willigte der Oberbürgermeister ein – man könne es ja versuchen.

Damit begann die Analyse der Energiesparpotenziale in Maiberg. Als ersten Schritt lieferte die Stadtverwaltung der Energieberatung eine Datenübersicht zur städtischen Infrastruktur, zum Energieverbrauch und zu den anfallenden Betriebskosten. Ergänzend wurden für eine Vor-Ort-Begehung zwei Objekte ausgewählt, die gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, dem Bauamt sowie weiteren Vertreterinnen und Vertretern der Kommune besichtigt werden sollten. Das erste Objekt war die Gesamtschule; das zweite war die davorliegende Straße mit veralteten Straßenlaternen.

Auch die „Klimaschutz-AG“ der Schule und der Leistungskurs Wirtschaft, der sich gerade mit der Rentabilität von Investitionen beschäftigte, nahmen an der Begehung teil. Der Energieberater schätzte: Der Austausch des veralteten Bestands an „Quecksilberdampflampen“ würde die jährlichen Betriebskosten für die Straßenbeleuchtung – die 30 bis 50 Prozent der kommunalen Stromkosten ausmachten – um etwa die Hälfte senken.

Auf ihrem Rundgang ging die Gruppe auch in den Heizungskeller. Der Energieberater sah hier ein großes Einsparpotenzial: Mit moderner Reglungs- und Dämmtechnik ließe sich der Verbrauch in der Regel um 20 bis 30 Prozent vermindern. Oberbürgermeister Weber war beeindruckt – und erwartete mit Interesse den Abschlussbericht des Energieberaters.

Ausgehend von den präzisen Empfehlungen des Abschlussberichts diskutierten in den folgenden Monaten die Verwaltung, der Gemeinderat und die Schule die Handlungs- und Finanzierungsmöglichkeiten. Bei der Straßenbeleuchtung tat sich ein Dilemma auf: Sie kostet Monat für Monat viel Geld, das auf der anderen Seite für eine hoch rentable Investition in ein effizientes System fehlt. Die Lösung: Mit Hilfe des Energieberaters konnte innerhalb weniger Monate ein Förderantrag erfolgreich durchgebracht werden.

Auch der alte Heizkessel der Gesamtschule konnte ersetzt werden. Auf Vermittlung des Energieberaters wurde eine Contracting-Agentur eingeschaltet, um die Investitionen direkt vornehmen zu können. Heute blickt Rüdiger Schaub zufrieden von seinem Schreibtisch auf zwei große Plakate, die ihm die Schüler der Gesamtschule der Stadt überreicht haben: Ein Plakat zeigt eine Grafik mit den jährlichen Investitionen, Rückzahlungen und den Kosteneinsparungen. Auf dem anderen Plakat, ist die CO_2-Bilanz der Stadt abgebildet. „Jetzt kann ich meine eigenen Zahlen mitnehmen, wenn ich die nächste Konferenz zum Thema Energieeffizienz besuche“, denkt Rüdiger Schaub.

Story 2:
Kommunale Energieautonomie: Mehr als nur Energie für die Kommune

„Es war ein gutes Stück Arbeit, gemeinsam in Richtung kommunale Energieautonomie aufzubrechen“, sagt der Leiter des Stadtbauamtes, Jacob Weinberg, als er mit einigen Gästen die sechs neuen Windräder erreicht. An diesem Tag wird der erste Bürgerwindpark der Stadt Mauereck eingeweiht, das dazugehörige Stadtfest ist bereits in vollem Gange. Bei der Gruppe sind auch drei Mitarbeiter der Stadt Belsen, die zur Einweihung des Bürgerwindparks angereist sind und nun erleben, wie die Stadt Mauereck sich für die Zukunft rüstet. „Die Diskussion hat 2005 begonnen, rund drei Jahre vor dem Auslaufen der Konzession des regionalen Energieversorgungsunternehmens“, fährt Weinberg fort. „Für uns in der Verwaltung war klar, dass wir die Weichen für die Zukunft stellen mussten: Die steigenden Energiepreise und die Abhängigkeit vom Energieversorger verursachten hohe Kosten und machten eine eigenständige und vor allem langfristige Planung fast unmöglich.“

Weinberg berichtet auch von der skeptischen Einstellung des Bürgermeisters von Mauereck, Dieter Kreibel, der zu sagen pflegte: „Herr Weinberg, wir werden doch sicher mit Strom versorgt, die Bürgerinnen und Bürger gehen wegen der Strompreise und des Klimaschutzes nicht auf die Barrikaden – warum sollten wir uns dann bei der Energieversorgung einen neuen Streitpunkt schaffen, wo wir doch sonst schon alle Hände voll zu tun haben?“ Weinberg stößt mit dieser Erzählung auf das Verständnis seiner Gäste, die diese Haltung auch aus ihrer eigenen Kommune kennen. Wie also konnten der Bürgermeister und letztlich ganz Mauereck für das Ziel der kommunalen Energieautonomie gewonnen werden?

„Wissen Sie“, erklärt Weinberg, „wir haben innegehalten und uns verschiedene Szenarien vergegenwärtigt. Wo würde die Kommune in 15 Jahren stehen? Es wurde deutlich, dass wir die vielen Herausforderungen im Bereich Energie wie steigende Preise, Versorgungssicherheit, aber auch Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit nur dann angehen können, wenn wir unsere Handlungsspielräume zurückgewinnen. Das hieß: Lieber jetzt einen ‚Brennpunkt‘ aktiv anpacken, als in 15 Jahren zu erkennen, dass wir an langfristige Verträge gebunden sind! Diese politische Herausforderung hat unseren Bürgermeister dann gepackt. Daraufhin haben wir zusammen mit einer Energieberatung analysiert, welche regionalen Wertschöpfungspotenziale bestehen und was es für Mauereck heißen würde, die Stadtwerke zu rekommunalisieren und stärker auf erneuerbare Energien zu setzen. Dabei orientierten wir uns an mehreren Argumenten, die wir später auch als Grundlage in unser Energie- und Klimakonzept aufgenommen haben: die Rückgewinnung der Handlungsfreiheit, Versorgungssicherheit, unser lokaler Beitrag zum Klimaschutz, bezahlbare Energiepreise sowie eine enorme Stärkung der regionalen Wertschöpfung. Dazu kam, dass wir durch die Rekommualisierung der Stadtwerke und den Ausbau der Erneuerbaren den kommunalen Haushalt langfristig entlasten können – ein Argument mit enormer Zugkraft.“

Ein junger Mann stößt zur Gruppe, Jakob Weinberg klopft ihm freundlich auf die Schulter: „Das ist Herr Staub von der Bürgerwindpark Mauereck gGmbH, die seit Beginn des Prozesses eine ganz wichtige Rolle spielt. Wir hatten am Anfang gar nicht bemerkt, dass uns die Grundlage für unsere Planungen fast unter den Füßen weggezogen wurde: Grundstücksmakler hatten bereits mehrere Landwirte angesprochen und unrealistische Renditen versprochen, um die Felder für Windanlagen zu pachten. Sie können sich vorstellen, dass es da bald einen großen Widerstand in der Nachbarschaft gab: Keiner wollte ein Windrad vor seiner Nase, ohne gefragt zu werden und ohne dass er selbst oder die Stadt davon profitieren würde.“

An dieser Stelle meldet sich Manfred Staub zu Wort. Seine Familie führt seit Jahren einen Hof in Mauereck und er ist bereits ein Teilzeit-Windmüller geworden. „Unsere Idee war es, nicht einfach gegen die Windräder zu demonstrieren, sondern einen Weg zu suchen, der alle Akteure beteiligt. Das Konzept des Bürgerwindparks passte da genau, auch wenn es anfangs viel Mühe kostete, die Leute zu informieren und zu überzeugen. Wichtig war, dass die Fläche für den Windpark auf Grundlage eines breiten Beteiligungsprozesses ausgewiesen wurde: Daraufhin war der Windpark in aller Munde und schließlich haben rund 500 Bürgerinnen und Bürger Anteile am Bürgerwindpark gezeichnet, auch die Kirchen machten mit. Außerdem haben wir eine Bürgerstiftung eingerichtet, in die jährlich zwei Prozent der Einnahmen fließen. So können Naturschutzmaßnahmen vor Ort oder soziale Projekte gefördert werden. Wir waren also nicht mehr nur betroffen, sondern beteiligt – und das, bevor es überhaupt zu tiefgreifenden Konflikten kam. Das Resultat ist eindrucksvoll, schauen Sie einfach auf dieses Fest, fast die ganze Stadt ist da!“

Inzwischen ist der Bürgermeister an das Mikrofon getreten. Die ersten Reihen vor der Bühne sind gut gefüllt, sogar ein regionaler Fernsehsender ist vertreten. Die Gäste aus Belsen gesellen sich an einen Stehtisch und nehmen eine Bio-Limonade entgegen, der Hersteller hat im letzten Jahr die Produktion in Mauereck ausgebaut. „Mit erneuerbaren Energien hergestellt“, steht auf dem Etikett. Während der Bürgermeister seine Rede zur Einweihung des Bürgerwindparks beginnt, planen die Gäste bereits, wie sie auch in ihrer Kommune ein neues Energiekonzept auf den Weg bringen können.

Story 3:
Nachhaltige Mobilität: Eine Stadt setzt sich in Bewegung

„Hier muss sich etwas grundlegend ändern, wenn wir mittelfristig nicht in einer Flut an Aufgaben versinken wollen“, sagte Silvia Timm, Leiterin des Verkehrsbereichs von Luisenstadt. Mit ihren Kolleginnen und Kollegen plante sie die Entwicklung einer Strategie, um das Thema Mobilität in ihrer Stadt anzugehen. In der Verwaltung waren in den letzten Jahren viele Ideen entstanden, wie die Stadt lebenswerter gestaltet werden könnte: Eine verkehrsberuhigte Zone in der Innenstadt, eine abgestimmte Neugestaltung des Bus- und Straßenbahnnetzes, ein Lärmaktionsplan und die Förderung der Elektromobilität waren einige davon. Bei diesen Vorschlägen blieb es meist: Das sei eine gute Idee, man könne das nächstes Jahr aufnehmen, jetzt gäbe es dringlichere Baustellen. Durch dieses Vorgehen gab es immer etwas auszubessern – aber keine klare Zielsetzung, auf welche Art der Mobilität Luisenstadt in Zukunft setzen wollte und wie die verschiedenen Herausforderungen zusammengeführt werden sollten. Timm nahm sich vor, systematisch vorzugehen und diesem Zustand ein Ende zu setzen.

Timm und ihre Kolleginnen und Kollegen gingen das Problem in zwei Schritten an. Zunächst wurden die verschiedenen Vorschläge in einem integrierten Mobilitätskonzept gebündelt und ein einprägsamer Entwicklungspfad für Luisenstadt aufgezeigt. Dabei ging es nicht nur um eine möglichst enge Verzahnung der Handlungsfelder Verkehr, Lärm, Gesundheit, Klima, Wirtschaft und Lebensqualität, sondern auch um die Auswahl der „richtigen Argumente“: Während der Klimaschutz zum Beispiel für einen Teil des Gemeinderates ein wichtiges Anliegen war, war anderen die Stärkung des lokalen Einzelhandels viel wichtiger. Kurz: Um eine breite Unterstützung in Luisenstadt zu finden, musste das Mobilitätskonzept ökologische, soziale und wirtschaftliche Argumente vereinen. In einem zweiten Schritt ging es darum, mit diesem argumentativen Rüstzeug durch eine Reihe von Veranstaltungen ein Bewusstsein für die Aufgabe zu finden, Luisenstadt „nachhaltig in Bewegung“ zu versetzen, wie Frau Timm es nannte.

Rund zwei Monate später traf der erste informelle „Runde Tisch“ zur nachhaltigen Mobilität zusammen: Mehrere Gemeinderatsmitglieder, Referenten aus den Fachbereichen, Vertreter der Umweltgruppen sowie der lokalen Wirtschaft waren Timms Einladung gefolgt. Wie ließen sich in Luisenstadt Veränderungen anstoßen? Welche guten Beispiele gab es bereits? Welche guten Ansätze konnten aus anderen Kommunen übernommen werden?

Einen großen Eindruck machte dabei der Bericht von Manuel Paul von der Firma Solbeitec, die zusammen mit der Stadt ein Fahrradleihsystem initiiert hatte. Denn der Firmenparkplatz war immer gut gefüllt, obwohl es eine gute Bahnanbindung an die nahegelegenen Städte gab, wo viele der 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Solbeitec wohnten. Der Grund: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter scheuten den Weg vom Bahnhof zur Firma, der sich mit dem Fahrrad nur mühevoll bewältigen ließ. Um dieses letzte Glied der „Mobilitätskette“ zu schließen, etablierte die Stadtverwaltung mit Solbeitec ein Fahrradleihsystem, bei dem die Hälfte der Fahrräder mit einem elektronischen Hilfsmotor ausgestattet war. Insgesamt gab es sechs Stationen am Bahnhof, bei Solbeitec und in der Innenstadt. Nach anfänglicher

Skepsis der Belegschaft trug eine Vereinfachung des Zahlsystems und ein Sponsoring von Solbeitec zu einer guten Auslastung bei. In der Zwischenzeit hatten weitere Unternehmen aus Luisenstadt und dem nahen Umfeld Interesse an einer Kooperation signalisiert.

Ein weiteres Beispiel war das „Straßenfest Weberalle“, bei der eine der Hauptverkehrsstraßen für einen Tag komplett gesperrt wurde. Neben einer Bahn für Inlineskater, einem Streetbasketball-Feld und einer Vielzahl kulinarischer Angebote hatte vor allem der Einzelhandel diesen Tag genutzt, um mit ungewöhnlichen Angeboten auf sich aufmerksam zu machen. Am meisten Zulauf hatte der Informationsstand zum Thema Lärm: Vielen Anwohnern wurde es an diesem Tag erst bewusst, welche Rolle der Verkehrslärm in ihrem Leben spielte. Das Ergebnis: Die Interessenten-Liste für den lokalen Lärmaktionsplan füllte sich in rasanter Geschwindigkeit. Dazu gab es mehrere Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern, ob sie auch in ihrer Straße ein jährliches Fest organisieren könnten.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des „Runden Tisches“ erläuterte Silvia Timm auch die Grundzüge des nachhaltigen Mobilitätskonzeptes. Für die Fachreferentinnen und -referenten war es eine positive Erfahrung, dass sie ihr „Nischenthema“ in ein Rahmenkonzept einbringen konnten. Auch die Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderates erwärmten sich langsam für das Gesamtkonzept, nachdem sie gesehen hatten, wie greifbar das Thema nachhaltige Mobilität dargestellt werden konnte, welches Engagement es bereits gab und welche Erfolge andere Kommunen erzielt hatten. Wichtig war auch die Vielfalt der Argumente, die für ein Umdenken im Bereich der Mobilität sprachen.

Das erste Treffen trug Früchte: Nach hitzigen Debatten beschloss der Gemeinderat, einen partizipativen Leitbildprozess zu starten, um gemeinsam mit allen Parteien, der Verwaltung, den lokalen Unternehmen sowie den Bürgerinnen und Bürgern das Leitbild „Luisenstadt – nachhaltig in Bewegung“ zu erarbeiteten. Damit fanden die Aktionsfelder Lebensqualität, Lärm, Stadtentwicklung, Wirtschaft, Verkehr und Klimaschutz endlich eine gemeinsame Plattform, auf der nicht nur integrierte Lösungen entwickelt, sondern auch die politische und gesellschaftliche Unterstützung für die Umsetzung geschaffen werden konnte. Frau Timm war zufrieden: Die Stadt hatte es geschafft, die verschiedenen Interessen zusammenzubringen und gemeinsam eine Weichenstellung für die Zukunft zu erarbeiten.

Story 4:
„N 49° 23.635 E 8° 48.337“ – Schnitzeljagd auf der Suche nach der Stadt von Morgen

Vor zwei Jahren stieß die Schülerin Julia Steig auf die „Geo-Caching“-Webseite: Ein „cache“ bezeichnet eine kleine Schachtel, die irgendwo auf dem Erdball versteckt ist. Dazu vermerkt jeder, der etwas versteckt, auf einer Webseite die GPS-Koordinaten des Verstecks und gibt weitere Tipps für die Suche – zum Beispiel, ob das Versteck mit dem Rollstuhl zu erreichen ist. Belohnt werden die Finderinnen und Finder mit einer Beschreibung der (historischen) Besonderheit des Ortes und einem Logbuch, in das er sich eintragen kann. Oft finden sich in den Behältern auch Geschenke, die die Finderinnen und Finder gegen andere austauschen können.

Nachdem Julia Steig zur eifrigen Schatzsucherin geworden war, nahm sie an einer Sitzung des Jugendgemeinderats teil, in der der zunehmende Flächenverbrauch in Wilhelmberge diskutiert wurde und wie schwierig es sei, die Politik und Öffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren: Fläche sei abstrakt und hochkomplex – und einfach weit weg von den Leuten. In diesem Moment schoss Julia eine Idee durch den Kopf: Könnte hier nicht eine interaktive „Flächen-Rallye“ ansetzen, bei der die Teilnehmer wie beim Geo-Caching verschiedene Flächen der Stadt erkundeten?

Im Jugendgemeinderat und bei der Stadtverwaltung stieß der Vorschlag zunächst auf ein eher zaghaftes Interesse. Da jedoch vorläufig keine Sachkosten entstehen und der Großteil der Arbeit ehrenamtlich durchgeführt werden sollte, stimmte die Stadtverwaltung einer Testphase zu. Schließlich lud die Leiterin des Stadtentwicklungsamtes, die als Schirmherrin gewonnen werden konnte, zu einem ersten Projekttreffen ein und die Ausarbeitung des Streckenverlaufs begann. Die Ziele, deren Koordinaten auf der Webseite der Stadt standen, waren vielfältig: Brachflächen, leerstehende Gebäude, Beispiele innovativer Zwischennutzungskonzepte, Neubaugebiete, Verkehrswege und Bereiche, die möglicherweise zur Bebauung ausgeschrieben werden sollten. Diese Orte verband die Tatsache, dass sie die Stadtentwicklung und den zukünftigen Flächenverbrauch von Wilhelmberge mitbestimmen würden.

Als die Projektgruppe die Informationen zu den ausgewählten Orten zusammenstellte, zeigte sich die enge Verbindung des Themas Fläche zu vielen anderen Handlungsfeldern: Die Entwicklung von Wohngebieten musste mit Blick auf die alternde und abnehmende Bevölkerung der Stadt betrachtet werden, außerdem mussten die Folgen für die Biodiversität, den Hochwasser- und Klimaschutz sowie die Innenstadtentwicklung einbezogen werden. Doch umso mehr die Komplexität stieg, wuchs bei vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Faszination für das Thema und das Bewusstsein für dessen Wichtigkeit.

Zwei Jahre später treffen der Gemeinderat und der Bürgermeister von Wilhelmberge auf dem Markplatz ein. Der Behälter der neu eingerichteten Station 19 der Flächen-Rallye baumelt an einer Schnur vom Dach des Infostandes, auf dem bereits aus der Ferne die Buchstaben „Leitbild Nachhaltige Stadtentwicklung Wilhelmberge“ zu erkennen sind. Der Startschuss für den partizipativen Leitbildprozess in Wilhelmberge, der auch durch die intensive Beschäftigung mit dem Thema Fläche angestoßen wurde, ist gegeben. Das Interesse ist groß, denn die „Flächen-Rallye“ hat sich nach einer mühseligen Startphase durch eine zunehmende Mund-zu-Mund-Propaganda herumgesprochen und ist schließlich zu einem Anziehungspunkt geworden, der über die Stadtgrenzen hinaus für Aufsehen sorgte. Die Abenteuerlust, die Technik, das Aufspüren der thematischen Zusammenhänge und die Möglichkeit, selbst „Verstecke“ auf der Webseite der „Flächen-Rallye“ einzustellen, waren letztendlich die Anreize, die die Einwohner von Wilhelmberge auf die Füße gebracht haben.

Neben Stationen, die deutlich machen, welcher Umfang an Fläche jeden Tag versiegelt wird, setzt die „Flächen-Rallye“ mit Orten wie dem „Bürger- und Gründerzentrum Wilhelmberge“ ein positives Zeichen: Nachdem das Fabrikgelände einer ehemaligen Porzellanfabrik mehrere Jahre leer stand, wurde es auf Initiative eines lokalen „Start-Up“ restauriert und energetisch saniert. Entstanden ist ein Ort für die lokale Kreativwirtschaft mit viel Raum für den Austausch zwischen Künstlern, Vereinen und den Bürgerinnen und Bürgern. Dieser Ort hat das Gemeinschaftsgefühl und Image der ganzen Stadt positiv beeinflusst – ohne dass dafür neue Flächen ausgewiesen wurden.

Story 5:
Gemeinschaft wachsen lassen – „Urban Gardening“

„Du, Papa, Gärtnern ist echt cool!“ Rainer Forst staunte über die Begeisterung seiner Tochter, als sie von einem Wochenende in der benachbarten Großstadt zurückgekehrte. „Weil die Böden dort kontaminiert sind, werden die Pflanzen in Kästen, Säcken und sogar Tetrapaks gezogen. Da sind viele verschiedene Leute, die gemeinsam pflanzen, Bienen züchten und neue Pläne für weitere Projekte schmieden“, erzählte die Tochter. Mitgebracht hat sie eine kleine Tomatenpflanze, die in einem Milchkarton wächst.

Rainer Forst, Beauftragter für Integration und soziale Stadtentwicklung in Herrenfelde, war von diesem Enthusiasmus sehr überrascht – denn bisher hatte sich seine Tochter bei der Gartenarbeit nicht durch besonderen Ehrgeiz hervorgetan. „Urban Gardening“, wie seine Tochter die neue Form der städtischen Landwirtschaft nannte, hatte sie weit mehr beeindruckt.

Einen Monat später wurde Forst aktiv. Gemeinsam mit seiner Kollegin Diane Beer vom Liegenschaftsamt lud er eine bunte Gruppe ein, um die Idee eines Gemeinschaftsgartens in Herrenfelde zu diskutieren. Mit am Tisch saßen Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerstiftung, eines Vereins zur Bildungsförderung, zwei Vertreterinnen von Migrantenorganisationen und eine Nachbarin, die für ihre Liebe zum Gärtnern bekannt war. Bisher hatte Forst mit diesen Personen in verschiedenen Projekten zusammengearbeitet und wollte diese Verbindungen jetzt stärken.

Die Meinungen und Argumente waren vielfältig: „Ein Garten ist ein lebendiger Organismus, damit schaffen wir einen Raum, in dem sich die Menschen untereinander und mit ihrer Nachbarschaft auseinandersetzen können und müssen. Das hilft uns, zu einer Kultur des Miteinanders zu kommen.“ – „Es ist nicht selbstverständlich, dass wir jeden Tag vor prall gefüllten Regalen im Supermarkt stehen. Die bewusste Auseinandersetzung mit unseren Lebensgrundlagen kann uns helfen, unseren Kinder ein Gefühl für die Natur zurückzugeben.“ – „Bei uns rufen viele Bürgerinnen und Bürger an, die von der nationalen Politik enttäuscht sind und sich vor Ort engagieren wollen: Aber kann ein Garten wirklich einen solchen Raum zum Mitgestalten schaffen?“

Und würde es gelingen, nicht nur die üblichen Verdächtigen, sondern auch junge Menschen, Ältere und Menschen aus ganz unterschiedlichen sozialen Gruppen in den Garten einzuladen? Die Idee eines „Gemeinschaftsgartens“, ganz im Sinn des „Urban Gardenings“, wurde schließlich als konkretes Projekt ausgewählt. Im Garten sollten von Beginn an nicht nur Kartoffeln, Möhren und Tomaten wachsen, sondern auch neue Ideen für das soziale Zusammenleben entstehen. Dass diese in Herrenfelde dringend gebraucht wurden, war allen Beteiligten klar: Die ehemals industriell geprägte Stadt hatte weiterhin mit dem Strukturwandel zu kämpfen, es gab viele Schulabbrecher und in den Stadtquartieren entstand eine zunehmende Abgrenzung zwischen verschiedenen sozialen Gruppen. Auch die hohe Jugendkriminalität und zunehmender Vandalismus waren große Probleme.

Während eine passende Brachfläche für den Gemeinschaftsgarten durch die Kooperation mit dem Liegenschaftsamt schnell gefunden war, blieb die Resonanz zunächst gering. Die Aushänge bei der Stadtverwaltung und Anzeigen in der lokalen Zeitung blieben fast ohne Wirkung. Auch wurde der Garten für nächtliche Partys zweckentfremdet.

Erst als die Gründerinnen und Gründer des Gemeinschaftsgartens bei den Anwohnern des Gartens klingelten und sie persönlich zum Mitmachen einluden, nahmen mehr und mehr Menschen teil und der Garten begann, sich in der Nachbarschaft als feste Institution zu etablieren.

Der Schlüssel war schließlich, dass das gemeinsame Gärtnern eine große Verbundenheit schuf: Alle Besucher, ob jung oder alt, alteingesessen oder zugewandert, konnten mitgestalten, voneinander lernen und sich über die sichtbaren Ergebnisse freuen. Dabei zeigte der Garten, wie verschiedene Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung zusammengefügt werden können: Das kulturelle Miteinander gehörte genauso dazu wie der ökologische Anbau, die Bildung für nachhaltige Entwicklung und der Verkauf von fair gehandelten Produkten im Café des Gemeinschaftsgartens. Auch die ökonomische Nachhaltigkeit war durch den Verkauf des angebauten Gemüses und die vielen Sach- und Geldspenden gesichert, die Überschüsse gehen mittlerweile an die „Herrenfelder Tafel“.

Durch den Gemeinschaftsgarten gab es in Herrenfelde endlich einen Ort, an dem alteingesessene Bürgerinnen und Bürger, Menschen mit Migrationshintergrund sowie verschiedene Vereine zusammen diskutieren und arbeiten konnten. Das Ergebnis war nicht nur die Gründung des „Rates für Migration“, in dem sich die Vertreter der verschiedenen Gruppen zusammenschlossen, sondern auch ein aktiver Austausch mit der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat. Dies war der Ausgangspunkt für einen breiten Beteiligungsprozess, an dessen Ende der Gemeinderat einstimmig das „Integrationskonzept Herrrenfelde“ verabschiedete. Durch dieses Konzept gelang es, die Projekte zur Integration und Förderung des sozialen Lebens unter einem Dach zu bündeln und eine langfristige Weichenstellung zu schaffen, die von der ganzen Stadt getragen wurde.

Im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftsgarten entstanden auch neue Projekte wie das „Patenschaftsprogramm Schulabschluss“, in dem ein Verbund lokaler Unternehmen Schülerinnen und Schüler während der letzten zwei Schuljahre und bei der Berufsfindung unterstützte. Gerade mit Blick auf den bevorstehenden Fachkräftemangel bot sich der Wirtschaft damit die Möglichkeit, ganz konkret aktiv zu werden. Und dass die Jugendlichen Verantwortung übernehmen und sich mit großem Ehrgeiz für die Gestaltung ihrer Zukunft einsetzen konnten, hatten die Unternehmerinnen und Unternehmer im Gemeinschaftsgarten erlebt.

Story 6:
Bürgerhaushalt Weinstein – eine Rechnung geht auf

Im Rathaus bekommt die Vorschlagliste für den Bürgerhaushalt in Weinstein den letzten Schliff: Am kommenden Montag beginnt die Abstimmungsphase, die „Weinstein-wählt-Woche“, bei der die Bürgerinnen und Bürger über Internet und an drei Ständen in verschiedenen Stadtteilen die besten 50 der insgesamt 180 eingebrachten Vorschläge auswählen können. Die Bandbreite reicht dabei von der Förderung eines Jugendclubs bis zur Boule-Fläche im Stadtpark. Rita Jost, Leiterin der Finanzabteilung und damit auch des Bürgerhaushalts, freut sich über das anhaltende Engagement ihrer Kolleginnen und Kollegen für das „Projekt Bürgerhaushalt“.

Als vor vier Jahren eine lokale Initiative den Vorschlag eines Bürgerhaushalts einbrachte, war von dieser Eintracht noch nichts zu spüren. Einige Gemeinderäte sahen hierin die Chance, durch einen Bürgerhaushalt in Zeiten knapper Kassen das Verständnis für die Haushaltspolitik zu fördern und ein partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen. Das wäre endlich ein Weg, um Weinsteins Leitbild von einer „Bürgerkommune“ umzusetzen. Andere waren skeptisch: „Zu teuer, viel zu komplex und absolut unnötig. Wir brauchen keine zweite Abstimmung – wir sind doch schon gewählt!“ Dabei merkten alle: Nicht nur in der überregionalen Politik, sondern auch in Weinstein lag der Wunsch nach einem neuen, bürgernahen Politikstil in der Luft. Somit traf Rita Jost mit ihrem Vorschlag ins Schwarze: In einer Zukunftswerkstatt sollten Bürgerinnen und Bürger mit Vertreterinnen und Vertretern des Gemeinderats und der Verwaltung diskutieren, welche Chancen und Grenzen ein Bürgerhaushalt in Weinstein hatte.

Die Zukunftswerkstatt wurde später oft als Ausgangspunkt einer „neuen Sachlichkeit“ in Weinstein bezeichnet. Interessiert hörten die Teilnehmer zwei Referenten zu, die über die Erfahrungen ihrer Kommunen bei der Einführung eines Bürgerhaushaltes berichteten. Schon in der folgenden Diskussion war spürbar, dass eine gemeinsame Lösungssuche die Grenzen aufheben könnte, die sonst zwischen den politischen Fraktionen, der Verwaltung sowie den Bürgerinnen und Bürgern verliefen. Eindruck hinterließ vor allem das Argument, dass Bürgerhaushalte Entscheidungen nicht nur transparenter machten, sondern auch die Umsetzungsmotivation erhöht hatten. Am wichtigsten aber waren die Berichte darüber, wie der Bürgerhaushalt das Verhältnis zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft grundlegend verändert hatte.

In den folgenden Monaten gründeten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Zukunftswerkstatt den „Beirat Bürgerhaushalt“, der aus den ersten Ergebnissen eine Entscheidungsgrundlage für den Gemeinderat erarbeitete. Nach intensiven Diskussionen über Parteigrenzen hinweg, der Beratung durch ein Forschungsinstitut und mehreren öffentlichen Informationsveranstaltungen beschloss der Gemeinderat ein halbes Jahr später mit deutlicher Mehrheit, dem Leitbild „Bürgerkommune“ durch die Einführung eines Bürgerhaushalts einen großen Schritt entgegenzugehen. Dabei wurde eine Testphase von zwei Jahren vereinbart, in denen der Bürgerhaushalt sich bewähren konnte.

Aus dem ersten Konzept entwickelte der Beirat ein klares Regelwerk, das nach jedem Durchlauf des Bürgerhaushalts evaluiert und gegebenenfalls angepasst werden sollte. Für die Verwaltung war es zunächst eine große Herausforderung, das umfangreiche Zahlenwerk des kommunalen Haushalts so aufzubereiten, dass die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen wurden. Dazu gab es eine begleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die von der Bürgerstiftung, der Bürgerinitiative und vielen ehrenamtlichen Helfern unterstützt wurde, um die Idee und die Funktionsweise des Bürgerhaushalts bekannt zu machen. Bereits in dieser vorgelagerten Phase wurden die ersten Vorschläge diskutiert: Brauchte es wirklich neue Häuschen bei den Bushaltestellen – konnte das Geld nicht besser für einen verkehrsberuhigten Bereich vor dem Kindergarten genutzt werden? So kamen die Bürgerinnen und Bürger, Politik und Verwaltung miteinander ins Gespräch, der neue Politikstil begann zu wirken.

Zwei Jahre später stimmte der Gemeinderat einstimmig für eine dauerhafte Einrichtung des Bürgerhaushalts: Nachdem die Beteiligung im ersten Jahr noch gering gewesen war, beteiligten sich die Bürgerinnen und Bürger nach einer Anpassung des Ablaufs und einer verstärkten Öffentlichkeitsarbeit sehr rege am zweiten Durchgang.

Inzwischen ist die Abstimmungsphase des dritten Bürgerhaushaltes abgeschlossen, mit einem Zuwachs von 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Rita Jost freut sich über diese Zahl, insbesondere mit Blick auf die Evaluierung des Bürgerhaushalts im nächsten Frühjahr. Auch einige weitere Vorteile des Bürgerhaushaltes lassen sich beziffern: Durch eine höhere Achtsamkeit der Bürgerinnen und Bürger sind die Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur zurückgegangen, dazu gibt es weniger Vandalismus. Ebenso ist der Verwaltungsaufwand in der dritten Runde deutlich geringer, die Strukturen haben sich eingespielt. Hier merkt Rita Jost lächelnd an: „Den Schwung, den wir durch die neuen Aufgaben und vor allem die Internet-Beteiligung bei uns reingebracht haben, hätten wir durch Schulungen nie erreicht." Besonders wichtig ist ihr aber der partnerschaftliche Umgang, der in Weinstein eingekehrt ist. Die Bürgerkommune wird endlich zu einer Realität, die die Bürgerinnen und Bürger täglich erleben und mitgestalten können.

Wir hoffen, die eine oder andere dieser Geschichten hat Sie inspiriert, sich mit einem Thema näher zu beschäftigen. Hierzu finden Sie im folgenden Faktenteil Trends, Hintergründe und Argumente. Falls Sie sofort loslegen wollen, bietet Ihnen der Serviceteil Hinweise und Links zu weiterführenden Informationen, Webseiten und Ansprechpartnern.

3 Faktenteil: Trends, Hintergründe und Argumente zur kommunalen Nachhaltigkeit

3.1 Klimawandel und Energie

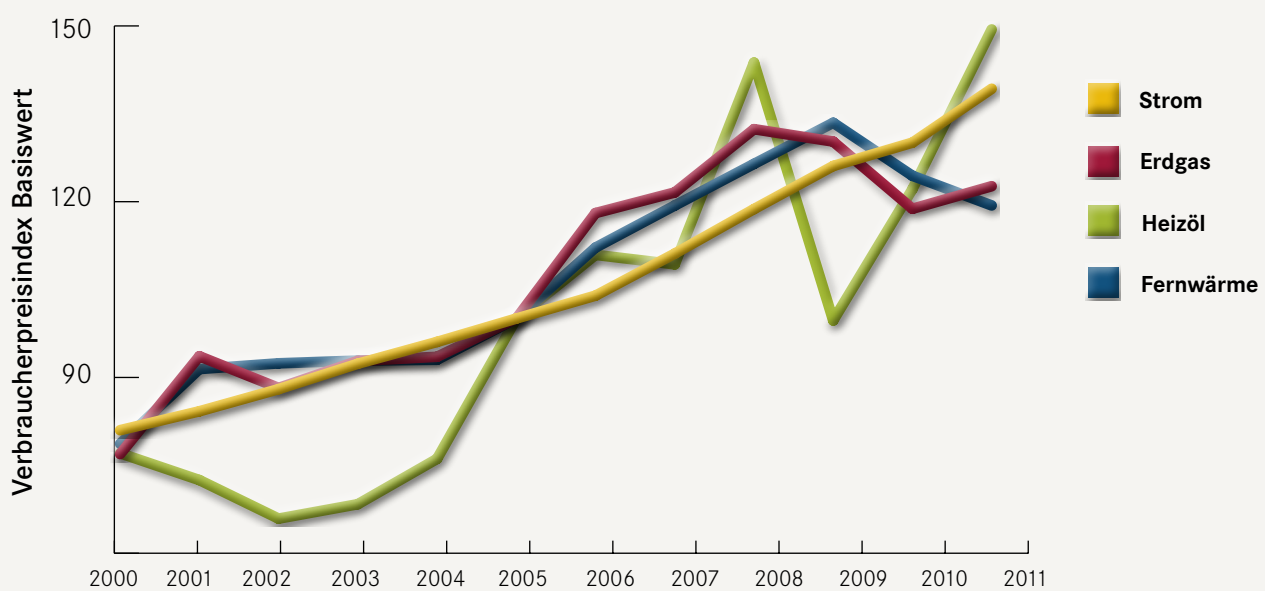
Klima- und Energiepolitik ist zum zentralen Handlungsfeld der Kommune geworden: Das Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft ist in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Gründe hierfür sind sowohl die wachsende Bedeutung des Klimaschutzes als auch der erhebliche Anstieg der Energie- und Wärmekosten, die die Handlungsspielräume einer Kommune entscheidend mitprägen. Nach der Katastrophe von Fukushima im Frühjahr 2011 ist die Energiepolitik verstärkt in den Mittelpunkt der gesellschaftlichen und politischen Debatten gerückt. Damit ist für Kommunen nicht nur ein großer Handlungsdruck entstanden, sondern auch die Chance, auf breiter Basis aktiv zu werden. Auch die Beschlüsse zur Energiewende bringen einen Entscheidungs- und Handlungsbedarf im Bereich Energieeffizienz für die Kommunen mit.

Dabei ist von zentraler Bedeutung, durch ein integriertes Konzept die Themenfelder Energie und Klimaschutz eng miteinander zu verzahnen und somit eine langfristige abgestimmte Entwicklungsstrategie zu verfolgen. Dazu zählt auch eine bewusste Steuerung der Flächen- und Wirtschaftsentwicklung, die zum Beispiel für den Ausbau der erneuerbaren Energien entscheidend sind.

„Entscheidend für den Erfolg im Bereich Klimaschutz sind fundierte Datengrundlagen wie ein Energienutzungs- und Klimaschutzfahrplan, aber auch ein querschnittsorientiertes und vom Stadtrat legitimiertes Management unter Einbindung der wichtigsten Akteure wie Stadtwerke, Bauamt, und Wirtschaftsförderung. Nur wenn alle verwaltungsinternen Aktivitäten zum Themenkreis Klimaschutz und Energie aufeinander abgestimmt werden, können Zielsetzungen wie Energieautonomie und die Akzeptanz erneuerbare Energien erreicht werden. Selbstverständlich braucht es auch externe Partner aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die grundlegende Strategie kann allerdings nur von der Kommune als parteiübergreifende Institution vorgegeben werden.“

Ralf Mützel, Stadt Neumarkt

Entwicklung der Preise für Strom, Erdgas, Heizöl und Fernwärme



Quelle: Daten zur Energiepreisentwicklung – Lange Reihen von Januar 2000 bis August 2011, Statistisches Bundesamt (2011)

Handlungsfeld „Kommunale Energieeffizienz“

Was heißt „Kommunale Energieeffizienz“?

Neben dem Ausbau der erneuerbaren Energien und veränderten Verhaltensweisen ist Energieeffizienz die dritte Säule auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung im Energie- und Klimabereich. *Energieeffizienz* bezieht sich dabei auf eine Verringerung der eingesetzten Energieträger (Strom, Öl, Gas etc.) bei gleicher (oder höherer) Leistung.

Vor dem Hintergrund steigender Energiepreise und dem enormen Einsparungspotenzial bei Kosten und CO_2-Emissionen ist es daher umso wichtiger, das Thema ganz oben auf die politische Agenda zu setzen und in der Kommune ein Bewusstsein für die Möglichkeiten und Chancen von Maßnahmen zum Energiesparen und zur Energieffizienz zu schaffen. Denn: In keinem anderen Bereich lassen sich CO_2-Emissionen so kostengünstig – oder sogar „rentabel“ – einsparen. Ebenso wichtig ist es, dass sich Kommunen aktiv auf die Suche nach neuen Finanzierungsmöglichkeiten machen – Fördermittel oder Contracting-Projekte sind Beispiele (siehe Serviceteil).

Alte Lampen
Quecksilberdampflampen, Natriumdampf-Niederdrucklampen, Leuchtstofflampen

Neue Lampen
Natriumdampf-Hochdrucklampen, Halogenmetalldampflampen, Kompaktleuchtstofflampen,
LED (lichtemittierende Diode)

Um die Einsparpotenziale in den verschiedenen Handlungsfeldern umfassend auszuschöpfen, ist ein kommunales Energiemanagementsystem von zentraler Bedeutung. Durch die ganzheitliche Betrachtung können in der Regel hohe Synergieeffekte erreicht werden – ein abgestimmtes Gesamtsystem zur Gebäudesanierung (mit Blick auf Dämmung, Heiztechnik, Solarthermie und weitere Faktoren) ist preiswerter und effektiver, als die Renovierung erst nach und nach vorzunehmen. Drei Schritte sind nötig, um ein solches System zu etablieren: eine Bestandsaufnahme, eine Analyse der Potenziale sowie ein Maßnahmenkatalog als kommunalpolitische Entscheidungsgrundlage. Ein durchdachtes Energiemanagementsystem ist somit die Basis für eine langfristige, verlässliche und bezahlbare kommunale Energie- und Klimapolitik.

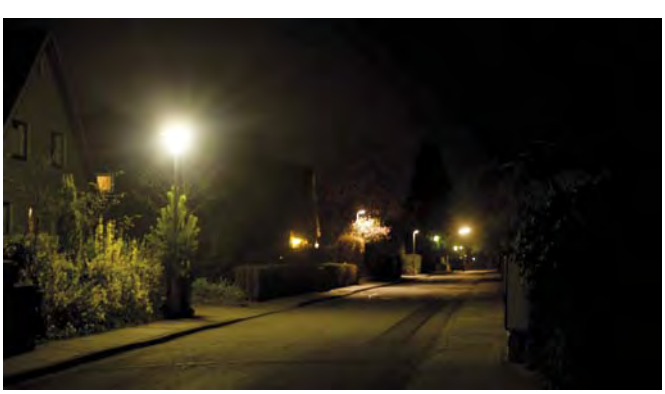
Drei konkrete Handlungsansätze werden im Folgenden näher beschrieben sowie mit Tipps und Argumenten hinterlegt.

Ansatz 1: Energieeffiziente Straßenbeleuchtung

Straßenlaternen und -leuchten machen in Kommunen rund 30 bis 50 Prozent des Stromverbrauchs aus. Dabei ist über ein Drittel der heutigen Straßenbeleuchtung älter als 20 Jahre und damit technisch veraltet – dennoch werden derzeit deutschlandweit nur 3 Prozent der Straßenbeleuchtung pro Jahr ersetzt.[1] Eine Menge Geld liegt also noch auf der Straße – auch deshalb, weil Energie Anfang der 1970er Jahre noch sehr billig war und damit häufig überdimensionierte Beleuchtungssysteme eingesetzt wurden. Allein in Baden-Württemberg sind laut Schätzungen jährliche Kosteneinsparungen von 50 Millionen Euro möglich.[2]

Dabei wurde in den letzten Jahren der Wirkungsgrad von Leuchten und die Lichtausbeute von Leuchtmitteln enorm verbessert. Der Austausch alter Lampen durch moderne Lampen kann den Betriebskostenverbrauch bei gleicher oder besserer Beleuchtungsqualität in der Regel um 25 bis 55 Prozent senken, in Wohnstraßen lassen sich durch LED-Leuchten sogar bis zu 80 Prozent des Stromverbrauchs sparen. Je nach den Beleuchtungsanforderungen können verschiedene effiziente Lampen eingesetzt werden. Positiv ist ebenfalls, dass moderne Lampen in der Regel weniger Auswirkungen auf Fledermäuse, Insekten und Vögel haben und damit einen Beitrag zum Naturschutz leisten.

Nicht zu vergessen: Die Neugestaltung von Beleuchtungssystemen kann auch städtebauliche Akzente setzen – zum Beispiel durch die Beleuchtung öffentlicher Plätze. Maßnahmen zur effizienten Straßenbeleuchtung können also mit überzeugenden Argumenten belegt werden: Klimaschutz, Kosteneinsparungen, städtebauliche Verbesserungen und Naturschutz gehen Hand in Hand! Für die Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen bietet der Leitfaden „Energieeffizientere Straßenbeleuchtung“ wertvolle Tipps (siehe Serviceteil).



Wohnstraße in Norderstedt: 80 Prozent Energieeinsparung durch den Ersatz alter 80 W Pilzleuchten (im Vordergrund) durch moderne 14 W LED-Leuchten

[1] Landesanstalt für Umwelt, Messung und Naturschutz Baden Württemberg (2009), S. 8
[2] Landesanstalt für Umwelt, Messung und Naturschutz Baden Württemberg (2009), S. 5

Energetische Gebäudesanierung der Grundschule in Aischbach, Tübingen

Ansatz 2: Energieeffizienz durch Gebäudesanierung im öffentlichen und privaten Bereich

In Deutschland entstehen rund 40 Prozent des Gesamt-Energieverbrauchs in öffentlichen und privaten Gebäuden durch Heizung, Warmwasser und Beleuchtung. Die umfangreichen Sanierungsprogramme der letzten Jahre haben gezeigt, wie groß die Einsparpotenziale sind, die durch eine moderne Dämm- und Heizungstechnik erreicht werden können. Für das energieeffiziente Bauen und Sanieren von Wohnraum sowie zur Sanierung der lokalen und sozialen Infrastruktur hat die Bundesregierung 2006 bis 2010 Fördermittel in Höhe von insgesamt rund 7,1 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Die Gebäudesanierung ist weiterhin ein wichtiger Baustein der Energiewende: Für Förderprogramme der staatlichen Bank KfW stehen von 2012 bis 2014 jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung.

Vor allem durch eine Sanierung öffentlicher Liegenschaften wie Schulen, Kindertagesstätten oder Sport- und Schwimmhallen kann die Kommune einen Beitrag zur Senkung der Betriebskosten und zum Klimaschutz leisten. Dazu kann die Kommune über die Siedlungsentwicklung energetische Standards für Wohn- und Gewerbegebiete setzen. Ebenso wichtig ist die Vorbildfunktion, die Kommunen auf Hausbesitzer, Gewerbe und Verbraucher ausüben. Denn der Energieverbrauch städtischer Gebäude macht nur einen geringen Teil des Gesamtverbrauchs aus – in Gladbeck liegt dieser Wert bei zwei Prozent, wie bei der Erstellung eines Integrierten Klimaschutzkonzeptes ermittelt wurde. Außerdem nehmen die Kommunen eine Verbindungsfunktion zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie Bund und Ländern ein. Und: Auch als Berater und Förderer beeinflusst die Kommune das Verhalten privater Haushalte, des Gewerbes und der Wohnungsbaugenossenschaften

Beispiel: „Tübinger Klimaschutzoffensive“

Im Rahmen der „Tübinger Klimaschutzoffensive“ wurden seit Anfang 2007 zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung des Energieverbrauchs in den rund 160 kommunalen Liegenschaften gestartet: Dazu zählen unter anderem Gebäudesanierungen, ein kommunales Energiemanagement und die Nutzersensibilisierung. Durch dieses Maßnahmenbündel konnte der witterungsbereinigte Heizenergiebedarf der Liegenschaften von 20.462 MWh im Jahr 2006 auf 17.399 MWh im Jahr 2009 gesenkt werden. Dies entspricht einer Reduktion um 15 Prozent – obwohl in diesem Zeitraum Nutzungsausweitungen und weitere Gebäude hinzukamen.

Beispiel: „Initialberatung vor Ort“ in Augsburg – Investitionen anstoßen

Mit dem Kleinförderprogramm „Initialberatung vor Ort“ stellt die Stadt Augsburg im Jahr 2011 zum zweiten Mal 5.000 Euro zur Verfügung, damit qualifizierte Energieberater mit BAFA-Zulassung direkt am Gebäude interessierte Bürgerinnen und Bürger beraten können. Die Eigentümer müssen für die maximal 1,5 Stunden Beratung nur 25 Euro selbst aufbringen, die restlichen 125 Euro werden über die Förderung finanziert. 2010 hatten bis Jahresende 16 der 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Beratung bereits Maßnahmen geplant oder umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 15.04 Euro je Fördereuro der Stadt investiert worden – und weitere Maßnahmen waren in Planung.

Ansatz 3: „Green IT – Energiesparen am PC“

In den kommunalen Verwaltungen spielen Computer eine immer größere Rolle – und verbrauchen mehr und mehr Strom! Dass dies nicht so sein muss, zeigen viele Ansätze, die unter dem Begriff „Green IT“ (Grüne Informationstechnologie) zusammengefasst werden. Laut der Deutschen Energie-Agentur (dena) können in Verwaltungsgebäuden bis zu 75 Prozent der IT Stromkosten eingespart werden.[3]

Der erste Anwendungsbereich ist der Einsatz energieeffizienter Bürogeräte. Hier können durch eine auf Energieeffizienz ausgerichtete Beschaffung bis zu 50 Prozent des Stromverbrauchs eingespart werden. Der zweite Anwendungsbereich ist Energieeffizienz im Rechenzentrum, wo bereits geringe Investitionen in Stromsparmaßnahmen zu spürbaren Kostenreduktionen führen – beispielsweise die Optimierung der Serverauslastung und eine angepasste Klimatisierung des Rechenzentrums. Maßnahmen zu „Green IT“ sind auch wichtige Bausteine der Klimaschutzvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Freien Universität Berlin. Denn der Stromverbrauch im Hauptrechenzentrum der Freien Universität ist zwischen 2003 und 2010 um den Faktor 2,5 gestiegen, die Stromkosten haben sich mehr als vervierfacht.[4]

[3] http://www.energieeffiziente-kommune.de/stromnutzung/themen/green-it/
[4] http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/sustain-it/files/Klimaschutzvereinbarung_17052011.pdf

Tipps und Hilfestellungen auf dem Weg zur kommunalen Energieeffizienz

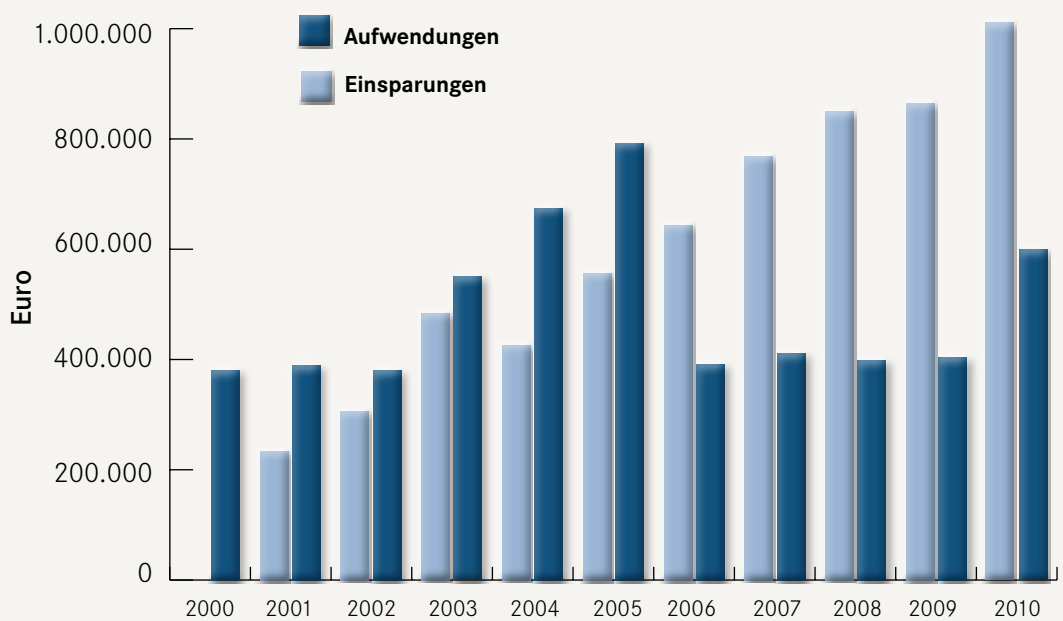
In der Praxis steht die Umsetzung kommunaler Maßnahmen zur Energieeffizienz vor einer Reihe von Herausforderungen und Hürden. Hierzu zählt vor allem die defizitäre Haushaltslage vieler Kommunen, die selbst hoch rentable Investitionen häufig verhindert – Kommunen mit einem Nothaushalt sind hier besonders betroffen. Weitere Herausforderungen sind die oftmals aufwändige Beantragung von Fördermitteln („Förderdschungel"), unklare Zuständigkeiten vor Ort sowie eine mangelnde fachliche Expertise für die Bewertung technischer und wirtschaftlicher Fragen. Vor allem in kleineren Kommunen ist die Einstellung eines eigenen Energiemanagers oft zu teuer.

Um Kommunen beim Überspringen dieser Hürden zu unterstützen, werden im Folgenden sechs Erfolgsfaktoren und Lösungsansätze dargestellt, die von der „Initiative Kommunale Energieeffizienz" erarbeitet wurden.[5]

→ **Zentraler Motor**: Klimaschutz muss „Chefsache" sein, es braucht in Politik und Verwaltung entschiedene Fürsprecher, die das Thema ganz oben auf die politische Agenda setzen (zur Einbindung von Entscheidungsträgern gibt der Leitfaden „Gemeinsam Fahrt aufnehmen!" wertvolle Tipps, siehe Serviceteil). Die Herausforderung ist hierbei, dem Thema Energieeffizienz auch die nötige Sichtbarkeit zu geben, damit es nicht hinter öffentlichkeitswirksameren Maßnahmen (wie z.B. Infrastrukturprojekte oder die Förderung Erneuerbarer Energien) zurückfällt. Eine Strategie ist es daher, „die Zahlen für sich sprechen zu lassen", also auch die ökonomische Bedeutung von Energieeffizienzmaßnahmen in den Vordergrund zu rücken.

→ **Kooperation und Umsetzung**: Da Klimaschutz- und Energieeffizienz Querschnittsthemen sind, ist es zudem besonders wichtig, von Anfang an eine enge Zusammenarbeit der relevanten Verwaltungsressorts zu sichern. Vielerorts kann es auch hilfreich sein, eine eigene Lenkungsstruktur zu etablieren, um die Zusammenarbeit im Bereich Klima und Energieeffizienz in der Verwaltung zu koordinieren. Eine weitere Hilfestellung ist der European Energy Award® (eea), ein Qualitätsmanagementsystem und Zertifizierungsverfahren, mit dem die Energie- und Klimaschutzaktivitäten der Kommune erfasst, bewertet, geplant, gesteuert und regelmäßig überprüft werden können (siehe Serviceteil).

Klimaschutz in Norderstedt: Investitionen und Einsparungen



Die hohen Aufwendungen 2004/2005 sind bedingt durch ca. 520.000 Euro Investition für die Umstellung der Lichtsignalanlagen auf LED-Technik

Der „Einbruch" 2004 bei den Einsparungen erklärt sich aus kurzzeitig gesunkenem Wärmepreis und einer neu hinzugkommenen Liegenschaft (Feuerwehrtechnisches Zentrum)

Norderstedt: 62 Prozent CO_2-Minderung von 1990 bis 2011 – und ein finanzieller Gewinn für die Stadt. Nach 8 Jahren waren die Anfangsinvestitionen amortisiert, insgesamt wurden bisher über 6 Millionen Euro eingespart.

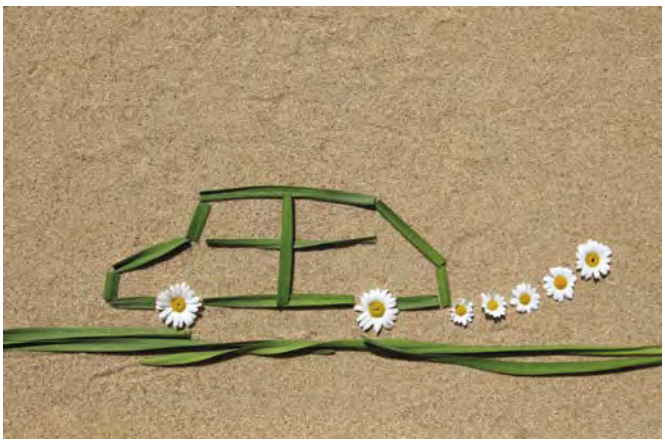
[5] http://www.initiative-kommunale-energieeffizienz.de/

→ **Externe Expertise und Förderprogramme**: Um Einsparpotenziale effektiv zu analysieren und einen Aktionsplan auszuarbeiten, ist es oft hilfreich, den notwendigen technischen und wirtschaftlichen Sachverstand durch externe Experten (z.B. durch Landesenergieagenturen, private Energieberatungen oder die dena) zu sichern. Ziel einer solchen Beratung ist es, eine individuelle Darstellung der Handlungsmöglichkeiten als politische Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten – und damit die Basis für eine langfristig ausgelegte Klima- und Energiepolitik zu schaffen. Für die passenden Förderprogramme sind die Beratungsstellen der Länder, die KfW oder die dena hilfreiche Ansprechpartner. Dazu gibt es verschiedene Webseiten, die eine Übersicht zur spezifischen Suche zu Förderprogrammen bieten (siehe Serviceteil).

→ **Contracting-Modelle**: Um trotz der schwierigen Haushaltslage Investitionen durchführen zu können, nutzen Kommunen zunehmend eine sogenannte „Contracting-Finanzierung“. Hierdurch können Energieeffizienzmaßnahmen mit geringen oder auch ganz ohne Haushaltsmittel realisiert werden. Außerdem sind die Einsparungen vertraglich garantiert, das Ertragsrisiko liegt damit beim Contractor. Es gibt zwei Modelle: Beim „Einspar-Contracting“ führt der Contractor die Effizienzmaßnahmen durch und finanziert sich während eines bestimmten Zeitraums über die eingesparten Energiekosten. Beim „Energieliefer-Contracting“ liefert, plant, errichtet und finanziert der Contractor die Energieerzeugungsanlage und ist während der Vertragslaufzeit für den Betrieb und die Wartung verantwortlich.

→ **Bürgerbeteiligung**: Einen umfassenden Beitrag zur Energieeffizienz und zum Klimaschutz kann die Kommune nur in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung leisten. Dabei geht es einerseits um die politische Unterstützung für Maßnahmen zur kommunalen Energieeffizienz. Anderseits gilt es, bei den Bürgerinnen und Bürger ein Bewusstsein für die Bedeutung von Energieeffizienz und die Möglichkeiten zum eigenverantwortlichen Handeln zu schaffen. Für die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger gibt es eine Vielzahl erprobter Formate: Informationsveranstaltungen, runde Tische, Zukunftswerkstätten oder Bürgerveranstaltungen sind Beispiele (eine Übersicht dieser Formate finden Sie in dem Leitfaden „Gemeinsam Fahrt aufnehmen!“, siehe Serviceteil).

→ **Vernetzung**: Die Vernetzung zwischen den Kommunen ist ebenfalls ein wichtiger Baustein, um praxisnahes Wissen zu erhalten und von greifbaren Beispielen und Erfahrungen zu lernen – selbstverständlich auf Augenhöhe! Ebenso ist es wichtig, dass die Kommune die Aktivitäten der verschiedenen kommunalen Akteure koordiniert und eine produktive Zusammenarbeit ermöglicht. Auch der Aufbau regionaler Netzwerke mit Energieversorgern, Forschungseinrichtungen, Wohnungsbaugenossenschaften und Energieagenturen stellt häufig einen entscheidenden Schritt hin zu innovativen und praxisnahen Lösungen dar.



5 Argumente: Warum es sich lohnt, in kommunale Energieeffizienz zu investieren

1. **Kosteneinsparungen und Gestaltungsspielräume**: Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz führen zu einer signifikanten und dauerhaften Senkung der Kosten. Dies trägt zur Sanierung des Haushalts bei und schafft Gestaltungsspielräume in anderen Politikbereichen.

2. **Unabhängigkeit**: Durch den gesunken Energiebedarf verringert die Kommune ihre Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffpreisen. Zusammen mit dem Einstieg in erneuerbare Energien erhöht dies die Handlungsfreiheit der Kommune.

3. **Verringerung der CO_2-Emissionen**: Kommunale Energieeffizienz senkt nicht nur die Energiekosten, sondern leistet mit verringerten CO_2-Emissionen auch einen fundamentalen Beitrag zum Klimaschutz.

4. **Fördermöglichkeiten**: Mit Hilfe von Förderprogrammen kann die Kommune auf externe Ressourcen zugreifen, die Infrastruktur langfristig verbessern und die lokale Wirtschaft stärken. Gerade durch Aufstockung der Förderprogramme im Rahmen der Energiewende bieten sich hier große Chancen.

5. **Standortattraktivität und Innovation**: Ein in die Zukunft gerichtetes Energie- und Klimaschutzkonzept ist ein wichtiger Standortfaktor: Unternehmen können auf eine moderne energetische Infrastruktur zugreifen und sehen, dass sich die Kommune aktiv auf die Herausforderungen der Zukunft einstellt.

Handlungsfeld „Kommunale Energieautonomie“

Während internationale Klimaverhandlungen weiterhin nur stockend vorankommen, nehmen viele Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger den Klimaschutz selbst in die Hand. Wo Bürgerinnen und Bürger noch vor einigen Jahren die Solaranlagen eigenständig auf das Dach schraubten, haben sich Vorreiterregionen dem ehrgeizigen Ziel verschrieben, sich künftig zu hundert Prozent mit erneuerbaren Energien zu versorgen. Gleichzeitig stehen Kommunen vor einer Vielzahl von Herausforderungen – etwa wenn Flächen für Windkraft an Großinvestoren vermietet werden, die Bürgerinnen und Bürger jedoch nur Nachteile darin sehen.

„Der Weg zur kommunalen Energieautonomie bietet die Möglichkeit einer strategischen Neuausrichtung des kommunalen Handelns, der lokalen Wirtschaft und der Energieversorgung. Kommunale, das heißt kleinräumige Strategien vermindern Abhängigkeiten und sichern Eigenständigkeit.“

Hans-Jürgen Tarrey, Peine

Dabei ist die Energieversorgung von zentraler Bedeutung, um die Zukunft der Kommune langfristig zu gestalten und Handlungsspielräume zu bewahren bzw. neu zu schaffen. Denn es geht um weit mehr als Energie: Klimaschutzziele, gesellschaftliche Teilhabe, wirtschaftliche Wertschöpfung und viele weitere Aspekte sind eng mit dem Thema verbunden. Um all diese Aspekte mit einzubeziehen und eine „schlagkräftige Strategie“ auf die Beine zu stellen, können integrierte Energie- und Klimaschutzkonzepte eine wichtige Rolle spielen.

Im Folgenden werden Zusammenhänge rund um die kommunale Energieautonomie beleuchtet, dazu werden die wichtigsten Argumente für den Einstieg in die kommunale Energieautonomie dargestellt und mit Fakten und Beispielen hinterlegt.

Tipps: Fahrplan in die kommunale Energieautonomie

Ziel der *kommunalen Energieautonomie* ist es, bei der Energieversorgung eine möglichst große Handlungsfreiheit zu erreichen sowie die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit zu gewährleisten. Zur Abgrenzung: Geht es darum, die Energieerzeugung vollständig vor Ort zu sichern, ist die Energie*autarkie* das Ziel (das erste Beispiel für ein energieautarkes Dorf ist seit 2005 das Bioenergiedorf Jühnde).

Dabei ist das Ziel der Energieautonomie mit einem zukunftsorientierten Umbau der Energieversorgung – also dem Umstieg auf erneuerbare Energien – verbunden: Die neuen Energiequellen sollen nicht nur vor Ort vorhanden sein, sondern auch eine möglichst geringe Belastung für Klima und Umwelt verursachen! Auf diese Weise werden stadtplanerische, wirtschaftliche und ökologische Ziele in ein Gesamtkonzept integriert und gemeinsam angestrebt.

Um eine kommunale Energieautonomie erreichen zu können, ist es für die Kommunen entscheidend, dass die Stadtwerke (inklusive der Netze, KWK-Anlagen etc.) in ihrer Hand liegen bzw. sie von partnerschaftlichen Kooperationen geleitet werden. Da die meisten Konzessionsverträge mit externen Energieversorgungsunternehmen bis 2016/2017 auslaufen, bietet dies vielen Kommunen die Chance, Konzessionen neu auszuschreiben und die Stadtwerke gegebenenfalls zu rekommunalisieren. Dabei ist zu beachten, dass eine neue Ausschreibung spätestens zwei Jahr vor dem Auslaufen der Konzession vorgenommen werden muss. Als Hintergrund: Im Jahr 2008 hatten kommunale Unternehmen im Endkundensegment einen Marktanteil von 57 Prozent bei Strom, 52 Prozent bei Erdgas und 50 Prozent bei der Wärmeversorgung.[6]

[6] Deutscher Städtetag (2009)

Entschließt sich die Kommune, die Stadtwerke zu übernehmen, stehen mehrere Möglichkeiten zur Wahl:

- Die Kommune kann die Stadtwerke komplett übernehmen (bzw. neu gründen).
- Die Kommune kann horizontale Kooperationen mit anderen Stadtwerken aus der Region eingehen.
- Die Kommune kann mit Partnern aus der Wirtschaft zusammenarbeiten, die zur strategischen Neuausrichtung der Kommune passen.
- Auch die Bürgerinnen und Bürger können mit flexiblen Modellen an der Gestaltung der Energieversorgung beteiligt werden (Bürgersolaranlagen und -windparks sind Beispiele).

Ob eine Rekommunalisierung sinnvoll ist, hängt von einer Reihe Faktoren ab, die vor Ort systematisch geprüft werden müssen. Dabei kommt es unter anderem auf die Struktur der Energienetze, die Siedlungsdichte, die geographische Lage sowie die Struktur der lokalen Wirtschaft an. Für eine solche Entscheidung ist es einerseits wichtig, sich durch verschiedene externe Partner wie Energie-Agenturen das notwendige Know-how zu holen.

Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Freiamt

Andererseits kann der Weg in die kommunale Energieautonomie nur durch ein breites politisches Bündnis und eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gelingen. Hierfür bietet es sich an, in einem politischen Leitbildprozess die entscheidenden Weichenstellungen zu erarbeiten.

Beispiel: Freiamt im Schwarzwald – Mit Wind, Sonne und Wasser in die Energieautonomie

In Freiamt werden jährlich rund 14 Millionen kWh Strom durch regenerative Anlagen erzeugt. Diese Energiemenge liegt um knapp 2 Millionen kWh über dem Gesamtstromverbrauch der Gemeinde. Momentan sind rund 200 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von etwa 2.600 kWp installiert und ständig kommen neue Anlagen hinzu.

Vier Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt 7.400 kW tragen ebenfalls zur positiven Energiebilanz bei. Etwa 300 Anteilseigner betreiben die Windkraftanlagen, dazu haben sie sich in einer GmbH & Co. KG organisiert. Ein Verein zur Förderung der Windenergie in Freiamt betreibt umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit. Auch die Wasserkraft kommt zum Einsatz: Vier Kleinkraftwerke erzeugen Strom für zwei Sägewerke, eine Mühlenbäckerei und das allgemeine Netz. Rund 150 Sonnenkollektoren werden zur Heizungsunterstützung und Warmwasserbereitung genutzt. Erwärmung von Wasser ist aber auch anders möglich, etwa in der Landwirtschaft: Frisch gemolkene Milch hat eine Temperatur von etwa 32 Grad, zur Lagerung wird die Milch auf 4 Grad abgekühlt. Statt die Abwärme ins Freie zu blasen, setzt ein Landwirt aus Freiamt – wie viele seiner Berufskollegen – einen Wärmetauscher ein. Damit heizt er 800 Liter Nutzwasser auf 40 Grad auf. Das Wasser muss zwar noch auf 60 Grad erhitzt werden, dennoch ist die Einsparung enorm. Für das tägliche Reinigen der Melkanlage benötigt der Landwirt alleine 600 Liter heißes Wasser, die er auf diese Weise umweltschonend erzeugt.

Zahlreiche Holzhackschnitzel-Heizungen sorgen mit Holz aus dem eigenen Wald für Wärme und Behaglichkeit. In den letzten Jahren sind auch einige Holzpellet-Heizungen in Betrieb gegangen. Mit Geothermie, Luft oder Wasser betriebene Wärmepumpenheizungen werden bereits für mehrere Privatanwesen genutzt. 2002 wurde in Freiamt die erste Biogasanlage mit einer elektrischen Leistung von 340 kW in Betrieb genommen. Die zweite Biogasanlage mit einer elektrischen Leistung von 190 kW folgte im Jahr 2007. Die gesamte jährliche CO_2-Einsparung in Freiamt liegt bei rund 9.800 Tonnen.

7 Argumente für den Aufbruch in die kommunale Energieautonomie

1. Die Kommune gewinnt strategische **Handlungsfreiheit** und Gestaltungskraft, indem sie die Energieversorgung wieder selbst in die Hand nimmt. Gleichzeitig wird die Kommune „krisenfester“, da sie die Abhängigkeit von großen Konzernen, knapper werdenden fossilen Energieträgern und den Energiepreisen verringert.

2. Durch eine diversifizierte Versorgung wird die **Versorgungs- und Planungssicherheit** der Kommune erhöht. Sie kann jetzt die Weichen für eine vorausschauende und verantwortungsvolle Energieversorgung stellen. Sicherheit ist auch das oberste Prinzip der kommunalen Stadtwerke, die dem Prinzip der Daseinsvorsorge – und nicht der Gewinnmaximierung – verpflichtet sind.

3. Durch den konsequenten Einstieg in die erneuerbaren Energien leistet die Kommune ihren Beitrag zum **Klimaschutz** – und wird bestenfalls zur CO_2-neutralen Kommune.

4. Durch einen effektiven Betrieb der Stadtwerke kann die Kommune **finanzielle Einnahmen** erzielen und damit zu einer strukturellen Sanierung des Haushalts beitragen. Dazu zählen die Gewinne des Netzbetriebs, neue Geschäftsfelder (zum Beispiel durch Abwasser-Wärmetausch) sowie steigende Gewerbesteuereinnahmen durch die erneuerbaren Energien, die vor Ort produziert werden.

5. Durch Investitionen in die Installation von neuen Anlagen und die Wartung stützt der Aufbruch in die kommunale Energieautonomie die **regionale Wertschöpfung**. Vor allem bei Strom- und Wärmeerzeugung aus regionalen Ressourcen wie Faulgas und Holz ist eine enge Kooperation mit den Landwirten, Forstwirtschaftsbetrieben und den benachbarten Kommunen vorteilhaft.

6. Der Weg in die kommunale Energieautonomie ist ein „**Stadtmarketing**“ der besonderen Art. Es wird ein attraktives Umfeld für neue Unternehmen und Arbeitnehmer geschaffen, mit Auszeichnungen und Preisen kann die „Lebendigkeit“ dargestellt werden. Die Kommune bekommt damit ein unverkennbares Profil – und wird vielleicht sogar zum Tourismusmagnet.

7. Das gemeinsame Ziel kommunale Energieautonomie stärkt den sozialen Zusammenhalt in der Kommune. Durch finanzielle Beteiligungsmöglichkeiten an Bürgerwindparks oder -solaranlagen können die Bürgerinnen und Bürger mit ins Boot geholt werden, die **Eigenverantwortung und Initiativkraft** der Bürgerinnen und Bürger wird gestärkt. Dazu haben kommunalwirtschaftliche Unternehmen eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung.

3.2 Nachhaltige Stadtentwicklung

Handlungsfeld „Nachhaltige Mobilität“

Nachhaltige Mobilität steht für neue Konzepte und Ideen, wie Menschen sich von einem Ort zum anderen begeben können, wie das „Unterwegssein“ gestaltet werden kann und welche Wege wirklich notwendig sind. Dem zugrunde liegt die Erkenntnis, dass ein Mehr an „Autokilometern“ unsere Lebensräume einschränkt und in Anbetracht des Klimawandels nicht länger tragbar ist. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Trends, die dieses Umdenken in der Mobilität weiter verstärken:

- Mobilität wird neu definiert: Das entscheidende Kriterium ist zukünftig nicht mehr die Zahl der zurückgelegten Kilometer, sondern die Qualität der Ortsveränderungen. Individuelle Bewegungsformen nehmen zu, die Abhängigkeit vom eigenen Auto geht zurück.

- Fossile Treibstoffe werden zunehmend knapper und damit teurer. Der Strukturwandel, der die Energiewende in Deutschland begleitet, wird auch zu einem grundlegenden Wandel auf unseren Straßen führen. Wird Energie „neu gedacht“, dann wirkt sich das direkt auf Mobilitätskonzepte aus.

- Die Besteuerung und Reglementierung von CO_2-Emissionen wird aus Klimaschutzgründen zunehmen.

- Für viele junge Menschen ist nicht mehr das Auto, sondern die eigene Flexibilität ein Zeichen für Freiheit.

Im Folgenden wird dargestellt, wie integrierte Konzepte und Leitbilder die Aktivitäten der Kommune im Bereich der nachhaltigen Mobilität bündeln können. Dazu wird anhand konkreter Beispiele gezeigt, wie Kommunen durch Elektromobilität, Car-Sharing und Shared Space neue Formen der nachhaltigen Mobilität fördern können.

Orientierung schaffen: Integrierte Konzepte, Leitbilder und Verkehrsplanung

Die Anforderungen einer nachhaltigen Mobilität stellen Kommunen nicht nur vor große Herausforderungen, sondern bieten auch die Chance, durch eine langfristige und strategische Ausrichtung stadtplanerische Akzente zu setzen. Hierfür sind zwei Aspekte von zentraler Bedeutung:

- Die Erstellung eines **kommunalen Leitbilds** zur nachhaltigen Mobilität ist Grundlage dafür, um auf breiter Basis eine langfristige Richtungsentscheidung zu treffen. Nur wenn die Kommunen die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen und gemeinsam eine neue Mobilitätskultur schaffen, kann die notwendige Strukturwende im Bereich der Mobilität gelingen. Außerdem kommt es darauf an, das kommunale Leitbild eng mit den Bereichen Stadtentwicklung, Energie, Fläche und Wirtschaft zu verzahnen.

- Die Erstellung eines **Gesamtverkehrsplans**, der die einzelnen Verkehrsträger intelligent kombiniert und mit den Handlungsfeldern Lärm, Klimaschutz und Fläche eng abgestimmt ist.

Ziel einer nachhaltigen Mobilität ist es, verschiedene Lebens- und Verkehrsbereiche so zu verknüpfen, dass integrierte, umweltschonende und gesundheitsfördernde Lösungen gefunden werden. Die Dominanz des Autos in den vergangenen Jahrzehnten weicht einer Vielfalt intelligent kombinierter Verkehrsmittel: Bahn, Car-Sharing, Auto, Pedelecs und dem Fahrrad. Hierfür wird vor allem die Nutzung neuer Systeme der Informations- und Kommunikationstechnologie grundlegende Veränderungen mit sich bringen.

Neben Mobilitätskonzepten für urbane Räume sollten die Wege im ländlichen Raum gleichermaßen berücksichtigt werden. Gerade für kleinere Gemeinden können klug angelegte Mobilitätskonzepte im Verbund mit Nachbarn und größeren Städten die Wohn- und Lebensattraktivität enorm steigern und auch für Unternehmen interessant sein.

In der Praxis muss dabei jede Kommune für sich ausloten, welche Möglichkeiten sich ihr bieten und welchen Weg sie gehen möchte. Dabei muss jede Kommune auch herausfinden, wie sich die Bereiche Lärm, Raum und Luft in Mobilitätskonzepten miteinander verbinden lassen. Die folgenden Ansätze geben Einblicke in die „neue Welt“ der nachhaltigen Mobilität.

Integrativer Ansatz: Nachhaltige Mobilität und Lärmminderungsplanung

Das Bundes-Immissionsschutzgesetz fordert, den Umgebungslärm in Ballungsräumen sowie entlang der Hauptverkehrswege (Straßen und Eisenbahnlinien), von Flughäfen sowie von Gewerbegebieten in Lärmkarten zu erfassen und Lärmprobleme beziehungsweise -auswirkungen zu regeln.
Diese Forderung steht im Einklang mit der EG-Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm von den Kommunen. Bei der Umsetzung ist die Öffentlichkeit über die Lärmkarten zu informieren und an der Ausarbeitung von Lärmaktionsplänen effektiv zu beteiligen. Dabei bietet das Internet für die Information eine gute Basis, während die effektive Mitwirkung an den Lärmaktionsplänen erfahrungsgemäß besser in entsprechend vorbereiteten Bürgerveranstaltungen gelingt. Ziel der Maßnahmen sollte es hierbei sein, die Lärmbelastung vorrangig durch eine nachhaltiger gestaltete Mobilität zu verringern, statt die Ausbreitung des Lärms, zum Beispiel durch Lärmschutzwälle oder -fenster, nur zu unterbrechen oder durch Umgehungsstraßen lediglich zu verlagern. Ein Beispiel für einen erfolgreichen partizipativen Prozess ist die Lärmminderungsplanung „Norderstedt. Lebenswert leise“ (siehe Serviceteil).

Ansatz 1: Eine neue Mobilitätskultur – Car-Sharing und „car2go“

Das Car-Sharing, das „organisierte professionelle Autoteilen“[7], ist inzwischen in fast allen deutschen Großstädten ein fester Bestandteil der Mobilitätskultur. Je nach Nutzungszweck bietet das Car-Sharing, ob kommerziell oder privat organisiert, stets das passende Auto: Der Kleinbus für die Fahrt ans Meer und den Umzug, der elektrische Kleinwagen für den Ausflug zum See. Damit entfallen nicht nur die Kosten für die Anschaffung, sondern das Car-Sharing verringert auch die Abhängigkeit vom eigenen Auto und erspart die Parkplatzsuche.

Car-Sharing entlastet das Klima durch eine Vielzahl von Faktoren:

- Es werden weniger Autos produziert und damit Ressourcen geschont.
- Die eingesetzten Fahrzeuge sind durchschnittlich geringer motorisiert und verbrauchen dadurch deutlich weniger Kraftstoff.
- Es werden nur Strecken zurückgelegt, bei denen das Auto einen deutlichen Vorteil gegenüber anderen Verkehrsträgern (wie ÖPNV oder Fahrrad) besitzt.

Auch für Kommunen hat die Förderung des Car-Sharings einen direkten Nutzen: Der Verkehr nimmt ab, Emissionen und Lärmbelastung fallen geringer aus. Außerdem werden weniger Parkplätze benötigt.

Ein wichtiger Aspekt ist dabei die Zuweisung von öffentlichen Stellplätzen für Car-Sharing-Autos, wobei der rechtliche Rahmen hierfür unklar ist und bisher Regelungen zur Sondernutzung (wie in Bremen und Köln) nötig sind. Ende 2010 sprach sich bei einer Expertenanhörung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit für kommunengeförderte Car-Sharing-Stellplätze aus; es bleibt abzuwarten, ob diese Empfehlung umgesetzt wird.

Doch Kommunen haben auch weitere Möglichkeiten, aktiv zu werden: Mit einer gezielten Kampagne konnte die Stadt Tübingen die Zahl der Car-Sharing-Nutzer innerhalb eines Jahres um 35 Prozent steigern. Auch Oberbürgermeister Palmer machte mit: Ende 2008 gab er seinen geleasten Smart zurück und stieg auf ein S-Pedelec (Schnelles Pedelec) um, der Parkplatz des Oberbürgermeisters wurde in einen Car-Sharing-Stellplatz umgewandelt.

Eine weitere Neuheit: In Ulm (seit 2008) und Hamburg (seit 2011) können registrierte Kunden spontan in sogenannte „car2go“-Autos der Marke Smart einsteigen, diese minutenweise mieten und an einem beliebigen Ort des Innenstadtbereichs wieder abstellen. Ähnliche Ansätze werden seit April 2011 von BMW, Mini und Sixt in München („DriveNow“) und seit Herbst 2011 von VW in Hannover („Quicar“) in Pilotprojekten umgesetzt.

Ansatz 2: Elektromobile Stadtverwaltung am Beispiel von Ludwigsburg

Wie kann die Elektromobilität dazu beitragen, den Mobilitätsbedarf der Stadtverwaltung von morgen abzudecken? Wie können intermodale Verkehrskonzepte entwickelt werden, die verbraucherorientiert, wirtschaftlich und ökologisch tragfähig sind?

Mitarbeiter der Stadtverwaltung Ludwigsburg mit E-Bikes

[7] http://www.carsharing.de

Um diese Fragen zu beantworten und die Einführung neuer Mobilitätskonzepte voranzutreiben, nimmt die Stadt Ludwigsburg am Projekt „Elektromobilität vernetzt nachhaltig“ teil. Von Februar bis Oktober 2011 wird getestet, welche Elektrofahrzeuge sich für welche Dienstfahrten eignen: Hierfür stehen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung insgesamt 19 Elektrofahrzeuge von jeweils unterschiedlichen Herstellern zur Verfügung (drei E-PKW, fünf E-Roller, fünf Elektrofahrräder, zwei Segways und vier E-Bikeboards).

Der Ökostrom und die Lade-Infrastruktur werden von den Stadtwerken Ludwigsburg-Kornwestheim zur Verfügung gestellt: In einem ersten Schritt wurden neun Stromtankstellen im Umfeld des Rathauses installiert. Weitere Projektpartner sind die Universität Stuttgart und das Fraunhofer Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation. Gefördert wird das Projekt von 2009 bis 2011 im Rahmen des Programms „Elektromobilität in Modellregionen“ durch das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS).

Dazu hat Ludwigsburg die Kampagne „Ludwigsburg elektrisiert!“ gestartet, um die Bürgerinnen und Bürger in ein neues Mobilitätszeitalter mitzunehmen. Die Kampagne informiert auf originelle Weise zum Thema Elektromobilität und stimmt die Bürgerinnen und Bürger auf den Technologiewandel ein – unter anderem durch Probefahrten mit Elektrofahrzeugen und das Magazin „Stromaufwärts“, das zwei Mal im Jahr erscheint. Nicht zu unterschätzen ist auch die Vorbildfunktion, die Ludwigsburg durch eine abgestimmte Nutzung der Elektromobilität einnimmt.

Auch sonst ist die Stadt engagiert: Im integrierten Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“ haben Bürgerschaft, Politik und Verwaltung zu elf Themenfeldern der nachhaltigen Stadtentwicklung Leitsätze und Ziele erarbeitet. Auf dieser Grundlage wurde ein kommunales Energie- und Klimaschutzkonzept entwickelt, dessen Umsetzung in Form zahlreicher Einzelprojekte – unter anderem mit dem Schwerpunktthema Elektromobilität – derzeit erfolgt. Begleitet wird die Umsetzung des Stadtentwicklungskonzepts durch das „Referat Nachhaltige Stadtentwicklung“, das als Querschnittseinheit die Aufgaben der nachhaltigen Stadtentwicklung bündelt, mit einem integrierten Nachhaltigkeitsmanagement steuert und mit allen Bereichen des Verwaltungshandelns vernetzt.

„Eine nachhaltige Mobilität erreichen wir zu allererst durch das Leitbild einer Stadt der kurzen Wege. Sie geht einher mit Klimaschutz und Lebensqualität.“

Hans-Jürgen Tarrey, Stadt Peine

Hintergrundinformation: Elektrofahrräder machen mobil!

Elektrofahrräder (E-Bikes) oder „Pedelecs“ (zusammengesetzt aus „Pedal Electric Cycle“) haben einen elektrischen Hilfsmotor, der meist in der Rahmenmitte oder an der Hinterradnarbe montiert ist. Über einen Schalter am Lenkrad können verschiedene Unterstützungsstufen eingestellt werden, dazu gibt es eine Batterieladeanzeige. Dabei wird der Elektrohilfsmotor aktiviert, sobald der Fahrer in die Pedale tritt – vor allem bei Steigungen, auf längeren Strecken (zum Beispiel beim täglichen Pendeln) und für ältere Menschen ist dies sehr hilfreich.

Elektrofahrräder sind nicht führerscheinpflichtig, da sie eine maximale Motorleistung von 250 Watt und ein eingebautes Tempolimit von 25 km/h haben, ab dem der Motor zurückfährt. Die Reichweite der Elektrofahrräder beträgt bis zu 100 km, wobei sie mit dem Grad der Motorunterstützung abnimmt. Das Interesse an den Rädern ist groß: Der Zweirad-Industrie-Verband geht davon aus, dass im Jahr 2010 rund 200.000 Elektrofahrräder in Deutschland verkauft wurden und Mitte 2011 zwischen 700.000 und 900.000 Elektrofahrräder auf den Straßen unterwegs waren. Rund 80 Prozent der Elektrofahrräder wurden dabei in Deutschland hergestellt bzw. montiert. Für das Klima, aber auch für die Innenstädte, sind Pedelecs im Vergleich zum Auto oder Motorroller eine bedeutende Entlastung. Viele Städte reagieren bereits auf die Zunahme des (Elektro-)Fahrradverkehrs. So rüstet die Stadt Kopenhagen eine ihre wichtigsten Einfahrtsstraßen in eine 4 Meter breite Fahrrad-Schnellstraße um. Ziel der Fahrrad-Metropole ist es, den Anteil der Pendler, die das Fahrrad benutzen, in den nächsten 5 Jahren von heute 37 Prozent auf 50 Prozent zu erhöhen.

Ansatz 3: Verkehr und öffentlichen Raum neu denken – „Shared Space“

Wie kann der öffentliche Raum sicher, gemeinschaftlich und kreativ genutzt werden? Shared Space („gemeinsam genutzter Raum“) ist eine Planungsphilosophie, die den öffentlichen Verkehrsraum lebenswerter und sicherer machen soll. Entwickelt wurde dieses Modell in den 1990er Jahren von Hans Mondermann in den Niederlanden. Merkmale von Shared Space sind die Gleichberechtigung aller Verkehrsteilnehmer und das Fehlen von Verkehrszeichen, Ampeln und Fahrbahnmarkierungen (hingegen ist die Vorfahrtsregel weiterhin gültig). Damit soll der häufig anzutreffende „Schilderwald“ durch ein gemeinsames Lernen und eine Kultur der Rücksichtnahme ersetzt werden. Grundlage von Shared-Space-Modellen ist die Erkenntnis, dass die Trennung der Verkehrswege in vielen Fällen die Unfallzahlen erhöht, anstatt sie zu senken.

Shared-Space-Modelle bieten eine Reihe von Vorteilen: Neben der angestrebten Senkung der Anzahl und Schwere von Unfällen bieten die zusätzlichen Flächen neuen Raum, der etwa für Cafés genutzt werden kann oder zum Flanieren und Einkaufen in den lokalen Geschäften einlädt. Die Innenstädte werden somit revitalisiert. Darüber hinaus werden Schadstoffausstoß und Lärm durch einen flüssigeren Verkehr und langsameres Fahren reduziert.

Wichtig für die Einrichtung von Shared-Space-Bereichen – genauso wie für herkömmliche verkehrsberuhigte Straßen – ist, dass die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an in den Planungsprozess einbezogen werden. Nur so kann das lokale Wissen eingebracht, ein Konsens erreicht und die Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung gelegt werden. Daher gibt es kein Patentrezept für Shared-Space-Projekte – jedes Projekt muss vor Ort unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und mit den Ideen der Bevölkerung entwickelt werden.

Während in den Niederlanden bereits eine Reihe von Modell-Kommunen erfolgreiche Shared-Space-Straßen eingeführt haben, wurde Bohmte im Jahr 2007 die erste Modellstatt in Deutschland. Auch in Duisburg wurden seit 2007 mehrere große Plätze zu Shared-Space-Flächen umgestaltet. Mit Erfolg: Inzwischen sind weitere Shared-Space-Projekte vorgesehen. Während sich die Auswirkung auf die Unfallzahlen anhand der bisherigen Datenlage noch relativ schwer verallgemeinern lässt, zeigen die Diskussionen eindeutig die Suche nach Konzepten, um den öffentlichen Raum wieder stärker unter sozialen Aspekten zu gestalten – nicht umsonst wird die Schweizer Variante des gemeinsam genutzten Raumes „Begegnungszone“ genannt!

Stadt Duisburg: Verkehrsberuhigter Bereich im Sinne des Shared-Space-Prinzips

5 Argumente: Wie nachhaltige Mobilitätskonzepte die Kommune voranbringen

1. Das Leitbild einer nachhaltigen Mobilität bietet einen **strategischen Rahmen** für die gemeinsame Entwicklung innovativer kommunaler Mobilitätskonzepte. Durch die enge Verknüpfung mit den Handlungsfeldern Lärm, Klimaschutz und Fläche werden dabei integrierte Lösungsansätze gefördert.

2. Die **„Stadt der kurzen Wege“** spielt für viele Menschen eine wichtige Rolle. Flexible und eng verzahnte Verkehrssysteme fördern die Lebensqualität der Einwohnerinnen und Einwohner in einem erheblichen Maß. Nachhaltige Mobilität trägt auch dazu bei, die Innenstädte für soziale Kontakte und die Freizeit attraktiver zu machen, indem Lärm, Abgase und Verkehrsflächen reduziert werden.

3. Eine nachhaltige Mobilität stärkt den **Wirtschaftsstandort**: Innovative Produktentwicklungen und Dienstleistungen entstehen über die üblichen Branchengrenzen hinweg (Car-2go, Car-Sharing etc.). „Mobilität als Dienstleistung“ ist das neue Schlagwort. Dazu tragen nachhaltige Mobilitätskonzepte zur Attraktivität des Wirtschaftsstandortes bei – für viele Menschen ist die Erreichbarkeit des Arbeitsortes mit öffentlichen Verkehrsmitteln von zunehmender Bedeutung.

4. Regionale Mobilitätskonzepte stärken die **Attraktivität einer Region**. Damit leisten sie zum Beispiel einen Beitrag, Abwanderungstendenzen entgegenzuwirken. Dazu kommt: Regionale Konzepte werden von der EU gefördert.

5. Städtische Räume und Verkehrsflächen, die als Teil von nachhaltigen Mobilitätskonzepten wieder gemeinsam genutzt werden, **bringen die Menschen zusammen**. Und wer sich eine Straße oder ein Verkehrsmittel teilt, findet auch im gesellschaftlichen Leben leichter zusammen – das Miteinander und die Inklusion aller Gruppen wird gefördert.

Handlungsfeld „Nachhaltiges Flächenmanagement“

Jeder beansprucht Fläche, aber auch diese Ressource ist endlich. Nachhaltiges Flächenmanagement ist für Kommunen daher aus vielen Gründen wichtig und zugleich sehr sperrig, wenn es angegangen wird. Und ein Patentrezept gibt es schon gar nicht. Nachhaltiges Flächenmanagement ist gerade deshalb so wichtig, weil es einen Einfluss auf viele andere kommunale Handlungsfelder hat: Dazu zählen Wirtschaftspolitik, erneuerbare Energien, Mobilität und demografischer Wandel, aber auch Biodiversität, Landschaft und Klima. Gelingt es also, ein nachhaltiges Flächenmanagement zu betreiben, dann entstehen neue Handlungsspielräume an anderer Stelle, die Lebensqualität wird gesichert und es kann konstruktiv mit verschiedenen Nutzungsansprüchen umgegangen werden.

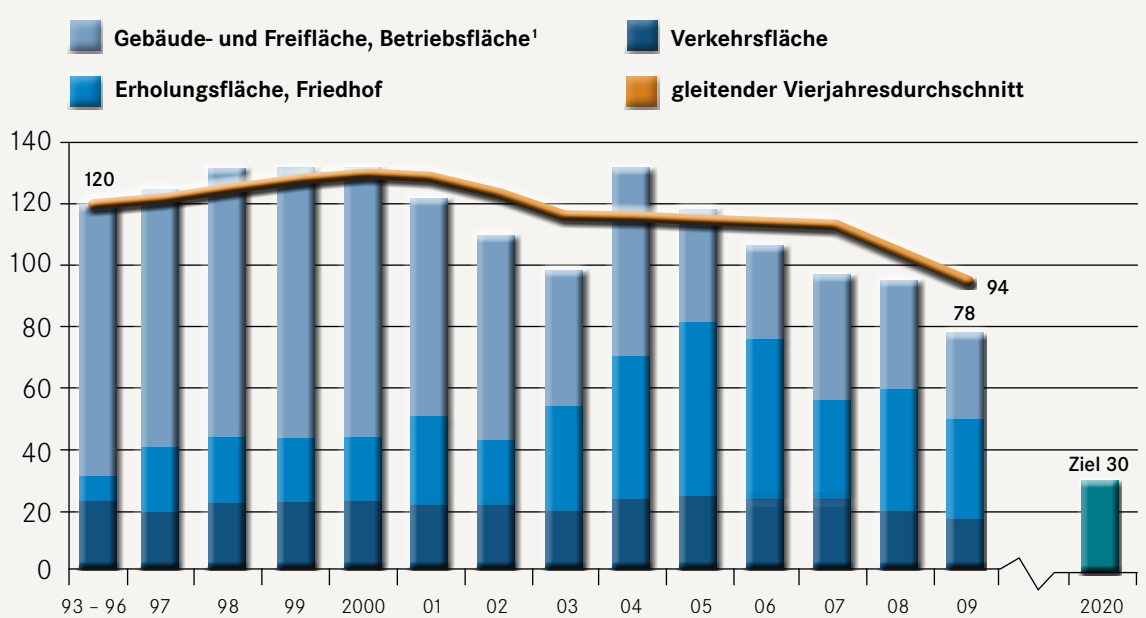
Doch was bedeutet eigentlich nachhaltiges Flächenmanagement? Die derzeit dringendste Zielsetzung ist, den Flächenverbrauch zu reduzieren. Die Politik hat reagiert und im Fortschrittsbericht der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie das Ziel unterstrichen, dass die tägliche Flächeninanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Deutschland bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag gesenkt werden soll. 2008 lag die Flächeninanspruchnahme noch bei 95 Hektar pro Tag – trotz eines Rückgangs der Bevölkerung.[8] Der zweite, qualitative Eckpfeiler eines nachhaltigen Flächenmanagements ist, durch die Aufbereitung von Brachflächen die Innenstadtentwicklung zu stärken – und damit unter anderem zu einer gesteigerten Lebensqualität und der „Stadt der kurzen Wege“ beizutragen.

Dabei ist auch die Kommunikation ein wichtiger Teil des nachhaltigen Flächenmanagements. Gerade weil so viele Bereiche im nachhaltigen Flächenmanagement aufeinandertreffen, ist es wichtig, gemeinsam Möglichkeiten auszuloten, wie nachhaltiges Flächenmanagement gelingen kann.

Wie eng das Thema Fläche mit anderen Handlungsfeldern verknüpft ist, zeigen die folgenden zwei Beispiele:

- **Demografischen Wandel einkalkulieren**: Der Bevölkerungsrückgang, der steigende Anteil älterer Menschen und der Rückgang der Zahl junger Familien hat einen tiefgreifenden Einfluss auf den Wohnungsmarkt. Die Nachfrage nach Einfamilienhäusern geht zurück, mehr Wohnungen stehen zum Verkauf und die Nachfrage nach „barrierefreien“ Wohnungen steigt.[9] Eine vorausschauende Siedlungspolitik muss darauf achten, dass ein Generationenwechsel in Siedlungsgebieten stattfindet, um Leerstände und ein Sinken der Attraktivität zu verhindern. Fehlplanungen, die mittelfristig zu

Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche in ha pro Tag



1 Ohne Abbauland.

Quelle: Statistisches Bundesamt (2010)

[8] Statistisches Bundesamt (2009)
[9] Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 Nordrhein-Westfalen (2010), S. 16

einer enormen Kostensteigerung und sozialen Brennpunkten führen, gilt es zu vermeiden – auch wenn die Ausschreibung eines Neubaugebietes auf den ersten Blick als attraktive Lösung erscheint

- **Infrastrukturfolgekosten berechnen**: Bei der Erschließung von Wohn- oder Gewerbegebieten fallen nicht nur einmalige Investitionskosten an, sondern auch langfristige Ausgaben für die Instandhaltung von Straßen und Leitungssystemen. Bis vor einigen Jahren wurde dieser Faktor bei der Kosten-Nutzen-Analyse für Erschließungen größtenteils vernachlässigt. Doch gerade in Zeiten knapper Kassen und in Anbetracht des zu erwartenden Bevölkerungsrückgangs (wodurch die Pro-Kopf-Kosten bei der Infrastruktur steigen), müssen die Folgekosten einbezogen werden, um zu einer soliden und realitätsnahen Kalkulation zu kommen. Unterstützung hierzu bietet zum Beispiel die „LEANKom“, in der unter anderem die Auswirkungen des demografischen Wandels für die eigene Kommune eingerechnet werden kann (siehe Serviceteil).

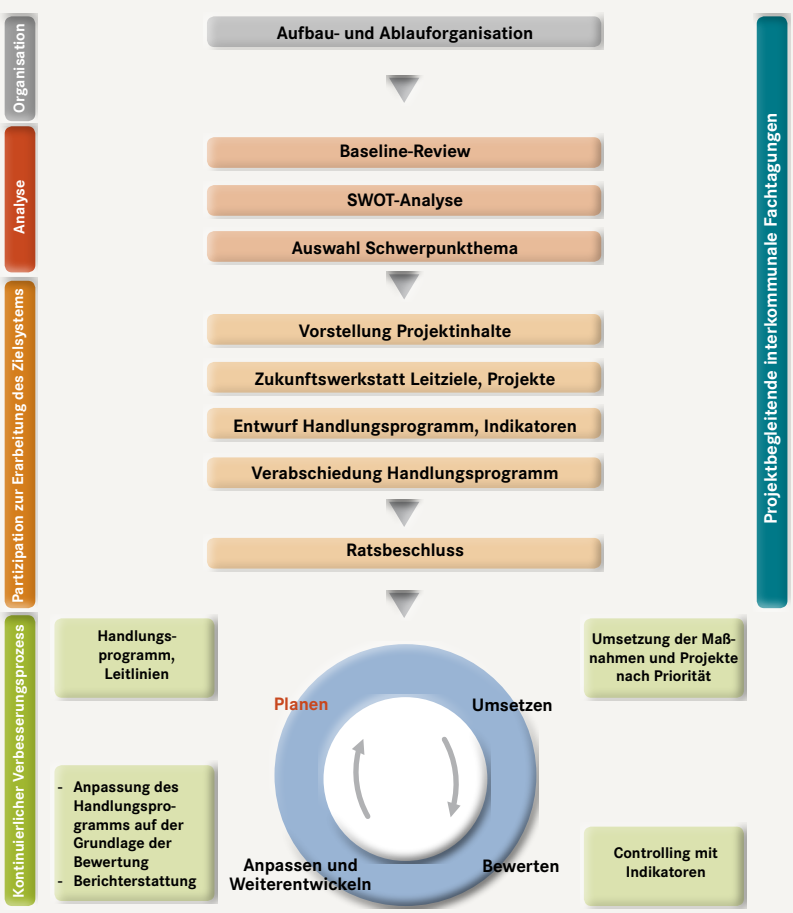
Tipps: Bausteine für ein nachhaltiges Flächenmanagement

Die folgenden fünf Bausteine können der Kommune dabei helfen, vor Ort Lösungen für ein nachhaltiges Flächenmanagement zu erarbeiten (eine ausführliche Beschreibung dieser Bausteine finden Sie u.a. im Leitfaden „Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement“, siehe Serviceteil). Dabei gibt es keine einheitliche Lösung: Vielmehr muss eine Reihe innovativer Konzepte und Instrumente kombiniert und von kommunalen Akteuren gemeinsam umgesetzt werden.

- **Positiv und zielgruppenspezifisch kommunizieren**: Eine aktive und verständliche Kommunikation ist notwendig, um die verschiedenen Akteure über die Fach- und Ressortgrenzen hinweg einzubeziehen. Nur so können Netzwerke geschaffen werden, die die verschiedenen Interessen zu einer gemeinsamen Zielrichtung zusammenführen können.[10] Auch für die Ansprache der Öffentlichkeit, der Grundstückseigentümer sowie privater Investoren sind spezifische Kommunikationsstrategien notwendig, die auf die jeweilige Ausgangslage und Interessen abgestimmt sind. Und: Das Thema Fläche muss mit positiven Botschaften belegt werden – es geht nicht um Verzicht, sondern um eine Verbesserung der Lebensqualität, den Erhalt von Kulturlandschaften und finanzielle Einsparungen. Im Leitfaden „Nachhaltiges Flächenmanagement – in der Praxis erfolgreich kommunizieren“ finden Sie eine ausführliche Beschreibung, wie Kommunikation vor Ort gelingen kann (siehe Serviceteil).

- **Akteure aktiv einbeziehen**: Neben den verschiedenen Ressorts der Stadtverwaltung, der Kommunalpolitik sollten die Bürgerinnen und Bürgern, die Wirtschaft und weitere Akteure aus der Zivilgesellschaft einbezogen werden. Denn: Entscheidungen zur Nutzung von Flächen haben tiefgreifende Konsequenzen für fast alle – somit ist es wichtig, Betroffene von Anfang an zu Beteiligten zu machen! Dies führt nicht nur zu klügeren Lösungen, sondern erhöht auch die Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen. Um trotz der hohen Komplexität und der Interessensvielfalt eine effektive Zusammenarbeit zu sichern, kann eine professionelle Moderation (z.B. von Zukunftswerkstätten oder der Entwicklung eines Handlungsprogramms) sehr hilfreich sein.

Ablauforganisation für die Einführung des nachhaltigen Flächenmanagements



Quelle: Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 Nordrhein-Wesfalen (2010)

[10] REFINA (2009), S. 7

- **Informelle Querverbindungen stärken („kurzer Dienstweg“)**: Mit Querverbindungen in der Verwaltung kann der Blick für den Gesamtzusammenhang geschärft und gegenseitiges Lernen gefördert werden. Außerdem werden Arbeitsabläufe beschleunigt. Eine Netzwerkstruktur ist damit auch beim Flächenmanagement die „adäquate Antwort auf die zunehmende Komplexität kommunaler Entscheidungen“.[11]

- **Einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess einführen**: Um ein eingeführtes Flächenmanagement weiterzuentwickeln, bietet sich ein kontinuierlicher Verbesserungsprozess an, der aus den Phasen „Planen“, „Umsetzen“, „Bewerten“ sowie „Anpassen und Weiterentwickeln“ besteht (siehe die Darstellung zum nachhaltigen Flächenmanagement im nebenstehenden Kasten).

- **Von regionalen Kooperationen profitieren**: In den vergangenen Jahrzehnten fand unter Kommunen häufig ein Wettkampf um Einwohner und gewerbliche Neuansiedlungen statt. Gestiegene Steuereinnahmen und an der Einwohnerzahl orientierte Landeszuschüsse, so die Annahme, würden die notwendigen Vorleistungen im Bereich der Infrastruktur ausgleichen. Mit Blick auf den demografischen Wandel, die knappe Haushaltslage und die hohe Flächeninanspruchnahme ist diese Strategie jedoch nicht zukunftsfähig. Viele Kommunen haben daher erkannt, dass in Zukunft vielmehr die interkommunale Kooperation die Handlungsfähigkeit der Kommune erhöhen kann. Gerade im Bereich des Flächen- und Gebäudemanagements, der regionalen Wirtschaftsförderung sowie der nachhaltigen Mobilität bieten sich hier große Chancen, effektive Strukturen aufzubauen und über die eigene Region hinaus in Vorschein zu treten (Unterstützung bietet hier der „Leitfaden zur Erstellung regionaler Flächenmanagement-Konzepte“, siehe Serviceteil). Die „Bodensee Agenda 21“ ist dabei ein Beispiel für eine erfolgreiche regionale Kooperation, bei der ein nachhaltiges Flächenmanagement eine zentrale Rolle spielt.

Beispiel: Innovative Siedlungsentwicklung in Tübingen

Ein Beispiel für eine gelungene Siedlungsentwicklung ist in Tübingen zu finden, wo das Französische Viertel und der Loretto auf eine besondere Weise kleinteilige Nutzungsmischung von Wohnen und Arbeiten, Parzellierung und Bauen mit Baugemeinschaften verbinden. Dazu hat Tübingen in den vergangenen vier Jahren kein neues Baugebiet ausgewiesen – die Baulücken reichen laut Oberbürgermeister Palmer aus.

6 Argumente: Die Vorteile eines nachhaltigen Flächenmanagements

1. Ein nachhaltiges Flächenmanagement schafft eine enge Verzahnung zwischen den Handlungsfeldern Ressourcenschutz, Wirtschaft, Energie, Mobilität und Lebensqualität. Damit werden **Ressourcen gebündelt und innovative Ansätze gestärkt**. Dazu hilft ein partizipativ erstelltes Gesamtkonzept Akteuren aus Politik und Verwaltung, konstruktiv und argumentativ „vorbereitet“ mit der Forderung nach immer neuen Ausweisungen von Flächen umzugehen.

2. Ein nachhaltiges Flächenmanagement fördert eine durchdachte und zielgerichtete **Wirtschafts- und Standortpolitik**. Die Gewerbeansiedlung kann aktiv gesteuert und mit einem Entscheidungsraster zur Qualitätssicherung belegt werden. Durch Flächenrecycling und kreative Zwischennutzungskonzepte können Innovations- und Gründerzentren geschaffen werden.

3. Ein nachhaltiges Flächenmanagement trägt zur **Vitalisierung der Innenstädte** bei und prägt das „Gesicht“ der Kommune. Für Besucherinnen und Besucher einer Kommune hinterlässt eine belebte Innenstadt einen viel stärkeren Eindruck als das zehnte Gewerbegebiet auf der grünen Wiese. Damit werden auch die „Stadt der kurzen Wege“ und die Lebensqualität als Leitbild in den Vordergrund gerückt. Dazu tragen der Erhalt und die Nachnutzung von innerörtlichen Gebäuden zur Bewahrung der lokalen Baukultur bei – vor allem im ländlichen Raum ist dies für die lokale Identität und das Verbundenheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner wichtig.

4. Ein nachhaltiges Flächenmanagement lenkt den Blick auf einen transparenten und verantwortungsvollen Umgang mit **Infrastrukturfolgekosten**. Dieser Aspekt ist auch deshalb von besonderer Bedeutung, da der zu erwartende Bevölkerungsrückgang den Pro-Kopf-Anteil an den Infrastrukturkosten erhöht.

5. Ein nachhaltiges Flächenmanagement ist notwendig, um die **Biodiversität** zu schützen und Landschaftsbilder vor der Zersiedelung zu bewahren. Der Klimaschutz wird durch die Stärkung der Innenstädte und die damit verbundenen kürzere Wege gefördert, dazu bieten naturbelassene Böden einen Schutz vor Hochwasser.

6. Ein nachhaltiges Flächenmanagement stärkt den sozialen Zusammenhalt: Der zunehmenden (kommerziellen) Aneignung von öffentlichem Raum wird eine klare, **gemeinwohlorientierte Stadtgestaltung** entgegengesetzt – und eine weitere Zunahme der sozialen Kluft gemindert.

[11] Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 Nordrhein-Westfalen (2010), S. 13

3.3 Aktive Bürgergesellschaft, Integration und Bildung

Handlungsfeld „Integration und Bildung“

Die Themen Integration und Bildung werden immer wichtiger: 2009 lebten in Deutschland laut dem Statistischen Bundesamt knapp 16 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das sind 19,7 Prozent der Bevölkerung. Und der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird weiterhin stark zunehmen. Bereits heute hat jedes dritte Kindergartenkind eine Zuwanderungsgeschichte und dieser Anteil wird aufgrund der unterschiedlichen Geburtenraten weiter steigen.[12] Der demografische Wandel führt nicht nur zu einer Veränderung der Alterspyramide, sondern auch zu einer veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung. Dies bedeutet gerade für Kommunen mit einem hohen Migrantenanteil, dass Integration und Bildung ihre Zukunftsfähigkeit entscheidend prägen werden.

Integration kann verstanden werden als wechselseitige Öffnung der Migranten und der Gesellschaft, die sie aufnimmt. Dabei geht es also nicht um eine Anpassung, sondern um ein aktives, offenes und vertrauensvolles Miteinander der verschiedenen Gruppen. Der Indikatorenbericht der Bundesregierung spricht von einer „erfolgreichen Integration“, wenn Migrantinnen und Migranten die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe besitzen und ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Deutschland ermöglicht wird.[13] Hierbei ist zu beachten, dass eine Integration in verschiedenen Dimensionen erfolgen muss, die häufig eng ineinandergreifen. Die wirtschaftliche Dimension betrifft zum Beispiel die Chancen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt, die kulturelle Dimension die Sprachfähigkeit und gegenseitige Anerkennung von Werten, die soziale Dimension die Kontakte mit der Aufnahmegesellschaft und Mitgliedschaft in Vereinen und die politisch-rechtliche bzw. strukturelle Dimension die Identifikation mit der Stadt und die politische Partizipation.

Wie zentral das Thema Integration die Zukunftsfähigkeit der Kommunen prägt, zeigt sich zum Beispiel am Thema Arbeit. Einerseits liegt die Arbeitslosigkeit bei Migrantinnen und Migranten überdurchschnittlich hoch, andererseits kann gerade die Einbeziehung der Mitgrantinnen und Migranten dazu beitragen, dem erwarteten Fachkräftemangel zu begegnen. An diesem Punkt spielt der Faktor Bildung eine zentrale Rolle: Zum Beispiel lag der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss im Jahr 2007 bei Nichtdeutschen mit 16 Prozent weit über dem Wert der Gesamtbevölkerung (7,3 Prozent).[14]

In diesem Faktenteil werden zunächst Tipps für eine erfolgreiche Integrations- und Bildungspolitik dargestellt. Daraufhin wird am Beispiel Solingen gezeigt, wie strategische Gesamtkonzepte zur Integration aufgebaut sein können. Dazu wird das stadtteilbezogene Instrument des „Quartiersmanagements“ am Beispiel von Berlin dargestellt und „Urban Gardening“ als konkretes Beispiel für eine Stadtentwicklung „von unten“ betrachtet.

Tipps: Integration systematisch und partizipativ voranbringen

Es wird zunehmend deutlich: Um den oben beschriebenen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen Integration und Bildung als eine Querschnittsaufgabe angesehen werden, bei der systematisches und partizipatives Handeln zählen.

- **Systematisch**: Innerhalb kommunaler Verwaltungen wird deutlich, dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Ressorts aktiv gefördert und in ein umfassendes Integrationskonzept eingebettet werden sollte.[15] Dabei empfiehlt es sich, durch einen partizipativen Leitbildprozess ein Integrationskonzept zu erstellen. Das Konzept sollte inhaltlich die verschiedenen Themenfelder abdecken sowie einen konkreten Zielkatalog beinhalten. Dazu ist es wichtig, die Erfolge durch ein Monitoring zu messen. Während die meisten großen Städte bereits ein Integrationskonzept entwickelt haben, wird es auch für kleine und mittlere Kommunen zunehmend wichtiger, die Maßnahmen zur Integration auf ein strategisches Fundament zu stellen. Auf nationaler Ebene bilden das Zuwanderungsgesetz, in dem Integration als explizites bundespolitisches Ziel festgelegt wurde, der erste Integrationsgipfel und der Nationale Integrationsplan ein strategisches Dach zur Koordination und Ausrichtung der Aktivitäten.

- **Partizipativ**: Erfolgreiche Integration sollte partizipativ ausgerichtet und Migrantinnen und Migranten als „Koproduzenten kommunaler Leistungen“ einbezogen werden.[16] Der Trend zu einer verstärkten Mitgestaltung „von unten“ ist damit auch im Handlungsfeld Integration angekommen. Dies deutet auch auf die Wichtigkeit hin, verstärkt auf Netzwerkstrukturen zu setzen und zum Beispiel Migrantenselbstorganisationen zu fördern und aktiv in die Gestaltung und Umsetzung einzubeziehen.

Zusätzlich zu diesen zwei Eckpfeilern hat die Bertelsmann-Stiftung weitere Erfolgsfaktoren herausgearbeitet. Neben der politischen Rückendeckung („Integration muss Chefsache sein“) wird unter anderem eine Stadtteilorientierung, ein Abbau der Zugangskriterien in der Verwaltung („Dienstleistungen für alle öffnen“) sowie eine Stärkung der Kommune als Arbeitgeber für Migrantinnen und Migranten empfohlen (siehe den Leitfaden „Kommunale Integrationspolitik erfolgreich gestalten“ im Serviceteil).

[12] Indikatorenbericht (2009)
[13] Indikatorenbericht (2009)
[14] Indikatorenbericht (2009)
[15] Stock Gissendanner (2011), S. 2
[16] Stock Gissendanner (2011), S. 2

Ansatz 1: „Wir reden miteinander, nicht übereinander“ – Integrationskonzept Solingen

Nicht nur Deutschland ist ein Einwanderungsland, auch in vielen Kommunen stellen Menschen mit Migrationshintergrund einen wichtigen Teil der Bevölkerung da. So beschreibt sich Solingen als „Integrationsstadt“ – von den rund 159.000 Einwohnerinnen und Einwohnern haben rund 30 Prozent eine Zuwanderungsgeschichte, bei der jüngeren Generation sind es sogar noch mehr. Da liegt es auf der Hand, dass die Stadt seit 2001 als eine der ersten Städte in einem „Interkulturellen Gesamtkonzept“ darlegt, wie sich das Zusammenleben in der Stadt entwickeln soll.

Nach dem Motto „Wir reden miteinander, nicht übereinander“ ist das Solinger Konzept in einem Zeitraum von 15 Monaten mit vielen Bürgerinnen und Bürgern, dem Zuwanderer- und Integrationsrat sowie weiteren Gremien entwickelt worden. Auch die Überarbeitung des Konzeptes im Jahr 2010/11 („Vision 2020“) fand unter breiter Beteiligung statt. Hierbei wurden durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Integrationskonferenz die Handlungsfelder priorisiert sowie zu allen Feldern Leit-, Handlungs- und Maßnahmenziele sowie konkrete Maßnahmen entwickelt.
Konkrete Projekte des Solinger Konzeptes, das eng mit dem Aktionsprogramm „Nachhaltige Entwicklung in Solingen“ (Fortschreibung 2010) verzahnt ist, sind zum Beispiel „100 % zu Hause – Chancengleichheit durch Einbürgerung“, „Interkulturelle Leseförderung“ und „Migrantenselbstorganisationen aktiv vernetzt“. Dazu gibt es zum Beispiel einen Integrationsleitfaden für Solinger Neuzuwanderer und eine Webseite für Zuwanderer.[17]

Dabei macht sich das Engagement der Solinger bezahlt: Neben einer lebenswerten Stadt konnte Solingen auch bundesweit Aufmerksamkeit erzielen und wurde 2005 mit dem deutschen Integrationspreis des Bundesinnenministeriums und der Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet sowie mit dem Deutschen lokalen Nachhaltigkeitspreis „Zeitzeiche(N)“.

Bürgerveranstaltung zum Integrationskonzept in Solingen

Ansatz 2: Instrumente zur Stadtteilentwicklung: Das Berliner „Quartiersmanagement“

Das Quartiersmanagement ist in Berlin seit 1999 zu einem wichtigen Instrument der Stadtteilentwicklung geworden.[18] Ziel des Quartiersmanagements ist es, durch eine verbesserte Zusammenarbeit Projekte, Initiativen und Maßnahmen verstärkt zu koordinieren sowie den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation mit dem Stadtteil zu erhöhen. Dabei wird das Quartiersmanagement vor allem in Stadtteilen angewandt, in denen es soziale Brennpunkte gibt und bei denen die Gefahr droht, dass sie von der gesamtstädtischen Entwicklung abgehängt werden. Im Jahr 2011 gibt es in 34 Berliner „Kiezen“ ein Quartiersmanagement, dazu zählen unter anderem das Rollbergviertel und der Brunnenviertel-Ackerstraße-Kiez in Berlin-Mitte.

Mit einem integrierten Handlungs- und Entwicklungskonzept, das auf den jeweiligen Stadtteil zugeschnitten ist, setzt das Berliner-Quartiersmanagement dabei vor allem auf zwei Eckpfeiler:

- **Partizipation**: Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger, eine Stabilisierung der nachbarschaftlichen Beziehungen sowie eine verbesserte Zusammenarbeit mit der Verwaltung werden kontinuierlich gefördert. Im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ arbeiten dazu „Quartiersräte“, die aus Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung und lokaler Organisationen zusammengesetzt sind, an Entwicklungskonzepten und der Vergabe von Fördermitteln mit. Die „Fachkompetenz der Verwaltung“ wird so mit der „Alltagskompetenz“ der im Stadtteil Lebenden produktiv miteinander verbunden.

- **„Empowerment“**: Um ehrenamtliches Engagement zu unterstützen, werden die Selbstorganisationskräfte und die Handlungsfähigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner gezielt gestärkt. Damit soll der Stadtteil langfristig gestärkt werden und die Bewohnerinnen und Bewohner die Chance erhalten, für ihren Stadtteil Verantwortung zu übernehmen.

Das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) und der Länder wurde im Jahr 1999 gestartet, um die „Abwärtsspirale“ in benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern. Im Jahr 2010 wurden 603 Gebiete in 375 Gemeinden gefördert. Dabei werden seit 2006 auch nichtbauliche Bereiche wie das Berliner Quartiersmanagement im Rahmen von Modellvorhaben gefördert.

[17] http://www.zuwanderer.solingen.de/
[18] http://www.quartiersmanagement-berlin.de/

Ansatz 3: „Urban Gardening“ – Die Stadt „von unten“ mitgestalten

Die Faszination für das Gärtnern kehrt in die Stadt zurück. Das trifft vor allem für Gemeinschaftsgärten zu, die derzeit in ganz Deutschland entstehen. Im August 2011 zählte die Stiftung Interkultur bereits 113 Gemeinschaftsgärten, 67 weitere waren in Planung. Dabei gibt es verschiedene Arten von Gemeinschaftsgärten: Während bei „Interkulturellen Gärten“ der Austausch zwischen den Kulturen im Vordergrund steht, geht es bei „Urban Gardening“ (Urbane Landwirtschaft) neben dem Anbau von Obst und Gemüse vor allem um den sozialen Austausch und die Mitgestaltung des städtischen Lebensumfeldes – und zur Rückgewinnung eines kommerzfreien öffentlichen Raumes.

Brachfläche in Berlin-Kreuzberg vor Entstehen des Prinzessinnengartens

Als weltweiter Vorreiter der urbanen Landwirtschaft gilt Kuba, wo nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch die Zeit der vom billigen Erdöl abhängigen industriellen Landwirtschaft zu Ende war. Als Folge wurden in den kubanischen Städten Flächen für den Obst- und Gemüseanbau freigegeben. Dies führte zur Selbstorganisation der Stadtbewohner und einer neuen Form der Ökonomie. Laut Schätzungen wird in Havanna der Bedarf an Obst und Gemüse inzwischen zu einem Großteil durch den Anbau in der Stadt befriedigt.[19]

Der Boom des „Urban Gardening“ in Europa und den USA wird von der Trendforscherin Silke Borgstedt dabei an drei Trends festgemacht: Die Rückbesinnung der Menschen auf Bereiche, die sie direkt beeinflussen können (Selbstwirksamkeitserfahrung); die Suche nach Autonomie und Freiräumen sowie der Wunsch nach Entschleunigung, Sinnlichkeit und Vielfalt im Alltag.[20] Dazu lässt sich Nachhaltigkeit fast nirgends so gut „erleben“ und greifbar darstellen, wie in Gemeinschaftsgärten. Hier werden die Zwischennutzung von Brachflächen, der Schutz der Biodiversität, Bildungs- und Kulturprojekte, Integration sowie die Sensibilisierung für gesunde Ernährung und bewussten Konsum in einem integrierten Ansatz sichtbar. Ein besonders beeindruckendes Beispiel ist dabei der Prinzessinnengarten in Berlin, einer 6.000 qm großen ehemaligen Brachfläche in Kreuzberg, die von der „Nomadisch Grün“ gGmbH seit Juli 2009 in eine ökologische und soziale urbane Landwirtschaft verwandelt wurde.

Prinzessinnengarten in Berlin-Kreuzberg

[19] Müller (2011), S. 17
[20] In Müller (2011), S. 12

5 Argumente: Wie Integration und Bildung die Kommune zukunftsfähig machen

1. Bildung und eine gelungene Integration sind Voraussetzungen dafür, die **Ressourcen und Potenziale aller Bürgerinnen und Bürger der Kommune zu aktivieren!** Gerade mit Blick auf den erwarteten Fachkräftemangel und die Sicherung des Wirtschaftsstandorts ist dies von zentraler Bedeutung. Dazu kommt: „Diversity“, also die Vielfalt in Unternehmen und Verwaltungen, wird zunehmend als Wettbewerbsfaktor wahrgenommen!

2. Um den Rückgang der **Bevölkerungszahl** abzubremsen, sind eine aktive Integrationspolitik und eine „Willkommenskultur“ nötig. Damit wird einer Steigerung der Pro-Kopf-Kosten für Infrastruktur und einem hohen Leerstand entgegengewirkt. Außerdem tragen die mehrheitlich jungen Menschen mit Migrationshintergrund dazu bei, die Alterung der Bevölkerung abzufedern. Und: Eine verbesserte Integration führt zusätzlich zu geringeren Transferleistungen und entlastet damit den Haushalt.

3. Eine gezielte, aktive und langfristig angelegte Integrationspolitik ist die beste **Prävention gegen soziale Konflikte** und Ausgrenzung. Wenn auch sozial schwierige Stadteile in die Entwicklung einbezogen werden, können sich diese in innovative Bezirke verwandeln – und das gesellschaftliche Image der Stadt stärken.

4. Die Bildung der Bürgerinnen und Bürger ist das Kapital der Kommunen. **Eine aktive Bildungspolitik verbessert das soziale und kulturelle Miteinander** und bietet Unternehmen ein attraktives Umfeld. Durch die Stärkung der Fähigkeiten der Bürgerinnen und Bürger („Empowerment“) können diese sich aktiv einbringen und damit die Kommune entlasten. Auch die Bildung für nachhaltige Entwicklung ist ein wichtiger Faktor, um gemeinsam Ideen und Konzepte für die Zukunftsfähigkeit der Kommune zu entwickeln.

5. Das **Gemeinschaftsgefühl** einer Kommune hängt vor allem davon ab, ob Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, Familien mit Kindern, Ältere und Menschen mit Behinderung einen „barrierefreien“ Zugang zum sozialen, kulturellen und politischen Leben haben und die Kommune mitgestalten können.

Handlungsfeld „Aktive Bürgergesellschaft und Bürgerkommune“

Was ist die Bürgerkommune?

Seit einigen Jahren sind die Schlagworte „Bürgerkommune“ und „Bürgernähe“ in aller Munde. Gründe dafür sind eine von vielen Menschen wahrgenommene Individualisierung und Entfremdung, die Abnahme politischer Gestaltungsräume auf überregionaler Ebene sowie die Ablehnung einer „von oben“ verordneten Politik. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigen daher eine wachsende Bereitschaft, selbst aktiv den eigenen Lebensraum zu gestalten und Verantwortung zu übernehmen. Der zweite Aspekt ist, dass Kommunen angesichts der immensen Herausforderungen der Zukunft und geringerer finanzieller Mittel verstärkt auf die Bürgerinnen und Bürger setzen müssen, um ein breites soziales und kulturelles Angebot aufrechtzuerhalten.

Das Konzept der „Bürgerkommune“ stellt die Zusammenarbeit in der Kommune auf ein neues Fundament: Bürgerschaft, Politik und Verwaltung sollen partnerschaftlich zusammenwirken und gemeinsam die Kommune gestalten. Hierfür stellt die Kommune bürgerschaftliche Partizipationsräume bereit – zum Beispiel durch projektbezogene Bürgerbeteiligung, eine Förderung ehrenamtlichen Engagements oder durch die Einführung eines Bürgerhaushalts. Gleichzeitig bringen die Bürgerinnen und Bürger ihre Kompetenzen ein, gestalten die Zukunft der Kommune aktiv mit und unterstützen die Umsetzung von gemeinsamen Maßnahmen. Damit werden die Bürgerinnen und Bürger zu Mitgestaltern und „Koproduzenten“ öffentlicher Leistungen.

Damit die Kommune sich auf den Weg zur Bürgerkommune begeben kann, ist es wichtig, gemeinsam mit allen Akteuren ein Leitbild „Bürgerkommune“ auszuarbeiten. Ein solches strategisches Dach gibt durch konkrete Ziele eine klare Richtung vor, ermöglicht durch einen übergreifenden Rahmen eine effektive Koordination der verschiedenen Handlungsfelder und stärkt das Gemeinschaftsgefühl.

Die Umsetzung des Leitbilds Bürgerkommune ist für eine Vielzahl von Politikfeldern relevant – dazu gehört die Energiepolitik genauso wie Bildung und Integration. Mit Blick auf die jeweiligen Herausforderungen ist es für die Kommune sinnvoll, verschiedene Formate, Instrumente und Maßnahmen zu kombinieren. Hierzu zählen zum Beispiel

- **Beteiligungsformen** wie runde Tische, Zukunftswerkstätten oder Bürgerforen, die von Kommunen initiiert und moderiert werden,
- die Förderung **direktdemokratischer Einflussmöglichkeiten** wie Bürgerbegehren und Bürgerbescheide,
- **Bürgerhaushalte**,
- die allgemeine Förderung **bürgerschaftlichen Engagements** (z.B. durch die Unterstützung von Bürgerhäusern, siehe das Beispiel Neumarkt).

„Das Potenzial, das Menschen in einer Stadt einbringen können, ist enorm – vorausgesetzt, es gibt eine entsprechende Infrastruktur! Das Bürgerhaus Neumarkt bietet eine solche Infrastruktur: Bürgerinnen und Bürger können sich mit ihren Ideen, ihrem Engagement und mit ihrer finanziellen Unterstützung einbringen. Hierfür gibt es eine Freiwilligen-Agentur, eine Bürgerstiftung sowie zahlreiche Fachforen und Projekte. Eine Journalistin engagiert sich zum Beispiel seit Gründung der Freiwilligen-Agentur viele Stunden pro Woche ehrenamtlich. Oder: Ein Unternehmer hat innerhalb der Bürgerstiftung ein Stipendium für die Ausbildung von Mädchen in Höhe von 50.000 Euro gestiftet.“

Ralf Mützel, Stadt Neumarkt

Team des Bürgerhauses in Neumarkt

Tipps: Schritte auf dem Weg zur Bürgerkommune

Die Umsetzung des Leitbilds Bürgerkommune lebt vor allem vom partnerschaftlichen Umgang der Akteure und sollte als kontinuierlicher Prozess verstanden werden, der von allen Akteuren dauerhaft unterstützt werden muss. Auch wenn die konkrete Umsetzung stark von den lokalen Umständen abhängt, lassen sich fünf allgemeine Bausteine identifizieren, die eine zentrale Rolle auf dem Weg zur Bürgerkommune spielen:

- **Kulturwandel und Offenheit**: Eine verstärkte Offenheit seitens Politik und Verwaltung ist notwendig, um Bürgerinnen und Bürger als gleichberechtigte Partner zu sehen und Gestaltungsaufgaben zu teilen. Um diesen Kulturwandel zu erreichen, sind Qualifizierungsmaßnahmen der Verwaltungsmitarbeiter genauso wichtig wie die Befähigung der Bürger („Empowerment", siehe unten). Auch die Politik muss sich dabei umstellen, um Beteiligung als neue Art der Gestaltung und nicht als Machtverlust wahrzunehmen.

- **Querschnittsaufgabe**: Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements muss durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit über die Ressortgrenzen hinweg stattfinden. Hierbei sollte ein gemeinsam verabschiedetes Leitbild die Richtung vorgeben. Dazu kann es hilfreich sein, durch eine zentrale Stelle (z.B. Beauftragter der Bürgerkommune) eine gemeinsame Steuerung zu sichern und eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen (z.B. Bürgerhaus).

- **Finanzierung**: Neue Gestaltungsräume können langfristig nur geschaffen werden, wenn die Kommune neben der Übertragung von Aufgaben der Bürgerschaft auch finanzielle Mittel zur Verfügung stellt (z.B. für Sachkosten). Kommunen müssen sich daher aus dem Dilemma befreien, dass sie einerseits kurzfristig nur wenig Mittel haben, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern, anderseits aber langfristig auf dieses Engagement angewiesen sind, um gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern ihre Kernaufgaben zu erfüllen.

- **Vernetzung**: Neben der Einbindung der Bürgerinnen und Bürger ist die aktive Zusammenarbeit mit Vereinen, Bürgerstiftungen, Bürgerinitiativen, Lokale-Agenda-21-Gruppen, Migrantenselbstorganisationen, Freiwilligenagenturen, den Kirchen, Gewerkschaften oder Wirtschaftsunternehmen Grundlage für eine erfolgreiche Umsetzung.

- **„Empowerment" und Anerkennung**: Damit Bürgerinnen und Bürger aktiv werden können, ist eine Befähigung („Empowerment") sehr wichtig. Hierzu zählen Qualifizierungen genauso wie die Unterstützung beim Aufbau neuer Selbsthilfestrukturen. Dazu ist eine wertschätzende Haltung gegenüber dem Ehrenamt und der Bürgerarbeit von großer Bedeutung, um die Motivation der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und ihren Einsatz zu würdigen. (Eine weitergehende Analyse zu den Bausteinen einer erfolgreichen Bürgerkommune finden Sie in einem Übersichtsartikel von Thomas Olk von der Martin-Luther-Universität Wittenberg/Halle, siehe Serviceteil).

Freibad Gladbeck: Betriebsführung durch den örtlichen Schwimmverein

Mit einem Leitbild, einer aktiven Vernetzung sowie einem Austausch über Ressortgrenzen hinweg können somit die Rahmenbedingungen für eine Bürgergesellschaft auf lokaler Ebene geschaffen werden. Durch die Stärkung einer partizipativen, integrativen und langfristigen Politikgestaltung kommt die Kommune den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung entscheidend näher.

„In verschiedenen Bereichen ist es bereits heute Standard, dass bürgerschaftliches Engagement verstärkt in den Vordergrund tritt. Dies betrifft nicht nur die Mitarbeit in entsprechenden Vereinen, Vereinigungen, Parteien, sondern zeigt sich auch in der Übernahme bestimmter, bisher in der öffentlichen Hand liegenden Aufgaben durch Dritte. Beispielhaft wurde in Gladbeck bereits vor einigen Jahren die Betriebsführung des städtischen Freibades von einem örtlichen Schwimmverein übernommen. Die Stadt Gladbeck zahlt einen festen jährlichen Zuschuss zum Betrieb des Bades, sämtliche andere Angelegenheiten werden durch den Verein zur besten Zufriedenheit der Bürgerschaft betrieben."

Dieter Briese, Stadt Gladbeck

Bürgerhaushalte in deutschen Kommunen

Bürgerhaushalte sind ein wichtiges Element auf dem Weg zur Bürgerkommune. Nachdem die ersten erfolgreichen Modelle in Porto Alegre (Brasilien) und Christchurch (Neuseeland) international Schlagzeilen machten, breiteten sich Bürgerhaushalte auch in Europa und Deutschland aus. Im Frühjahr 2011 gab es bereits 94 Kommunen, die einen Bürgerhaushalt hatten bzw. dessen Einführung vorbereiteten, in mehr als 100 weiteren Kommunen wurde die Einführung diskutiert.[21] Im Praxisbetrieb hierzu sind nun auch Großstädte bzw. Bezirke wie Köln, Bonn, Freiburg, Stuttgart oder Berlin-Lichtenberg am Start.

Das Ziel eines Bürgerhaushalts ist die Entwicklung einer neuen Partnerschaft zwischen der Bürgerschaft, Politik und Verwaltung, die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung sowie die Übernahme von Verantwortung durch die Zivilgesellschaft und ihre Befähigung hierzu. Wenn hierbei von einer „neuen Qualität" der Beteiligung gesprochen wird, liegt dies insbesondere an der Rechenschaftslegung, die durch den transparenten Umgang mit den Vorschlägen der Bürgerinnen und Bürgern erreicht wird.

Die größten Herausforderungen für Bürgerhaushalte sind dabei

- die Komplexität der Haushaltspolitik und das traditionell eher geringe Interesse der Bürgerinnen und Bürger für dieses Thema,
- der Verlust von Handlungsspielräumen durch eine enge Finanzlage,
- die Tatsache, dass die Politik sich erst daran gewöhnen muss, Verantwortung mit den Bürgerinnen und Bürgern zu teilen,
- die Beteiligung aller Gruppen, unabhängig von Bildung, Geschlecht, Herkunft und Alter – denn nur durch eine hohe Pluralität kann ein wahrer Wettbewerb der Ideen stattfinden.

Wichtig bei der Einführung von Bürgerhaushalten ist auch ein langer Atem: Häufig zeigt sich erst nach mehreren Durchgängen, inwieweit Bürgerhaushalte dauerhafte Veränderungen anstoßen und in die Kultur der Kommune übergehen.

[21] http://www.buergerhaushalt.org/wp-content/uploads/2011/04/Vierter-Statusbericht-Buergerhaushalt.de-April-2011.pdf

Erfolgsfaktoren des Bürgerhaushalts in Berlin-Lichtenberg

Aus dem Beispiel Lichtenberg zeichnen sich vier Faktoren ab, die entscheidend zum Gelingen von Bürgerhaushalten beitragen:

- **Planungsvorlauf**: Bürgerhaushalte müssen frühzeitig und mit entsprechend zeitlichem Vorlauf initiiert werden, um Vorschläge schon in den Haushaltsplanentwurf einbauen zu können. Das hilft, eine „Verteidigungshaltung" seitens Politik und Verwaltung erst gar nicht entstehen zu lassen.
- **„Lesbarer Haushalt"**: Da ein kommunaler Haushalt normalerweise ein dickes Zahlenwerk mit für den Außenstehenden schwer nachvollziehbaren Tabellen ist, wurde ein „Lesbarer Haushalt" in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) entwickelt. Dieser stellt die Ausgaben anhand der von der Verwaltung erbrachten „Produkte" (Leistungen) dar, die direkt der Bevölkerung zu Gute kommen: Beispiele sind die Bereitstellung von Sportanlagen und Lehrveranstaltungen an der Volkshochschule.
- **Stadtteildialog**: Durch die Direktansprache der Bewohnerinnen und Bewohner in den 13 Stadtteilen des Bezirkes vor Ort in den Veranstaltungen wird die Komplexität reduziert und eine zusätzliche Identifikation mit dem Wohnumfeld (Kiez) geschaffen. Auch für die Inklusion verschiedener vor Ort agierender sozialer Gruppen (Jugendliche, Ältere, Menschen mit Migrationshintergrund etc.) ist dies wichtig.
- **Evaluation und Anpassung**: Neben der partizipativen Ausarbeitung der Konzeption des Bürgerhaushalts zählt es, die Ergebnisse gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern zu evaluieren und zusammen Anpassungen vorzunehmen – also eine Kultur des Lernens und der kontinuierlichen Weiterentwicklung zu schaffen.

Bürgerversammlung beim Stadtteildialog des Bürgerhaushalts von Berlin-Lichtenberg

Beispiel: „Wir rechnen mit Ihnen“ – Bürgerhaushalt in Lichtenberg

Unter dem Motto „Wir rechnen mit Ihnen“ geht der Lichtenberger Bürgerhaushalt im Jahr 2011 mit Vorschlägen für den Haushalt 2013 in die siebte Runde. Für Lichtenberg, einen Berliner Bezirk mit rund 250.000 Einwohnern im Nordosten der Stadt, ist der Bürgerhaushalt ein zentraler Schritt, um das Leitbild der Bürgerkommune partnerschaftlich zu verwirklichen.

Lichtenberg begann die Entwicklung des Bürgerhaushalts als Pilotbezirk des Forschungsprojektes „Bürgerhaushalt in Großstädten“, das von 2003 bis 2005 von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und den Stiftungen der fünf großen deutschen Parteien umgesetzt wurde. Das Modell für den Lichtenberger Bürgerhaushalt wurde dabei in Workshops von Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung gemeinsam entwickelt, um von Beginn an die Motivation und Identifikation zu stärken und ein partnerschaftliches Verhältnis aufzubauen. 2005 war es so weit: Lichtenberg ging als erste Kommune mit mehr als 100.000 Einwohnern mit dem Beteiligungsverfahren für den Haushalt 2007 an den Start.

Während kommunale Pflichtausgaben wie die Unterhaltung der Infrastruktur und Sozialleistungen vom Bürgerhaushalt ausgeklammert sind, können die Lichtenbergerinnen und Lichtenberger Vorschläge zu den „steuerbaren Aufgaben“ wie die Gestaltung von Grünflächen, Kulturangebote, Jugendarbeit oder die Gesundheitsförderung einbringen. Im Bürgerhaushalt stehen dabei jährlich rund 35 Millionen Euro zur Debatte.

Der Beteiligungsprozess ist dabei in drei Phasen gegliedert, in denen sich die Bürgerinnen und Bürger jeweils über das Internet, schriftlich oder bei den Veranstaltungen des Stadtteildialoges in den insgesamt 13 Stadtteilen einbringen können:

- In der **Vorschlags- und Diskussionsphase** können Bürgerinnen und Bürger online Vorschläge einreichen, Ideen schriftlich einbringen oder vor Ort in den zahlreichen Veranstaltungen einzeln oder gemeinsam diskutieren und formulieren. Diese Phase zieht sich über die ersten drei Quartale des Jahres.

- In der anschließenden **Bewertungsphase** können die Bürgerinnen und Bürger die eingebrachten Vorschläge priorisieren. Als erstes werden über das Internet die online eingereichten Vorschläge von den Dialogteilnehmerinnen und -teilnehmern votiert (Abstimmungszeitraum: 14 Tage). Dazu können die Bürgerinnen und Bürger am Abstimmungstag (im September jeden Jahres) in den Stadtteilen über die im jeweiligen Stadtteildialog eingereichten Vorschläge abstimmen. Als drittes werden im Oktober jeden Jahres in der Haushaltsabstimmung (einer Art Briefwahl) 50.000 zufällig ausgewählte Lichtenberger Haushalte angeschrieben, die über die Internet- und jeweiligen Stadtteilvorschläge abstimmen können. Nach Beendigung der Bewertungsphase werden die Ergebnisse kumuliert und in zwei Ergebnislisten – TOP-10-Liste der Internetvorschläge und TOP-5-Listen der Stadtteile (bei 13 Stadtteilen insgesamt 65 Vorschläge) – der Bezirksverordnetenversammlung im Dezember übergeben.

- In der **Beschlussphase** werden die Vorschläge in den Fachausschüssen der Bezirksverordnetenversammlung beraten und anschließend mit einem Beschlussvotum versehen, das der Verwaltung den Auftrag erteilt, die Vorschläge bei der Aufstellung des Haushaltsplanes zu berücksichtigen, sie mit einem gewissen Zielauftrag zu prüfen und das Ergebnis der Bezirksverordnetenversammlung mitzuteilen oder sie mit einer ablehnenden Begründung zu versehen, die der Bürgerschaft im Rahmen der Rechenschaftslegung zugänglich gemacht wird.

An der Erstellung des Bürgerhaushalts 2011 haben sich mehr als 8.100 Bürgerinnen und Bürger beteiligt, 241 Vorschläge wurden eingebracht. Dabei wurden in den letzten sechs Jahren rund 90 Prozent der priorisierten Vorschläge durch die Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung berücksichtigt. Beispiele für umgesetzte Vorschläge sind die Ausweisung legaler Sprayflächen für Graffiti, das Aufstellen von Bänken in Grünanlagen oder die bedarfsgerechte Ausstattung einer kommunalen Seniorenbegegnungsstätte mit neuen Stühlen. Darüber hinaus wurden durch einen Bürgerhaushaltsvorschlag die Lichtenberger Bibliotheken beim Erwerb von Medien mit neuen und aktuellen Büchern in vietnamesischer und russischer Sprache ausgestattet.

Auch wenn die Entwicklung des Bürgerhaushalts einen gewissen Aufwand bedeutet, hat der Bürgerhaushalt in Lichtenberg einen hohen Stellenwert. Denn neben einer Versachlichung und einer höheren Qualität der haushaltspolitischen Diskussionen haben die eingebrachten Vorschläge zu gezielten und bedarfsorientierten Verbesserungen geführt. Dazu hat sich vor allem das Verhältnis von Politik, Verwaltung und Bürgern grundlegend geändert – Bürgernähe, Transparenz und Mitsprache sind die neuen Schlagwörter! Die Kosten von „50 Cent pro Bürger“ werden damit mehr als ausgeglichen.

6 Argumente für den Aufbruch zur Bürgerkommune

1. **Das Potenzial der Bürgerinnen und Bürger ist das Kapital der Kommunen!** Ein neuer, partizipativer Politikstil kann dieses Potenzial aktivieren und damit die Ressourcen der Kommune grundlegend erweitern. Auf diese Weise können auch Veränderungen auf den Weg gebracht werden, die nicht verordnet werden können – Beteiligung statt Politikverdrossenheit ist das Motto des neuen Jahrzehnts.

2. Bürgerbeteiligung erhöht die **Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Akzeptanz** von Entscheidungen. Die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich mit den Vorhaben, die sie gemeinsam erarbeitet haben, und übernehmen die Verantwortung für die erfolgreiche Umsetzung. Und: Eine lebendige Bürgerkommune ist über die regionalen Grenzen hinweg sichtbar und stärkt das Image der Kommune.

3. **Der Weg zur Bürgerkommune zahlt sich aus**. Ehrenamtliches Engagement entlastet die kommunalen Haushalte, zudem führt eine erhöhte Achtsamkeit bei kommunalen Gütern zu geringeren Instandhaltungskosten.

4. Beteiligungsformen wie Bürgerhaushalte führen zu einer **aktiven, gelebten Demokratie**. Gemeinsame Handlungskompetenzen werden gefördert und die „Weisheit der Vielen“ führt zu klügeren Entscheidungen.

5. Dazu stärkt Bürgerbeteiligung die **gesellschaftliche Integration**: Migrantinnen und Migranten, Jugendliche, Senioren und Menschen mit Behinderung finden eine gemeinsame Plattform, um ihre Perspektive und Anliegen einzubringen.

6. Eine aktive Bürgergesellschaft **prägt das soziale Zusammenleben und stärkt die Gemeinschaft**. Dabei ist das Gemeinschaftsgefühl nicht nur für die Lebenszufriedenheit entscheidend – es ist auch der beste Garant für eine erfolgreiche Politik in schwierigen Zeiten. Wer sich kennt und vertraut, arbeitet schnell, effektiv und vorurteilsfrei zusammen.

Stadt Neumarkt: Präsentation der Pläne zur Erweiterung und Sanierung des Bürgerhauses mit Oberbürgermeister Thomas Thumann (Bildmitte)

3.4 Nachhaltigkeit als Kompass für kommunale Entscheidungen

Wohin es gehen soll – der Kompass einer nachhaltigen Entwicklung

Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ist es, endliche Ressourcen zu erhalten, die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen und zukünftigen Generationen eine lebenswerte Umwelt zu hinterlassen. Für diese Denkweise steht die „Brundtland-Definition“ einer nachhaltigen Entwicklung, die allgemein Anerkennung findet.[22] Für die Kommune ist eine solche Zielsetzung als „Kompass“ unerlässlich, um Orientierung, Motivation und einen gemeinsamen Handlungsrahmen zu schaffen.

Dabei gibt es jedoch nicht den einen Weg zur nachhaltigen Entwicklung – jede Kommune muss für sich entscheiden, welche Möglichkeiten sich ihr bieten, welche Themen ihr am Herzen liegen und in welchem Tempo sie den Weg gehen möchte.

Eine klare Zielsetzung, die zum Beispiel durch einen Leitbild-Prozess festgelegt wird, ist somit die Voraussetzung für eine handfeste Ausrichtung der Strategie. Und für die ehrliche Überprüfung, wie die Kommune vorankommt. Dabei ist es wichtig, dass ein gemeinsames Verständnis bei Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft entsteht und die drei klassischen Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Soziales und Wirtschaft – konstruktiv verbunden werden.

Die „Nachhaltigkeitsperspektive“: ressourcenschonend, langfristig, integrativ und partizipativ

Um Ihre Kommune beim erfolgreichen „Navigieren“ auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung zu unterstützen, möchte Ihnen diese Broschüre neben wichtigen Argumenten auch eine einfache und anwendungsorientierte Perspektive aufzeigen. Diese „Nachhaltigkeitsbrille“ ersetzt nicht eine handfeste Definition oder entsprechende Indikatoren und Zielsetzungen für Nachhaltigkeit. Sie ist vielmehr dazu da, dass Sie anstehende Herausforderungen und Handlungsoptionen im Alltag schnell auf nachhaltige Lösungsansätze hin untersuchen können.

Die Perspektive ist durch vier Aspekte gekennzeichnet:

- **Ressourcenschonend**: Endliche Ressourcen müssen möglichst schonend eingesetzt werden – dieser Gedanke muss in jedem Handlungsansatz verankert sein.

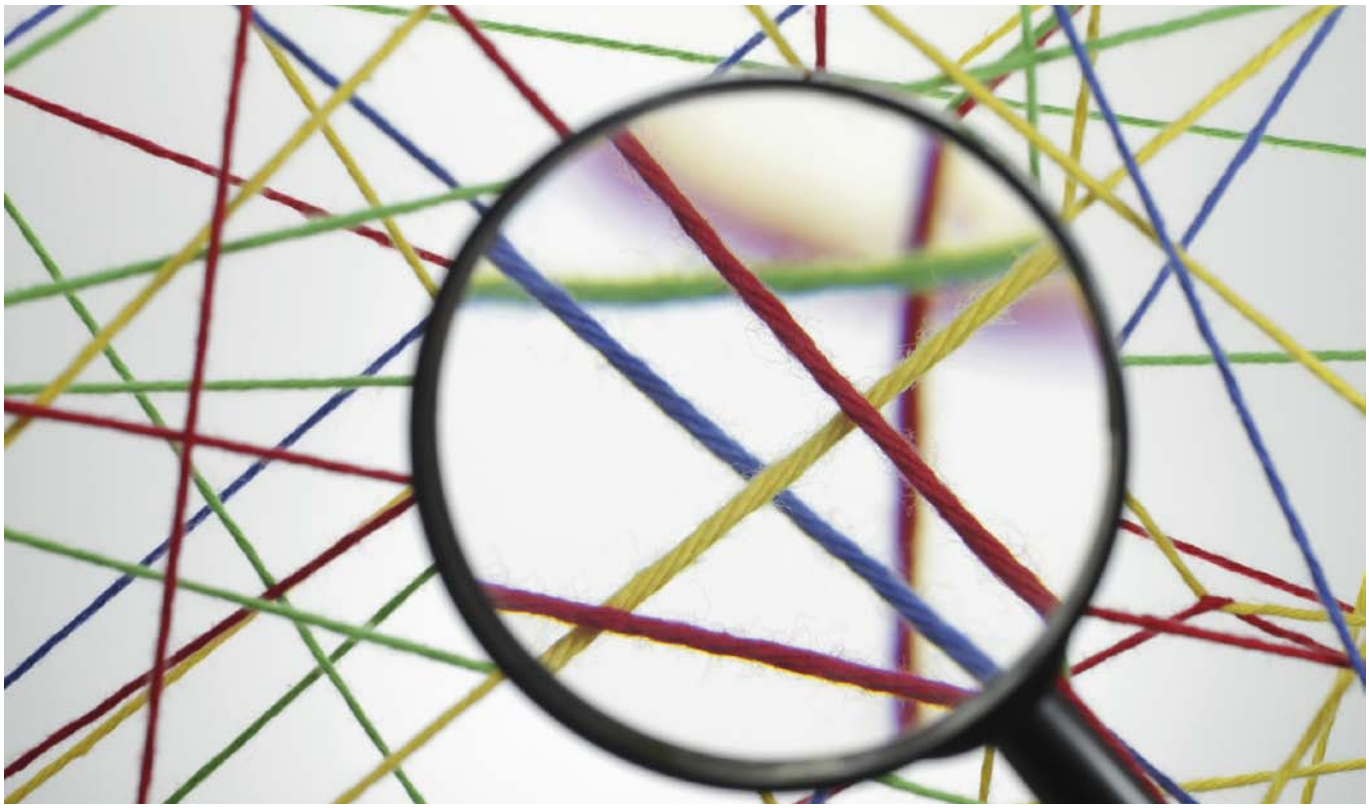
- **Langfristig**: Um die zukünftigen Herausforderungen vorausschauend anzugehen und strategisch klug zu verbinden, müssen Kommunen ihr Handeln langfristig ausrichten. Dabei ist es auch von elementarer Bedeutung, den Erhalt der natürlichen Ressourcen und die Lebensbedingungen zukünftiger Generationen als Leitplanken einzubeziehen.

- **Integrativ**: Um über Ressort- und Sektorengrenzen hinweg zu agieren („horizontale Integration“), Anknüpfungspunkte zu finden und Synergien zu erzielen, ist ein integratives Handeln notwendig.

- **Partizipativ**: Eine nachhaltige Entwicklung ist ein gemeinsamer Such- und Lernprozess, bei dem die Kommune „ihren Weg“ finden muss. Dazu sind die Energie, Fähigkeiten und das Wissen der Bürgerinnen und Bürger das Fundament, auf dem eine erfolgreiche Politikgestaltung aufbauen muss, um mit der gestiegenen Komplexität und sinkenden finanziellen Mitteln zu bestehen.

Im Laufe des Leitfadens sind diese vier Eckpfeiler immer wieder sichtbar geworden. Wir hoffen, dass sie Ihnen ein Gefühl für Ihr eigenes „Vorgehen“ gegeben haben und Sie bei der Ausarbeitung Ihrer Ideen unterstützen.

[22] Hauff (1987), S. 46



Kommunales Nachhaltigkeitsmanagement und vertikale Integration

Ein weiterer wichtiger Aspekt für Kommunen ist es, ihre Programme, Maßnahmen und Instrumente über die Handlungsfelder hinweg in ein „**kommunales Nachhaltigkeitsmanagement**“ zu integrieren. Ein solches Nachhaltigkeitsmanagement ermöglicht die Steuerung anhand klarer und messbarer Ziele, der Formulierung der zur Umsetzung notwendigen Maßnahmen sowie eine regelmäßige Überprüfung der Fortschritte. Tipps und Hinweise, wie ein kommunales Nachhaltigkeitsmanagement erfolgreich umgesetzt werden kann, finden Sie im Leitfaden „Gemeinsam Fahrt aufnehmen!“ (siehe Serviceteil). Beispielhaft umgesetzt wird ein integriertes Nachhaltigkeitsmanagement zum Beispiel in Friedrichshafen und Ludwigsburg, diese Beispiele finden Sie im genannten Leitfaden.

Zu beachten ist dabei auch, dass die Kommune auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung nicht alleine voranschreitet: Auch viele Regionen, Bundesländer, die Bundesrepublik Deutschland, die Europäische Union und globale Institutionen wie die Vereinten Nationen sind dem Ziel einer nachhaltige Entwicklung verpflichtet und haben in vielen Fällen eigene Nachhaltigkeitsstrategien für die Umsetzung. Eine Verzahnung dieser Politikebenen – hier wird auch von einer „**vertikalen Integration**“ gesprochen – ist dabei ein ausgesprochen wichtiger Faktor, um eine nachhaltige Entwicklung insgesamt voranzubringen (siehe Serviceteil).

Laut der Brundtland-Definition (1987) ist eine nachhaltige Entwicklung eine Entwicklung, die „die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“.

Ganz besonders wichtig: 2012 findet in Rio de Janeiro der Erdgipfel „Rio +20“ statt, bei dem die Weltgemeinschaft 20 Jahre nach dem ersten Treffen über ein gemeinsames Vorgehen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung diskutiert.

3.5 Ausblick: Das Expertenwissen der Kommunen nutzen

Die Beispiele dieser Broschüre zeigen, wie vielfältig die Chancen, Herausforderungen und Lösungsansätze auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung sind. Dabei haben Kommunen, die vor einigen Jahren noch ganz „frisch" in neue Handlungsfelder hineingeschnuppert haben, inzwischen ihr eigenes Profil entwickelt und oftmals mehr umgesetzt, als sie sich anfangs vorstellen konnten.

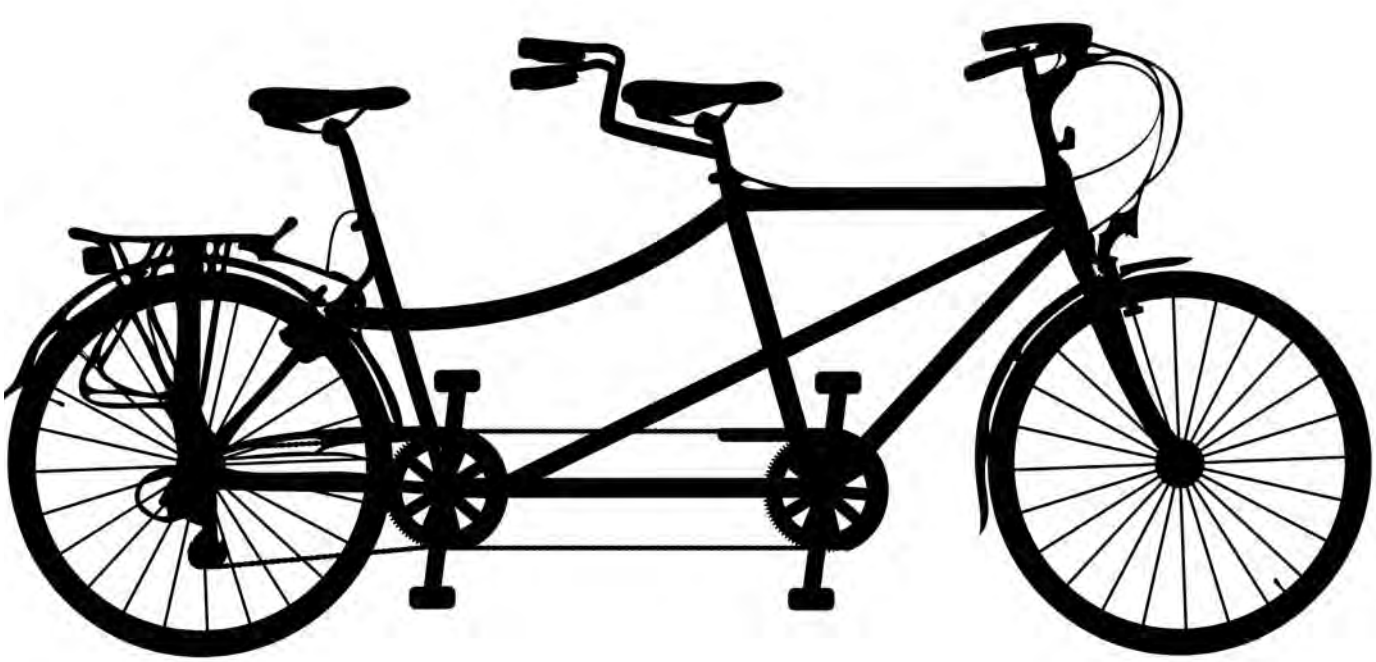
Für viele Kommunen war auf diesem Weg die persönliche Beratung durch engagierte Fachleute, Beratungsstellen oder Kollegen und Kolleginnen ein ganz wichtiger Baustein in ihrer „Nachhaltigkeitsbiografie". Denn gerade die ersten Schritte sind schwer: Wie finde ich mich in der Vielzahl der Broschüren und Beratungsangebote zurecht? Welches Förderprogramm passt zu meiner Situation? Und: Wie schaffe ich es, in meiner Verwaltung einen schwungvollen Prozess anzustoßen?

Im Serviceteil dieser Broschüre finden Sie daher neben Links und Hinweisen zu Kongressen, Netzwerken, Informationsplattformen und Leitfäden auch die Kontaktdaten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus Kommunen, die sich im Rahmen dieses Projektes bereit erklärt haben, als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für bestimmte Handlungsfelder zur Verfügung zu stehen.

→ Wenn Sie sich als Vertreterinnen und Vertreter einer Kommune oder der Zivilgesellschaft noch am Anfang des Weges befinden, möchten wir Sie dazu ermuntern, aktiv Rat, Orientierung und tatkräftige Unterstützung zu suchen. Sie werden sehen: Wenn Sie offen und engagiert losgehen, werden Sie fast immer eine Person finden, die Ihnen weiterhilft. Oft reicht schon der Verweis auf ein Netzwerk, ein Fortbildungsangebot oder einen konkreten Problemlösungsansatz, um Sie zu unterstützen. Kurz: Eine nachhaltige Entwicklung ist in fast allen Belangen eine Gemeinschaftsaufgabe!

→ Wenn Sie mit Ihrer Kommune bereits zu den Vorreitern gehören, können Sie sich fragen: Warum sollte „Nachhaltigkeit made in..." nicht zum Exportschlager Ihrer Kommune werden? Mit Ihrer Expertise können Sie eine nachhaltige Entwicklung so über Ihre Kommune hinaus voranbringen. Und nicht zu vergessen: Das Coaching einer anderen Kommune erlaubt oft einen neuen Blick auf das eigene Handeln und bringt Klarheit über die eigenen Erfolgsfaktoren.

Wir wünschen allen Kommunen einen anregenden und produktiven Austausch! Dazu möchten wir allen kommunalen Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartnern für ihr Engagement danken. Wir würden uns freuen, wenn sich dieser Kreis vergrößert!



Kommunen kommen gemeinsam voran

4 Serviceteil: Tipps, Hinweise und Links

Im Serviceteil finden Sie zu den sechs Handlungsfeldern eine Vielzahl konkreter Hinweise und Links, die Sie in Ihrer Arbeit unterstützen. Die Hinweise sind dabei in die Kategorien Leitfäden, Webseiten, Förderprogramme und Beispiele gegliedert. Aufgrund der Vielzahl der Themen und Fülle an Informationen werden Checklisten und Diagramme nicht abgedruckt – Sie finden diese in den angegebenen Leitfäden.

Als weitere Unterstützung finden Sie am Ende des Serviceteils eine Liste der Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zu den Handlungsfeldern, die Sie persönlich kontaktieren können.[23]

4.1 Klimawandel und Energie

Kommunale Energieeffizienz

Leitfäden

Bayrisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (2011): „Leitfaden Energienutzungsplan“
Der Leitfaden gibt Hinweise und Informationen, wie Konzepte für die zukünftige energetische Entwicklung in Gemeinden erstellt werden können.
http://www.verwaltung.bayern.de/Gesamtliste-.613.4011133/index.htm

Deutsche Umwelthilfe e.V., Klima-Bündnis e.V., Institut für Energie- und Umweltforschung (2011): „Runter von der Klimaschutz-Bremse – Mit welchen Argumenten überzeuge ich Skeptiker des kommunalen Klimaschutzes?“
Der Leitfaden zeigt, wie Sie mit stichhaltigen Argumenten und Beispielen häufig eingebrachte Einwände gegen kommunalen Klimaschutz entkräften können.
http://www.coaching-kommunaler-klimaschutz.de/fileadmin/inhalte/Dokumente/Argumentationshilfe/Argumentationshilfe.pdf

Goretzki, Peter (2007): „Energieeffiziente Bauleitplanung“
Gutachten im Auftrag der Stadt Erfurt, das unter kommunaler Steuerungsmöglichkeiten Wege zu einer energieeffizienten und solargerechten Bauleitplanung aufgezeigt.
http://www.erfurt.de/imperia/md/content/stadtplanung/ip_gk/en_bp/gutachten_energieeffiziente_bauleitplanung.pdf

IFOK (2011): „Initiative Kommunale Energieeffizienz – Die Pilotphase“
Abschlussbericht zur Pilotphase der Initiative mit Ergebnissen aus neun Energieforen in deutschen Metropolregionen.
http://www.initiative-kommunale-energieeffizienz.de/

Institut für Energie- und Umweltforschung, Wuppertal Institut (2009): „Energiebalance – Optimale Systemlösungen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz“
Die Studie untersucht anhand verschiedener Zielkonzepte und Szenarien, wie erneuerbare Energien und nachhaltige Lösungen in den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr effizient miteinander verzahnt werden können.
http://www.wupperinst.org/uploads/tx_wiprojekt/Energiebalance_summary.pdf

Landesanstalt für Umwelt, Messung und Naturschutz Baden Württemberg (2009): „Effizientere Straßenbeleuchtung – Handreichung für Kommunen“
Die Broschüre liefert Kommunen Hinweise, wie der kommunale Stromverbrauch durch eine effizientere Straßenbeleuchtung gesenkt werden kann.
http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/55053/

Ministerium Bauen und Verkehr Nordrhein-Westfalen (2008): „Klimaschutz in der integrierten Stadtentwicklung - Handlungsleitfaden für Planerinnen und Planer“
Der Handlungsleitfaden bietet umfangreiche Informationen zum Thema Energieeffizienz und bindet diese in lokale Klimaschutzstrategien ein.
http://www.mbv.nrw.de/Staedtebau/container/KlimaschutzinderStadtentwicklung_10-2009.pdf

[23] Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt die Redaktion keine Haftung für die Inhalte der angegebenen Webseiten. Außerdem erhebt die Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern (2010): „Energie und Ortsplanung“
Merkblatt zu den Grundprinzipien energieeffizienten Planens für Wohn- und Büronutzung sowie für Gewerbe und Industrie.
http://www.verwaltung.bayern.de/Anlage4000708/Energieund-Ortsplanung-ArbeitsblattNr17.pdf

Sächsische Energieagentur (2010): „Planungsleitfaden Energieeffiziente Straßenbeleuchtung“
Der Planungsleitfaden bietet Städten und Gemeinden eine umfassende Hilfestellung für die energieeffiziente Modernisierung der Straßenbeleuchtung.
http://www.keds-online.de/keds-Themen/Energieeffiziente-Kommune/Strassenbeleuchtung.html

Schulze Darup, Burkhard (2008): „Energetische Gebäudesanierung mit Faktor 10“
Hier finden Sie nachhaltige Sanierungspraktiken zur städtebaulichen und architektonischen Umgestaltung von Städten.
http://www.hannover.ihk.de/fileadmindata/151208015825dea0.pdf

Webseiten

Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena)
Die dena ist ein Kompetenzzentrum für Energieeffizienz, erneuerbare Energien und intelligente Energiesysteme, das ein umfangreiches Beratungs- und Informationsangebot bietet.
http://www.dena.de

European Energy Award
Der von der EU-Kommission initiierte European Energy Award ist ein prozessorientiertes Umsetzungsinstrument, das Städte, Gemeinden und Landkreise bei der Energieeinsparung, der effizienten Nutzung von Energie und der Steigerung des Einsatzes regenerativer Energien unterstützt.
http://www.european-energy-award.de/

Green IT Beratungsbüro
Das vom Umweltministerium eingerichtete Büro berät professionelle Anwender kostenfrei und herstellerneutral zu Einsparpotenzialen, Produkten und Dienstleistungen sowie zu Fördermöglichkeiten im Bereich Green IT.
http://www.green-it-beratungsbuero.de/

Green IT – Übersichtsseite der dena
Dieses Portal der Deutschen Energie-Agentur GmbH informiert und unterstützt Kommunen dabei, das Energie- und Klimaschutzmanagement von der ersten Idee bis hin zur Umsetzung selbst in die Hand zu nehmen.
http://www.energieeffiziente-kommune.de/stromnutzung/themen/green-it/

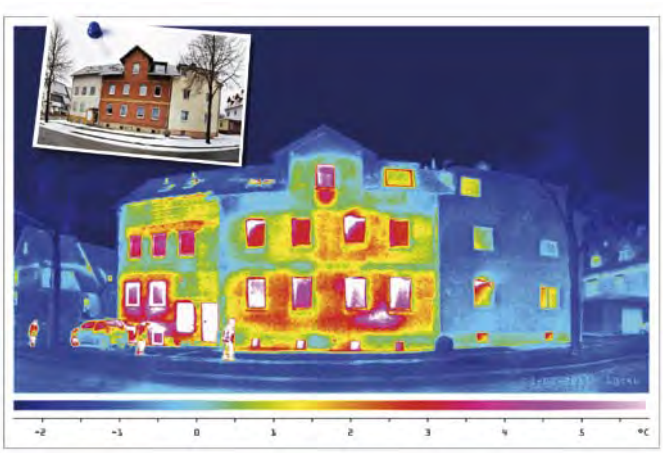
Initiative EnergieEffizienz
Die Initiative EnergieEffizienz ist eine bundesweite Informations- und Motivationskampagne der Deutschen Energie-Agentur, die sich an private Verbraucher, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen richtet.
http://www.initiative-energieeffizienz.de/

Ökoprofit
Ökoprofit steht für „ÖKOlogische PROjekt Für Integrierte Umwelt-Technik“ und ist ein Kooperationsprojekt zwischen Kommunen und Unternehmen mit dem Ziel der Betriebskostensenkung bei gleichzeitiger Schonung natürlicher Ressourcen.
http://www.oekoprofit.com/

Förderprogramme

Deutsche Energie-Agentur GmbH (2011): „Wettbewerb: Vorreiter bei Energieeffizienz in Kommunen gesucht“
Die Deutsche Energie-Agentur sucht gute Beispiele zum effizienten Umgang mit Energie in Städten und Gemeinden.
http://www.energieeffizienz-online.info/index.php?id=12128

Green IT Best Practice Award 2011
Wettbewerb des Netzwerks GreenIT BB um die besten Konzepte und Lösungen zur Steigerung der Energieeffizienz in der Informations- und Kommunikationstechnik.
http://www.greenit-bb.de/best-practice-award-2011



KfW Förderbank (2010): „Förderung von Klimaschutz und nachhaltiger Energiepolitik für die Kommune der Zukunft“
Analyse eines Expertenkreises, in dem die Förderangebote für Kommunen im Bereich Energieeinsparungen untersucht werden.
http://www.kfw.de/kfw/de/I/II/Download_Center/Fachthemen/Research/PDF-Dokumente_Sonderpublikationen/Expertenkreisbericht_Internet.pdf

Umweltministerium Baden-Württemberg (2009): „KLIMASCHUTZ-PLUS – Energieeffiziente Straßenbeleuchtung in Wohngebieten“
Die Broschüre erläutert die Rahmenbedingungen des Förderprogramms zur effizienteren Straßenbeleuchtung in Wohngebieten.
http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/6222/

Beispiele

Stadt Dormagen: Energieeinspar-Contracting für die Straßenbeleuchtung
Beschreibung der Modernisierung der Straßenbeleuchtung in Dormagen, Preisträger beim Wettbewerb „Energieeffizienz in Kommunen – Gute Beispiele 2010“ der Deutschen Energie-Agentur.
http://www.energieeffizienz-online.info/fileadmin/user_upload/Downloads_2010/Wettbewerb_2010_-_Datenblatt_Dormagen.pdf

„Klimaschutzvereinbarung zur gemeinsamen Umsetzung der energie- und klimaschutzpolitischen Ziele des Landes Berlin und der Freien Universität Berlin 2011-2015“
In dieser Klimaschutzvereinbarung finden Sie ein umfassendes Energiekonzept der Freien Universität Berlin, bei dem „Green IT“ einer der zentralen Bausteine ist.
http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/ffu/sustain-it/files/Klimaschutzvereinbarung_17052011.pdf

Ökologische Siedlung Kassel-Oberzwehren
Vorstudie im Rahmen des Programms EnEff:Stadt zur Umnutzung von Siedlungsstrukturen und optimierten Energieversorgung im städtischen Bereich anhand der ökologischen Siedlung Kassel-Oberzwehren.
http://www.eneff-stadt.info/de/pilotprojekte/projekt/details/oekologische-siedlungsentwicklung-kassel-oberzwehren/

„Tübingen macht blau“
Innovative Klimaschutzkampagne der Stadt Tübingen, an der sich die Stadtverwaltung, Bürgerinnen und Bürger, Zivilgesellschaft und Unternehmen beteiligen.
http://www.tuebingen-macht-blau.de

Kommunale Energieautonomie

Leitfäden

Agentur für Erneuerbare Energien (2008): „Erneuerbare-Energien-Projekte in Kommunen – Erfolgreiche Planung und Umsetzung“
Thematischer Rundumblick und Darstellung von Praxisbeispielen, wie Kommunen Erneuerbare-Energien-Projekte erfolgreich umsetzen.
http://www.100-ee-kongress.de/fileadmin/content/print_kommunal-erneuerbar_02_web_Doppelseiten.pdf

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2009): „Repowering von Windenergieanlagen – Kommunale Handlungsmöglichkeiten“
Der Leitfaden richtet sich vor allem an Gemeinden, die Grundlagen für die fachliche, wirtschaftliche und technische Beurteilung der Windenergie (speziell des Repowerings) für ihre planungsrechtliche Absicherung im Rahmen der Bauleitplanung benötigen.
http://www.bmu.de/erneuerbare_energien/downloads/doc/44955.php

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Landesverband Baden-Württemberg (2010): „Konzessionsverträge – Eine Chance für die Energiewende in Baden-Württemberg“
Analyse der kommunalen Handlungsmöglichkeiten und bei der Vergabe von Konzessionen für Strom- und Gasnetze.
http://www.bund-bawue.de/fileadmin/bawue/pdf_datenbank/Service/publikationen/Energie/BUND-KV_2010_01-16_Web.pdf

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (2008): „Klimaschutz in der kommunalen Planung“
Der Leitfaden verknüpft das Planungsrecht mit der kommunalen Praxis und berücksichtigt alle wesentlichen Elemente von der Idee einer klimaschutzorientierten Stadtplanung bis hin zu deren Umsetzung.
http://www.bund-bawue.de/themen-projekte/klimawandel/kommunale-planung/

Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Verband kommunaler Unternehmen e.V. (2009): „Konzessionsverträge – Handlungsoptionen für Kommunen und Stadtwerke“
Die Broschüre unterstützt Kommunen und kommunale Unternehmen beim Abschluss von Konzessionsverträgen. Hierfür werden die rechtlichen Rahmenbedingungen und die sich ergebenden energiewirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt.
http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/pressedien/2009/10.pdf

Deutsches Institut für Urbanistik (2011): „Klimaschutz in Kommunen - Praxisleitfaden“
Umfangreicher Praxisleitfaden zur Planung und Umsetzung kommunaler Klimaschutzmaßnahmen.
http://www.leitfaden.kommunaler-klimaschutz.de/download.html

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (2010): „Wege zum Bioenergiedorf. Leitfaden für eine eigenständige Wärme- und Stromversorgung auf Basis von Biomasse im ländlichen Raum“
Analyse und Darstellung praktischer Beispiele, wie die energetische Nutzung von Biomasse im ländlichen Raum umgesetzt werden kann.
http://www.fnr-server.de/ftp/pdf/literatur/pdf_318-leitfaden_bioenergiedorf_2010_web_neu.pdf

Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung (2008): „Erneuerbare Energien in Kommunen optimal nutzen – Denkanstöße für die Praxis“
Analyse der Potenziale und Handlungsmöglichkeiten für Kommunen bei der Nutzung erneuerbarer Energien.
http://www.izt.de/fileadmin/downloads/pdf/SKEP/SKEP_EE_in_Kommunen.pdf

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt (2010): „Leitfaden für eine nachhaltige Energieversorgung in kleinen Kommunen“
Von der Konzepterstellung bis hin zur Projektumsetzung gibt es hier Hinweise für kleine Kommunen, wie sie das Thema nachhaltige Energieversorgung angehen können.
http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Master-Bibliothek/Ministerium_fuer_Landwirtschaft_und_Umwelt/leitfaden_fuer_kleine_kommunen.pdf

SolarLokal
Bundesweite Imagekampagne für Solarstrom in Kreisen, Städten und Gemeinden mit dem Ziel, den Anteil des umweltfreundlichen Solarstroms an der Energieversorgung zu erhöhen.
http://www.solarlokal.de/Newsdetails.2382.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=207&tx_ttnews[backPid]=1939&tx_ttnews[pointer]=3&cHash=7b01c4221f

Webseiten

Agentur für Erneuerbare Energien e.V.
Das Portal bietet eine Vielzahl von Informationen zu erneuerbaren Energien und den Vorteilen einer nachhaltigen Energieversorgung.
http://www.unendlich-viel-energie.de/

Energie-Atlas Bayern
Das unter der Federführung des Bayerischen Umweltministeriums entwickelt Portal stellt interaktive Karten und Texte sowie eine Fülle von Informationen zu erneuerbaren Energien, zur Energieeffizienz und zum Energiesparen kostenlos bereit.
http://www.energieatlas.bayern.de/

Erneuerbare Energien
Dieses vom Bundesumweltministerium geförderte Portal bietet eine Fülle von Informationen, Studien und Förderprogramme zu erneuerbaren Energien.
http://www.erneuerbare-energien.de/

Kampagne Energieautonome Kommunen
Die Kampagne zielt darauf ab, im Bereich der erneuerbaren Energien den Bildungsprozess für nachhaltige Entwicklung voranzutreiben.
http://www.energieautonome-kommunen.de/

Klima-Bündnis
Das „Klima-Bündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder e.V." ist ein europäisches Netzwerk von Städten, Gemeinden und Landkreisen, die sich verpflichtet haben, das Weltklima zu schützen.
http://www.klimabuendnis.org

www.kommunal-erneuerbar.de
Das Portal der Agentur für Erneuerbare Energien unterstützt kommunale Entscheidungsträger sowie engagierte Bürgerinnen und Bürger darin, den Ausbau Erneuerbarer Energien vor Ort voranzutreiben.
http://www.kommunal-erneuerbar.de

Servicestelle Kommunaler Klimaschutz
Die Servicestelle steht Kommunen als Beratungseinrichtung seit Sommer zur Seite.
http://www.kommunaler-klimaschutz.de

„100%-Erneuerbare-Energie-Regionen"-Projekt
Dieses Projekt identifiziert, begleitet und vernetzt Regionen und Kommunen, die ihre Energieversorgung auf lange Sicht vollständig auf erneuerbare Energien umstellen wollen (100ee-Regionen).
http://www.100-ee.de/

Förderprogramme

Förderdatenbank – Förderprogramme und Finanzhilfen des Bundes, der Länder und der EU
Übersichtsdatenbank zu den Förderprogrammen, auf die Kommunen zugreifen können.
http://www.foerderdatenbank.de/

Energieförderung.info
Datenbank zu Förderprogrammen, die vom BINE Informationsdienst und der Deutschen Energie-Agentur angeboten wird.
http://www.energiefoerderung.info

Klimaschutz- und Energieberatung Baden-Württemberg (2008): „Contracting: Effizienter und wirtschaftlicher Weg zum Klimaschutz. Ein Leitfaden für Gemeinden"
Beschreibung der Struktur von Contracting-Projekten und Darstellung verschiedener Referenzprojekte aus Baden-Württemberg.
http://www.kea-bw.de/fileadmin/user_upload/pdf/Contracting_neu.pdf

Umweltministerium Baden Württemberg (2009): „Finanzierungsinstrumente für Energieeinsparinvestitionen – Handreichung für Kommunen"
Die Broschüre stellt die verschiedenen Formen und Einsatzmöglichkeiten des Contractings dar und betrachtet Fragen des Eigentumsübergangs, der Finanzierung sowie der Genehmigung.
http://www.kea-bw.de/fileadmin/user_upload/pdf/Handreichung_Contracting.pdf

Beispiele

Baedecker (2011): „Deutschland – Erneuerbare Energien entdecken", von Martin Frey, Ostfildern-Kemnat: Karl Baedecker Verlag.
Der Reiseführer beschreibt 160 „Energiereiseziele" in ganz Deutschland, die die Chancen und Umsetzungsmöglichkeiten erneuerbarer Energien konkret erlebbar machen.

Energieautarke Gemeinde Freiamt
http://www.freiamt.de

Bioenergiedorf Jühnde
http://www.bioenergiedorf.de/con/cms/front_content.php?idcat=13

Kompetenznetzwerk Dezentrale Energietechnologien e.V. (2009): „Nordhessen 2020: Dezentrale Energien und Arbeit"
Die Studie beschreibt die ökonomischen Chancen der Region Nordhessen im Bereich dezentrale Energie und Energieeffizienz.
http://www.100-ee-kongress.de/fileadmin/content/Vortragsunterlagen/Nordhessen2020_web_neu.pdf

4.2 Nachhaltige Stadtentwicklung

Nachhaltige Mobilität

Leitfäden

Bundesverband CarSharing (2008): „Klimaschutz durch CarSharing – Daten und Fakten zur klimawirksamen CO_2-Einsparung durch die integrierte Mobilitätsdienstleistung CarSharing“
http://www.carsharing.de/images/stories/pdf_dateien/klimaschutzbroschuere_endversion.pdf

Deutsches Institut für Urbanistik (2011): „Nachhaltige Mobilität – Kommunen trauen sich was“
Dokumentation der Fachtagung „kommunal mobil“ am 24./25. Januar 2011 in Dessau-Roßlau.
http://www.difu.de/publikationen/2011/nachhaltige-mobilitaet-kommunen-trauen-sich-was.html

Socialdata (2004): „Just do it! Wegweiser für Verhaltensänderungen“, Sozialwissenschaftliche Studie zu den Einstellungen zu verschiedenen Verkehrsträgern, ergänzt durch eine Diskussion zum Anstoß von Verhaltensänderungen.
http://www.socialdata.de/info/just_do_it.pdf

Umweltbundesamt (2005): „Qualitätsziele und Indikatoren für eine nachhaltige Mobilität – Anwenderleitfaden“
Der Leitfaden enthält einen Katalog von Qualitätszielen, Indikatoren und verkehrsplanerischen Leitlinien, der Anwendern in den Kommunen ein Instrumentarium zum Controlling und zur Qualitätssicherung in der Verkehrsentwicklungsplanung an die Hand gibt.
http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/2966.pdf

Verband kommunaler Unternehmen e.V. (2010): „Elektromobilität – Kommunale Unternehmen machen nachhaltig mobil“
Analyse der Chancen, die sich für Kommunen durch die Nutzung der Elektromobilität als Teil des Verkehrsmanagements ergeben.
http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/schwerpunkte/fachinfos/2010/31.pdf

Webseiten

effizient mobil – Das Aktionsprogramm für Mobilitätsmanagement
Informations- und Beratungsprogramm der Deutschen Energie-Agentur zum Mobilitätsmanagement und zum Aufbau 15 regionaler Netzwerke.
http://www.effizient-mobil.de/

Eltis

Europaweites Mobilitätsportal, das eine Fülle von Beispielen für eine nachhaltiger gestaltete Mobilität vorstellt.
http://www.eltis.org

Portal kommunal mobil

Dieses Informationsportal gibt einen Überblick über Erfahrungen und Erkenntnisse aus Projekten, die das Umweltbundesamt zum umweltfreundlichen Verkehr in Städten und Gemeinden gefördert hat.
http://www.umweltbundesamt.de/verkehr/mobil/index.htm

Nachbarschaftsauto

Das Portal bietet Unterstützung, um in der Nachbarschaft ein Auto zu leihen oder zu verleihen.
http://www.nachbarschaftsauto.de

Nationale Stadtentwicklungspolitik

Die Nationale Stadtentwicklungspolitik schafft eine Plattform für einen Austausch, thematisiert aktuelle stadtgesellschaftliche und städtebauliche Trends und greift beispielhafte Handlungs- und Lösungsansätze auf.
http://www.nationale-stadtentwicklungspolitik.de/

URBACT

URBACT ist ein europäisches Städtenetzwerk mit dem Ziel, eine nachhaltige Stadtentwicklung voranzubringen.
http://urbact.eu

VCD Städtecheck 2011 Fahrradsicherheit

Analyse zur Fahrradsicherheit in 43 deutschen Großstädten.
http://www.vcd.org/vcd_staedtecheck.html

Beispiele

Stadtentwicklungskonzept Ludwigsburg

Integriertes Stadtentwicklungskonzept Ludwigsburgs, in dem kommunale Handlungsfelder zusammengeführt und ein gemeinsamer Entwicklungspfad aufgezeigt werden.
http://www.ludwigsburg.de/servlet/PB/menu/1247346/index.html

„JugendMobil“

Das Projekt ermöglicht Jugendlichen in Brandenburg, mit dem Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft des Landes Brandenburg sowie weiteren Projektträgern über Konzepte für die Mobilität im ländlichen Raum zu diskutieren.
http://jugend-mobil.dkjs.de/das-projekt/

Konzept „Mobilität 2030 Tübingen“

Partizipativ erstelltes Konzept für eine nachhaltige Mobilität in Tübingen, das unter anderem darauf abzielt, den CO_2-Ausstoß im Verkehr bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren (verglichen mit 1990).
http://www.tuebingen.de/mobilitaet2030

Lärmschutz in Norderstedt

Darstellung des Prozesses und der Ergebnisse des europaweit ersten Lärmaktionsplans für einen Ballungsraum, der nach den Anforderungen der EG-Umgebungslärmrichtlinie erstellt wurde.
http://www.norderstedt.de/lärmschutz

Shared Space in der Gemeinde Bohmte

http://www.bohmte.de/staticsite/staticsite.php?menuid=131&topmenu=123

Shared Space in Duisburg

http://www.duisburg.de/micro2/pbv/medien/bindata/KP_II_Platz_fuer_alle.pdf

Temporäres Informationsschild in Duisburg: Erklärungen zu verkehrsberuhigten Bereichen im Sinne des Shared-Space-Prinzips

Nachhaltiges Flächenmanagement

Leitfäden

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2006): „Infrastrukturkostenrechnung (IKR) in der Regionalplanung. Ein Leitfaden zur Abschätzung der Folgekosten alternativer Bevölkerungs- und Siedlungsszenarien für soziale und technische Infrastrukturen."
Der Leitfaden bietet Kommunen umfangreiche Informationen und Instrumente für die Erstellung von Infrastrukturkostenrechnungen.
http://www.uni-stuttgart.de/ireus/publikationen/Siedentop_etal_2006a.pdf

Deutsches Institut für Urbanistik (2006): „Nachhaltiges Flächenmanagement: In der Praxis erfolgreich kommunizieren"
Dieser Leitfaden bietet umfangreiche Informationen und Anregungen, mit welchen Strategien das Thema Fläche kommuniziert werden kann. Dabei geht es sowohl um zielgruppenspezifische Ansprachen als um die Vermittlung des Themas für die breite Öffentlichkeit.
http://refina.segeberg.de/media/custom/1834_4_1.PDF?1266334810

Deutsches Institut für Urbanistik (2011): „Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis", Stephanie Bock, Ajo Hinzen, Jens Libbe (Hrsg.), Köln: DIFU.
Das Handbuch stellt anwendungsorientierte Ergebnisse des REFINA-Programms zur Verfügung und zeigt, mit welchen Methoden und Instrumenten ein nachhaltiges Flächenmanagement betrieben und kommuniziert werden kann.

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 Nordrhein-Westfalen e.V. (2010): „Nachhaltiges kommunales Flächenmanagement"
Arbeitshilfe zur Erstellung eines nachhaltigen Flächenmanagements, die von einer umfassenden Analysephase, dem Beteiligungsverfahren zur Erarbeitung des Handlungsprogramms bis hin zu einem kontinuierlichen Verbesserungsprozess des Managementkreislaufs reicht.
http://www.lag21.de/themen-und-projekte/flaeche/aktuelle-projekte/nachhaltiges-kommunales-flaechenmanagement.html

Lokale Agenda 21 Augsburg: „Kriterien für nachhaltige Bauleitplanung – Arbeitshilfe zur Erarbeitung von Stellungnahmen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen"
http://www.augsburg.de/index.php?id=2717

Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Brandenburg (2008): „Mobilisierung von Altstadtimmobilien"
Arbeitshilfe zur Sanierung historischer Stadtkerne und Innenstadtentwicklung, insbesondere mit Blick auf die Einbindung von Bauherren und den Vorgaben des Denkmalschutzes.
http://www.mil.brandenburg.de/sixcms/media.php/4055/Arbeitshilfe%20Altstadtimmobiliien.pdf

Probiotec GmbH, Technische Universität Dortmund, RAG Montan Immobilien GmbH (2010): „Leitfaden für die Erstellung regionaler Flächenmanagement-Konzepte"
Als Teil des REFINA-Forschungsvorhabens richtet sich dieser Leitfaden an Akteure der kommunalen und regionalen Planungsverwaltung, der Kommunalpolitik und der Privatwirtschaft, die sich mit strategischen Entscheidungen zu Flächenentwicklungen und deren Umsetzung beschäftigen.
http://www.refina-info.de/produkte/index.php?productid=67

Rat für Nachhaltige Entwicklung (2007): „Erfolgsfaktoren zur Reduzierung des Flächenverbrauchs in Deutschland"
Studie von DIALOGIK und der Hochschule Nürtingen-Geislingen zu den Erfolgsfaktoren des kommunalen Flächenmanagements.
http://www.nachhaltigkeitsrat.de/fileadmin/user_upload/dokumente/publikationen/broschueren/Broschuere_Evaluation_30_ha.pdf

Umweltministerium Baden-Württemberg (2009): „Bausteine erfolgreicher Innenentwicklung – Empfehlungen aus der kommunalen Praxis"
Auf Basis von elf gelungenen Innenentwicklungsvorhaben in kleinen und mittelgroßen Gemeinden werden Handreichungen für die erfolgreiche Planung und Umsetzung gegeben.
http://www.um.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/63246/

Umweltverbände Deutschland (2006): „Aktiv für Landschaft und Gemeinde! – Leitfaden für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung“
Der Leitfaden lädt kommunalpolitische Akteure dazu ein, sich mit den Ursachen und Hintergründen des Landschaftsverbrauchs sowie den wichtigsten Instrumenten und Handlungsoptionen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung vertraut zu machen.
http://www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung/darumgehts/10900.html

Webseiten

REFINA
Der Förderschwerpunkt REFINA (Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und nachhaltiges Flächenmanagement) wurde 2004 unter Federführung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ins Leben gerufen, um neue Konzepte und Handlungsansätze für ein nachhaltiges Flächenmanagement zu erarbeiten. Auf der Webseite finden Sie Leitfäden, Instrumente, Checklisten und Praxisbeispiele, die Ihre Arbeit vor Ort unterstützen.
http://www.refina-info.de

Internationale Dachorganisation zur Verbreitung von Shared Space
Hier finden Sie Informationen, Fallbeispiele und wissenschaftliche Studien rund um verschiedene Shared-Space-Projekte in Deutschland und Europa.
http://www.shared-space.org/

LEANkom
LEANkom ist eine Software zur Entscheidungsunterstützung für die strategische Bauleitplanung. Kommunen können eine fundierte Abschätzung der wirtschaftlichen und demografischen Auswirkungen von Siedlungsprojekten durchführen.
http://www.mit-zukunft-rechnen.de/

Portal des Brandenburgischen Netzwerkes für Lebendige Dörfer
Dieses Portal möchte den Austausch von Informationen und Erfahrungen fördern, um den Erhalt der brandenburgischen Dörfer zu sichern und ihre Zukunftsfähigkeit zu stärken.
http://www.lebendige-doerfer.de/

Werkstatt-Stadt.de
Werkstatt-Stadt versteht sich als Informations- und Transferbeitrag für eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21. In einer Datenbank werden gute Beispiele aus der Städtebaupraxis in der Bundesrepublik Deutschland präsentiert.
http://www.werkstatt-stadt.de/

Förderprogramme

MORO – Modellvorhaben der Raumordnung
Mit dem Forschungsprogramm Modellvorhaben der Raumordnung (MORO) fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) innovative Planungen und Maßnahmen zu raumordnerischen Themen.
http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/MORO/moro__node.html?__nnn=true

Beispiele

Aktionsprogramm „Nachhaltige Stadtentwicklung“ in Solingen
http://www2.solingen.de/C12572F80037DB19/html/BA8CF753333ED12FC12573A600463699

Bayerischer Landeswettbewerb 2006 Modellhafte Stadt- und Ortssanierung: „Stadt recyceln – Revitalisierung innerstädtischer Brachflächen“,
http://www.stmi.bayern.de/imperia/md/content/stmi/bauen/staedtebaufoerderung/veroeffentlichung/themenheft_17.pdf

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 Nordrhein-Westfalen e.V., Wissenschaftsladen Bonn e.V. (2007): Planspiel „Fläche nutzen statt verbrauchen“
http://www.lag21.de/themen-und-projekte/bildung/abgeschlossene-projekte/planspiel-flaeche-nutzen-statt-verbrauchen.html

Kurzfilme zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung
Der Naturschutzbund Deutschland stellt auf dieser Webseite zahlreiche Kurzfilme zusammen, die das flächensparende Planen, Bauen und Wohnen auf kreative Art präsentieren.
http://www.nabu.de/themen/siedlungsentwicklung/praxis/lokalpolitik/11436.html

Stadt Rheine
Modellprojekt zur Entwicklung eines nachhaltigen Flächenmanagements in Rheine.
http://www.rheine.de/magazin/artikel.php?artikel=2987&type=&menuid=744&topmenu=671

Stadt Tübingen – Städtebauliche Verdichtungsprojekte Französisches Viertel, Loretto, Mühlenviertel
http://www.tuebingen.de/3464_4068.html

4.3 Aktive Bürgergesellschaft, Bildung und Integration

Bildung und Integration

Leitfäden

Bertelsmann Stiftung (2006): Policy Paper „Integration braucht Bildung!“
Die Kurzstudie stellt zehn Lösungsansätze vor, um Integration und Bildung gemeinsam voranzubringen.
http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_17200_17517_2.pdf

Bertelsmann Stiftung (2006): „Kommunale Integrationspolitik erfolgreich gestalten – Daten, Beispiele, Erfolgsfaktoren“
Der Leitfaden bietet ausführliche Daten zur Zuwanderung in Nordrhein-Westfalen, 10 Erfolgsfaktoren zur Integration sowie gute Beispiele aus Städten in Nordrhein-Westfalen.
http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_23163_23164_2.pdf

Bundesregierung Deutschland (2009): „Integration in Deutschland – Erster Indikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring“
Der Bericht bietet ausführliche Daten zur Situation der Zuwanderer in Deutschland (Bildung, Arbeitsmarktintegration, Gesundheit etc.).
http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/2009-07-07-indikatorenbericht,property=publicationFile.pdf

Lein-Kottmeier, Gesa; Ostmann, Axel; Vogt, Joachim (Hrsg., 2008): „Nachhaltige Stadtparks. Konzept und Praxisbeispiele“, Frickenhausen: RWFV
Angesichts der weitreichenden Probleme traditioneller Stadtparks mit Vandalismus und zunehmenden Kosten, geht die Publikation der Frage nach, welche Anforderungen an Stadtparks unter dem Leitbild der Nachhaltigkeit zu stellen sind.

Müller, C. (Hrsg., 2011): „Urban Gardening – Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt“, München: oekom.
Aktueller Sammelband zu Trends, Themen und Akteuren rund um die urbane Gartenkultur.

Stock Gissendanner, Scott (2011): „Kommunale Integrationspolitik“, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 7-8/2011)
Der Artikel bietet eine Übersicht zu kommunalpolitischen Entwicklungen und Lösungsansätzen im Bereich Integration.
http://www.bpb.de/publikationen/3BB7SE,0,Kommunale_Integrationspolitik.html

Webseiten

Bildung für nachhaltige Entwicklung
Das Portal bietet Nachrichten, Lehr- und Lernmaterialien, Wettbewerbe und Veranstaltungen rund um die UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ (2005-2014).
http://www.bne-portal.de

Portal Globales Lernen
Das Portal stellt Informationen, Bildungsmaterialien, Kontakte und Veröffentlichungsmöglichkeiten zu Fragen der Entwicklung und Globalisierung zur Verfügung.
http://www.eine-welt-netz.de/

Stiftung Interkultur – Interkulturelle Gärten
Das Portal bietet eine Übersicht zu existierenden interkulturellen Gärten in Deutschland sowie weiterführende Informationen.
http://www.stiftung-interkultur.de/

Zukunft der Integration
Diese Webseite der Bertelsmann Stiftung enthält aktuelle Informationen, Publikationen und Links zum Thema Integration.
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-4B112A90-B1A36E54/bst/hs.xsl/283.htm

Förderprogramme

„Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser“
Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zur gesellschaftlichen Integration und zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts.
http://www.mehrgenerationenhaeuser.de

Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“
Förderprogramm des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung für bauliche und nichtbauliche Maßnahmen zur Stadtentwicklung.
http://www.sozialestadt.de/

„Stärken vor Ort“
Das Programm ist Bestandteil der Initiative JUGEND STÄRKEN, mit der sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für eine starke Jugendpolitik und die bessere Integration junger Menschen in Deutschland einsetzt.
http://www.staerken-vor-ort.de

Beispiele

„Interkulturelles Gesamtkonzept“ der Stadt Solingen
http://www.zuwanderer.solingen.de

Prinzessinnengarten Berlin
Website zum Gemeinschaftsgarten in Berlin-Kreuzberg, der von der Nomadisch Grün gGmbH unterhalten wird.
http://prinzessinnengarten.net/

Quartiersmanagement Berlin
http://www.quartiersmanagement-berlin.de/

Aktive Bürgergesellschaft und Bürgerkommune

Leitfäden

Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinning, Heidi (2005): „Informieren, Beteiligen, Kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen. Eine Übersicht zu Formen, Verfahren und Methoden“, Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur.
In diesem Handbuch ist eine Vielzahl von Verfahren, Methoden und Techniken der Bürgerbeteiligung und Kommunikation für Planungs- und Stadtentwicklungsprozesse kurz und bündig aufbereitet.

Brüning, Herbert; Ganter, Anne (2009): „Effektive Mitwirkung als Standortfaktor – Gedanken zu einer erfolgreichen Gestaltung von Partizipationsprozessen am Beispiel der Lärmminderungsplanung Norderstedt“, in: Newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 8/2009
http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_bruening_ganter_090424.pdf

Bundeszentrale für politische Bildung (2005): „Bürgerhaushalt in Großstädten – Arbeitsmaterialien für die Umsetzung“
Dieser Band untersucht, welchen Beitrag Bürgerhaushalte zur Weiterentwicklung der Bürgergesellschaft leisten können und wie eine erfolgreiche Umsetzung erreicht werden kann.
http://www.bpb.de/publikationen/8QCWP7,0,B%FCrgerhaushalt_in_Gro%DFst%E4dten.html

Governance International (2008): „Von der Kundenorientierung zur Kundenintegration – Ein Leitfaden zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und Lebensqualität der Bürger durch Koproduktion“
http://www.sgWeinberg.ch/d/fokus/Documents/090604_mitverantwortung_loeffler.pdf

Ley, Astrid.; Weitz, Ludwig (Hrsg., 2003): „Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch“, in: Stiftung Mitarbeit & Agenda Transfer – Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 30, Bonn.
Handbuch mit vielfältigen Methoden, Instrumenten und Checklisten zur Bürgerbeteiligung.

Müller, E. (2006): „Bürger machen Haushalt – Leitfaden für die Gestaltung eines Bürgerhaushalts in Städten und Gemeinden“, Stiftung Mitarbeit, Arbeitshilfen Nr. 35.
Leitfaden mit praktischen Methoden und Hilfestellung für die Erstellung kommunaler Bürgerhaushalte.

Olk, Thomas (2003) „Die Bürgerkommune: Ein Leitbild für die Verwirklichung der Bürgergesellschaft auf lokaler Ebene“
Neben einer Übersicht zum konzeptionellen Fundament der Bürgerkommune werden die wichtigsten Erfolgsbausteine herausgearbeitet.
http://www.buerger-fuer-buerger.de/content/buergergesell-buergerkommune.htm

Österreichische Gesellschaft für Umwelt und Technik (2003): „Arbeitsblätter zur Partizipation“, Nr. 1-6
Hier gibt es praktische Anleitungen und Checklisten für erfolgreiche Bürgerbeteiligung vor Ort.
http://www.partizipation.at/arbeitsblaetter.html

Roth, Roland (2011): „Bürgermacht – Eine Streitschrift für mehr Partizipation“, Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
Umfangreiche Diskussion der Chancen, die ein Mehr an Bürgerbeteiligung für das System der repräsentativen Demokratie in Deutschland bietet.

Senat der Stadt Berlin (Hrsg., 2011): „Handbuch zur Partizipation“
Dieses Handbuch bietet eine umfangreiche Anleitung, wie Partizipation bei verschiedenen Formen der Bürgerbeteiligung gelingt.
http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/download/Handbuch_Partizipation.pdf

Stiftung Bürger für Bürger, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland, Thomas Olk (Hrsg., 2003): „Förderung bürgerschaftlichen Engagements – Fakten, Prioritäten, Empfehlungen“
http://www.buerger-fuer-buerger.de/content/nav/AusgabeCover1.pdf

Webseiten

Netzwerk Gemeinsinn e.V.
Das Netzwerk bietet Anregungen, Methoden und Instrumente für die Förderung ehrenamtlichen Engagements.
http://www.netzwerk-gemeinsinn.net/

Netzwerk Nachhaltige Bürgerkommune Bayern
Dieses vom Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit initiierte Netzwerk bietet Kommunen eine Plattform für nachhaltige Entwicklung mit spezifischen Angeboten zu Weiterbildung, Vernetzung und Kommunikation.
http://www.nachhaltige-buergerkommune.de/

Stiftung Bürger für Bürger
Die Stiftung Bürger für Bürger ist ein unabhängiges und bundesweites Kompetenzzentrum für Fragen zum ehrenamtlichen Engagement in Deutschland.
http://www.buerger-fuer-buerger.de/

www.buergerhaushalt.de
Das Portal bietet Statistiken, Übersichtskarten, Studien und weiterführende Informationen zu Bürgerhaushalten in Deutschland.
http://www.buergerhaushalt.de

www.meine-demokratie.de
Das Portal der Netzdemokraten e.V. eignet sich zur Suche von Beteiligungsprojekten im eigenen lokalen Umfeld.
http://www.meine-demokratie.de

Wegweiser Bürgergesellschaft
Dieses Portal der Stiftung Mitarbeit bietet Informationen zum bürgerschaftlichen Engagement und zur Bürgerbeteiligung und hilft, sich in der Vielfalt der Informationen zurechtzufinden.
http://www.buergergesellschaft.de/

Beispiele

Bürgerkommune Lichtenberg (2009): „Lichtenberg auf dem Weg zur Bürgerkommune“
In diesem Rahmenkonzept werden die Ziele und der Prozess beschrieben, mit denen sich Lichtenberg auf den Weg zur Bürgerkommune begibt.
http://www.berlin.de/ba-lichtenberg/buergerservice/gemeinwesen/gemeinwesen001.html

Bürgerhaushalt Lichtenberg
http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/

Bürgerhaushalt Solingen
http://www.solingen-spart.de

Bürgerhaus Neumarkt
Im Sinne der Lokalen Agenda 21 unterstützt das Bürgerhaus Neumarkt die Umsetzung von Projekten in Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Vereinen sowie Unternehmen.
http://www.neumarkt.de/de/buerger/buergerhaus.html

Demografie-Check der Stadt Potsdam
Mit dem Demografie-Check sollen städtische Beschlüsse, Satzungen und Vorlagen vorab daraufhin geprüft werden, ob sie einen positiven Einfluss auf die demografische Entwicklung haben.
http://www.potsdam.de/cms/dokumente/10052748_838177/ec957446/Pr%C3%A4sentation%20Demografie-Check%20(1).pdf

Weitere Links zur Nachhaltigkeit

Leitfäden

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V., Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg., 2008): „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt – Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte“, erstellt durch das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Frankfurt am Main: Fischer.

Hauff, Volker (Hrsg, 1987): „Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“, Greven: Eggenkamp Verlag.

Initiativkreis VINE (2010): „Positionspapier zu vertikalen Integration“
Der Initiativkreis VINE (Vertikale Integration einer nachhaltigen Entwicklung) hat das Ziel, auf eine verbesserte Abstimmung zwischen den Ebenen Bund, Länder und Kommunen in Bezug auf eine nachhaltige Entwicklung hinzuwirken.
http://www.netzwerk21kongress.de/kongressarchiv/papers/10_positionspapier_vine-final.pdf

Rat für Nachhaltige Entwicklung (Hrsg., 2011): „Städte für ein nachhaltiges Deutschland – Gemeinsam mit Bund und Ländern für eine zukunftsfähige Entwicklung“, erstellt vom Deutschen Institut für Urbanistik
http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/nachhaltige-stadt/

Senge, Peter (2011): „Die notwendige Revolution – Wie Individuen und Organisationen zusammenarbeiten, um eine nachhaltige Welt zu schaffen“, Heidelberg: Carl-Auer Verlag.

Statistisches Bundesamt (2010): „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland – Indikatorenbericht 2010“
http://www.nachhaltigkeitsrat.de/der-rat/strategie/indikatorenbericht-2010/

Umweltbundesamt (2008): „Kooperieren - aber wie? Ein Leitfaden zum Aufbau von Kooperationsbeziehungen zwischen Lokale-Agenda-21-Initiativen und Akteuren aus Wirtschaft und Wissenschaft“
http://www.netzwerk21kongress.de/kongressarchiv/papers/Koop_Leitfaden72ES_17-09-09.pdf

Umweltbundesamt (2009): „Wege zum Erfolg – Wie der Transfer von lokalen Nachhaltigkeitsprojekten gelingt“
http://www.netzwerk21kongress.de/kongressarchiv/papers/IZT_Bro_ES_061009.pdf

Umweltbundesamt (2010): „Gemeinsam Fahrt aufnehmen! Kommunale Politik- und Nachhaltigkeitsprozesse integrieren“
http://www.netzwerk21kongress.de/papers/leitfadenifok_72es.pdf

Webseiten

ICLEI – Local Governments for Sustainability
Internationales Netzwerk von Kommunen für nachhaltige Entwicklung.
http://www.iclei.org

Identität & Image
Das Beratungsunternehmen Identität & Image hat sich darauf spezialisiert, Kommunen beim Aufbau eines Images und eines Nachhaltigkeitsmanagements zu unterstützen.
http://www.identitaet-image.de/

Innovators Club
Der vom Deutschen Städte- und Gemeindebund initiierte Innovators Club befasst sich mit strategischen Zukunftsthemen der Kommunen wie Bildung, Klima, Energie, Stadtentwicklung, Kommunikation, IT und Kooperation.
http://www.innovatorsclub.de/

Kampagne Fairtrade-Towns
Seit Januar 2009 können sich nun auch Kommunen in Deutschland um den Titel „Fairtrade-Stadt“, “Fairtrade-Kreis“ oder „Fairtrade-Gemeinde“ bewerben.
http://www.fairtrade-towns.de

Klima-Allianz Deutschland
Die Klima-Allianz ist ein breites gesellschaftliches Bündnis aus mehr als 110 Organisationen, das Debatten rund rum die aktuelle Energie- und Klimapolitik anstößt sowie Veranstaltungen und Aktionen durchführt (z.B. den jährlichen Klima-Aktionstag).
http://www.die-klima-allianz.de/

Netzwerk21Kongress
Bundesweiter Fortbildungs- und Netzwerkkongress für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen.
http://www.netzwerk21kongress.de/

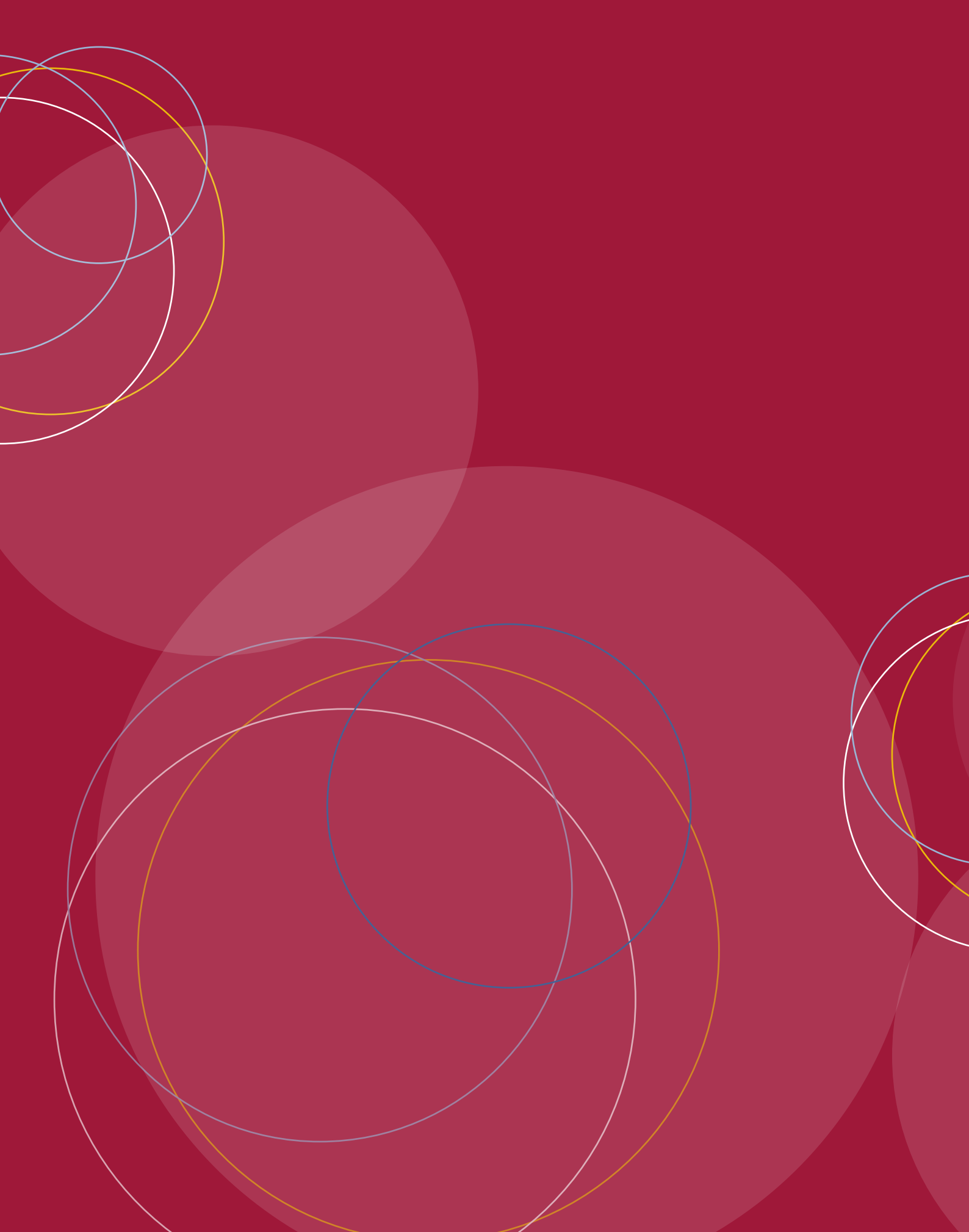
Rat für Nachhaltige Entwicklung
Die Seite enthält Informationen, Studien und Stellungnahmen rund um Nachhaltigkeit in Deutschland.
http://www.nachhaltigkeitsrat.de

Umweltbundesamt
Das Umweltbundesamt bietet eine Vielzahl von Studien und Informationen rund um Umweltschutz und Nachhaltigkeit in Deutschland.
http://www.umweltbundesamt.de/

Wegweiser Kommune
Mit dem Wegweiser Kommune stellt die Bertelsmann Stiftung Kommunen ein vielfältiges Informationssystem zur Verfügung. Im Fokus stehen die Politikfelder Demografischer Wandel, Finanzen, Bildung, Soziale Lage sowie Integration.
http://www.wegweiser-kommunen.de

Mitwirkende Personen und Ansprechpartner/innen zu den Handlungsfeldern

Folgende Personen haben durch eine Teilnahme am Planspielworkshop und/oder Kommentierungen aktiv zur Entstehung der Praxisbroschüre beigetragen – allen einen ganz herzlichen Dank! Ebenso möchten wir allen Personen danken, die sich für bestimmte Handlungsfelder als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner zur Verfügung stellen.

Kommune/ Institution	Teilnehmer/in	Ansprechpartner/in für
Augsburg	**Dr. Norbert Stamm** Geschäftsstelle Lokale Agenda 21 der Stadt Augsburg	Aktive Bürgergesellschaft
Bremerhaven	**Till Scherzinger** Umweltschutzamt Bremerhaven	Kommunale Energieeffizienz, Anpassungsstrategien
Celle	**Ulrich Kaiser** Geschäftsführer Projektgruppe Klimaschutz	
Eichstetten am Kaiserstuhl	**Helga Bär** Bürgergemeinschaft Eichstetten e.V.	
Freiamt	**Angelika Jordan** Gemeinde Freiamt	
Gladbeck	**Dr. Dieter Briese** Umweltschutzbeauftragter, Referat für Umwelt und Lokale Agenda 21	Aktive Bürgergesellschaft
Köln	**Andreas von Wolff** Stellvertretender Leiter Stadtplanungsamt	
Lichtenberg	**Silvia Gröber** Geschäftsstelle Bürgerhaushalt **Johannes Middendorf** Geschäftsstelle Bürgerhaushalt Personal und Finanzen	Bürgerhaushalte
Ludwigsburg	**Olaf Dienelt** Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Europa und Energie **Albert Geiger** Leiter Referat Nachhaltige Stadtentwicklung **Sandra Kölmel** Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, Europa und Energie	Nachhaltige Mobilität Integriertes Nachhaltigkeitsmanagement
Naturschutzbund Deutschland e.V.	**Nicola Krettek** Referentin Nachhaltige Siedlungsentwicklung	Nachhaltige Siedlungsentwicklung (u.a. Kommunikation)

Kommune/ Institution	Teilnehmer/in	Ansprechpartner/in für
Neumarkt i. d. OPf.	**Ralf Mützel** Geschäftsführer des Bürgerhauses, Leiter des Büros für Soziale Stadt und Lokale Agenda 21	Aktive Bürgergesellschaft
Norderstedt	**Herbert Brüning** Leiter Fachbereich Umwelt	Klimawandel und Energie, nachhaltige Stadtentwicklung, Nachhaltigkeit als Kompass für kommunale Entscheidungen
Peine	**Hans-Jürgen Tarrey** Erster Stadtrat	
Prenzlau	**Silke Liebher** Leiterin Wirtschaftsförderung und Tourismus	Erneuerbare Energien, Wirtschaftsförderung und Tourismus
Rhein-Sieg- Kreis	**Rainer Kötterheinrich** Leitung Gewerbliche Abfallwirtschaft	
Solingen	**Ariane Bischoff** Leiterin der Agenda-Geschäftsstelle **Friederike Sinowenka** Erste Bürgermeisterin **Anne Wehkamp** Integrationsbeauftragte	Lokale Agenda 21, Klimaschutz, Bildung für nachhaltige Entwicklung Integration und Bildung
Tübingen	**Bernd Schott** Umwelt- und Klimaschutzbeauftragter	Kommunale Energieeffizienz, nachhaltige Mobilität
Umweltbundesamt	**Martina Eick** Referat Grundsatzfragen/Nachhaltigkeitsstrategie, -szenarien/ Ressourcenschonung	
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	**Dr. Korinna Schack** Referat Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen, Verbändeangelegenheiten	
Zwickau	**Uwe Ziesler** Stabstelle Stadtentwicklung